

Analyse
zur Förderung der Vermögensbildung
der Arbeitnehmer
im Rahmen wachstumstheoretischer Modelle

DISSERTATION
zur Erlangung des Grades
eines Doktors der Wirtschaftswissenschaft
des Wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereichs
der Justus Liebig-Universität Gießen

vorgelegt von
Dipl.-Kfm. Claus-Reinhold Heuse
aus Berlin

1972

Gießen 1971

Analyse
zur Förderung der Vermögensbildung
der Arbeitnehmer
im Rahmen wachstumstheoretischer Modelle

DISSERTATION
zur Erlangung des Grades
eines Doktors der Wirtschaftswissenschaft
des Wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereichs
der Justus Liebig-Universität Gießen

vorgelegt von
Dipl.-Kfm. Claus-Reinhold Heuse
aus Berlin

Gießen 1971



Erstgutachter: Prof. Dr. Günther Hedtkamp

Zweitgutachter: Prof. Dr. Jürgen Kromphardt

Tag der mündlichen Prüfung: 3. März 1972

INHALTSVERZEICHNIS

1. VORBEMERKUNGEN	
Aufgabenstellung und Abgrenzung der zu untersuchenden Zusammenhänge	9
11. Präzisierung der Fragestellungen	10
12. Abgrenzung des Untersuchungsobjektes	14
2. ERSTER HAUPTTEIL	
Die Wechselbeziehungen zwischen Einkommensverteilung und Vermögensstreuung. Die Relevanz der verteilungstheoretischen Ansätze	17
21. Der Beitrag der Grenzproduktivitätstheorie zur Lösung der Verteilungsproblematik. Die zentrale Bedeutung der Faktormärkte	19
211. Die Stellung der Grenzproduktivitätstheorie. Ihr Ursprung in der Betrachtung mikroökonomischer Zusammenhänge	20
212. Die mikrotheoretische Analyse der Zurechnung und die auf ihr basierenden Aussagen zur makroökonomischen Verteilung	21
2121. Die Bestimmung der Ertragsanteile bei gegebener Faktorausstattung und Produktionsfunktion. Das stationäre Gleichgewicht	23
2122. Die wachstumsbedingten Veränderungen der Ertragsanteile. Die evolutorische Wirtschaft	28
213. Kritische Anmerkungen zur Aussagefähigkeit der Grenzproduktivitätstheorie. Die vorzugsweise Berücksichtigung der Faktormärkte bei gleichzeitiger Vernachlässigung des übrigen Kreislaufgeschehens	33
22. Der Beitrag der Spar-Investitionstheorie zur Verteilungstheorie. Die explizite Beachtung der Einkommensverwendung	35

221.	Die Globalanalyse in der Spar-Investitionstheorie	38
2211.	Die Funktionalzusammenhänge zwischen Einkommensverwendung und -verteilung. Die Lösung des Konfliktes zwischen Konsum- und Investitionsansprüchen	41
2212.	Die Analyse der funktionalen Einkommensverteilung. Eine Disaggregation des unternehmerischen Einkommens und die Bedeutung der Einkommensaufteilung	45
222.	Der Einfluß der Entlohnungssätze. Ihre Höhe und ihre Bedeutung in der evolutorischen Wirtschaft	57
2221.	Das Frühstadium industrieller Entwicklung. Der Mindestlohnsatz als obere Grenze der Investitionsquote	58
2222.	Der Zins als Indikator des Nachfragewachstums. Determinanten und Bedeutung der Mindestverzinsung	61
223.	Kritische Anmerkungen zu den Verteilungsaussagen der Spar-Investitionstheorie. Das Fehlen einer im Vergleich zur Grenzproduktivitätstheorie eingehenden Analyse der Produktion	64
23.	Die Versuche einer Integration von Grenzproduktivitäts- und Spar-Investitionstheorie. Das grundsätzlich andersartige Verständnis der Funktionalzusammenhänge zwischen Einkommensverteilung und -verwendung	70
3.	ZWEITER HAUPTTEIL	
	Vermögensbildung und Wirtschaftswachstum. Die Determinanten der evolutorischen Wirtschaft, Wachstum und Verteilung als integrierte Bestandteile der makroökonomischen Theorie	75
31.	Die Bestimmungsgründe des gleichgewichtigen Wachstums	77
311.	Die Beziehung zwischen Kapitalakkumulation und Einkommenswachstum. Verlauf und Lage der Fortschrittsfunktion	79

312.	Der Einfluß des technischen Fortschritts auf die Entwicklung des Kapitalkoeffizienten. Die Bestimmung eines möglichen Wachstums-gleichgewichts	87
313.	Die Bedeutung des Nachfragewachstums in der evolutorischen Wirtschaft. Die Parameter der Konsum- und Investitionsnachfrageentwicklung	90
32.	Ursachen und Effekte nichtstetigen Wachstums	96
321.	Verschiebungen der Fortschrittsfunktion. De-ren Einfluß auf die gesamtwirtschaftliche Pro-duktivität, die Einkommensverteilung und die Vermögensstreuung	97
322.	Bevölkerungswachstum und Veränderungen der Beschäftigungsstruktur. Die Verlagerung der Beschäftigungsstruktur zugunsten der "abhängig Beschäftigten"	103
3221.	Die Veränderungen der Sparquote aus Arbeitseinkommen und deren Effekte auf die gesamtwirtschaftliche Ersparnis	106
3222.	Die Entwicklung der Einkommensvertei-lung und der Investitionsquote	109

4. DRITTER HAUPTTEIL

	Korrekturen der Vermögensstreuung und deren Beschäf-tigungs- und Wachstumseffekte. Eine Analyse gesellschafts-politisch motivierter Eingriffe in den wirtschaftlichen Wachs-tumsprozeß	114
41.	Möglichkeiten zur Korrektur der Vermögensstreuung. Die Umverteilung bereits vorhandener Vermögensmas-sen und die Beeinflussung der Verteilung des Vermö-genszuwachses	115
411.	Die Bemühungen um eine Erhöhung der Sparwillig-keit der "abhängig Beschäftigten". Die Möglich-keit der psychologischen Einflußnahme	118
412.	Die Bemühungen um eine Erhöhung der Sparfähig-keit der "abhängig Beschäftigten". Die Möglich-keiten alternativer Korrekturen der Einkommens-verteilung	125

4121.	Der additive Investivlohn. Versuch einer Korrektur der funktionalen Einkommensverteilung	126
4122.	Die Beteiligung der "abhängig Beschäftigten" am Erfolg des arbeitgebenden Unternehmens. Die Bemühungen um eine Korrektur der Querverteilung	128
42.	Die möglichen Beschäftigungs- und Wachstumseffekte vermögenspolitischer Maßnahmen. Die unterschiedlichen Primäreffekte einer Beeinflussung von Einkommensauf- und -verteilung	134
421.	Die Effekte des subtraktiven Investivlohns. Der Einfluß sich wandelnder (Einkommens-) Aufteilungsentscheidungen	140
422.	Die Effekte von additivem Investivlohn und Ertragsbeteiligung. Exogen erfolgende Korrekturen der Einkommensverteilung	146
4221.	Der Einfluß des additiven Investivlohns auf Beschäftigung und Wachstum	147
4222.	Der Einfluß der Ertragsbeteiligung auf Beschäftigung und Wachstum	150
5.	SCHLUSSBEMERKUNGEN	155
	Literaturverzeichnis	158
	Lebenslauf	
	Eidesstattliche Erklärung	

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

BGBI.	Bundesgesetzblatt
BStBl.	Bundessteuerblatt
WWA	Weltwirtschaftliches Archiv
RESt.	Review of Economic Studies
Schw. Z. f. Vo. St.	Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik
AER	American Economic Review
Jhrb. f. Nö. St.	Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik
Z. d. f. g. St. W.	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft
HdSW	Handwörterbuch der Sozialwissenschaften
EJ	Economic Journal
QJE	The Quarterly Journal of Economic
RA	Recht der Arbeit
GM	Gewerkschaftliche Monatshefte
SF	Sozialer Fortschritt

1. VORBEMERKUNGEN

Aufgabenstellung und Abgrenzung der zu untersuchenden Zusammenhänge

Die Überlegungen dieser Arbeit gelten den gesamtwirtschaftlichen Effekten, die eine Politik erwarten läßt, deren Bemühungen der Korrektur der Vermögensstreuung dienen und darauf gerichtet sind, diese Streuung zu "verbreitern". Dabei wendet sich die Aufmerksamkeit allerdings nicht der Praktikabilität einzelner vermögenspolitischer Maßnahmen, die in der tagespolitischen Diskussion vorliegen, zu, sondern beschränkt sich weitgehend auf die Alternativen, die aus theoretischer Sicht gegeben sind. Diese Aufgabenstellung macht eine eingehende Analyse der vorhandenen theoretischen Überlegungen, die sich mit dem genannten Themenkreis bzw. ihm verwandten Problemen auseinandersetzen, erforderlich.

Zunächst wird nach

- 1) den Faktoren, die die jeweils bestehende Vermögensstreuung ausgelöst haben, und
- 2) dem Einfluß, den Vermögensbildung und -streuung auf das übrige wirtschaftliche Geschehen ausüben,

zu fragen sein, denn erst im Anschluß daran dürften sich die Erfolgsaussichten und Wirkungen vermögenspolitischer Zielsetzungen und der in deren Namen zu ergreifenden konkreten Maßnahmen beurteilen lassen. Die Frage nach

- 3) den Beschäftigungs- und Wachstumseffekten, die in der Folge von vermögenspolitisch motivierten Eingriffen in den Wirtschaftsablauf vorgenommen werden,

kann erörtert werden.

Die erste dieser Fragen ließe sich möglicherweise mit Hilfe einer empirischen Untersuchung¹⁾ beantworten; möglicherweise erlaubt es eine Regressionsanalyse, die Determinanten der bestehenden Vermögensstreuung aufzuzeigen. Von dieser Alternative, den angesprochenen Problemkreis zu erörtern, soll indes kein Gebrauch gemacht werden, da dieser Weg dem Verfasser unbefriedigend erscheint, weil damit keine Kausalanalyse geboten werden kann. Aus dieser Überlegung heraus beschränkt sich die Arbeit darauf, die in der Theorie erarbeiteten grundlegenden Hypothesen zu diesem bzw. diesem verwandten Problemen auf ihre Aussagefähigkeit hin zu untersuchen; die angesprochenen Zusammenhänge lassen sich in einer Modellanalyse verdeutlichen.

Zuvor bedürfen die Fragestellungen, die erörtert werden sollen, einer Präzisierung; aus ihr ergibt sich der weitere Aufbau der Arbeit. Darüber hinaus ist eine Abgrenzung zu benachbarten Problemkreisen erforderlich.

11. Präzisierung der Fragestellungen

Der Begriff "Vermögen", für den die Wissenschaft noch keine allgemein anerkannte Definition geschaffen hat²⁾, und der im weitesten Sinne die Gesamtheit aller Güter - Sachgüter und durch Rechts-

1) Untersuchungen, die in diese Richtung gehen, liegen vor; vgl. Oberhauser, A.: "Finanzpolitik und private Vermögensbildung", der die Abhängigkeiten zwischen Finanzpolitik und privater Vermögensbildung zeigt, und Chevallier, O. de la: "Die Verteilung des Vermögenszuwachses in der Bundesrepublik Deutschland seit 1950"; detailliertere Angaben über die Entwicklung der Ersparnisbildung legt Exo vor; vgl. Exo, R.: "Die Entwicklung der sozialen und ökonomischen Struktur der Ersparnisbildung in der Bundesrepublik Deutschland".

2) Herrmann, K. A.: "Vermögenspolitik", S. 149

anspruch gesicherte Forderungen¹⁾ - einer Person bzw. Personen-
gruppe²⁾ umfaßt, wird im folgenden relativ eng gefaßt verwendet.

"Wenn ... von Gütern einer Person gesprochen wird, so soll der Genetiv zum Ausdruck bringen, daß die Güter dieser Person ... für die Dauer gehören"³⁾; alle kurzlebigen Güter, mithin die Konsumgüter, scheiden aus der Betrachtung aus. Die verbleibenden (Vermögens-)Werte lassen sich entweder dem Gebrauchsvermögen, das in den privaten Haushalten genutzt wird, oder dem Produktivvermögen zuordnen, das über den Markt zu Einkommen führt⁴⁾; nur die zweite dieser beiden Größen soll im weiteren Verlauf als "Vermögen" bezeichnet werden, denn die Aufmerksamkeit der Vermögenspolitik ist auf breitere Streuung des Eigentums an den Produktionsmitteln gerichtet, d. h. der als Produktivvermögen verstandenen Werte.

Die jeweils bestehende Vermögensstreuung dürfte einmal von den vorhandenen institutionellen Normen auf Grund derer bereits gege-

-
- 1) Ansprüche der Versorgungsberechtigten an die Sozialversicherung und Pensionsansprüche von Beamten sowie leitenden Angestellten in der Privatwirtschaft gehören, auch wenn sie rechtlich begründet sind, nicht hierher, gelten mithin nicht als Vermögen; Föhl, C.: "Kreislaufanalytische Untersuchung...", S. 4
 - 2) Diehl, K.: "Vermögen", S. 707, sieht in der Personenbezogenheit ein besonders charakteristisches Merkmal des Vermögens und weist darauf hin, daß Unternehmen, auch in der juristischen Form der Körperschaft, kein Vermögen besitzen können; das schließt nicht aus, daß die Vermögensbildung in Unternehmen vorstatten gehen kann; die Personenbezogenheit bildet auch für Weisser, G.: "Vermögen und Vermögenspolitik", S. 163, und Oberhauser, A.: "Finanzpolitik und private Vermögensbildung", S. 13, mit eines der wesentlichsten Kriterien des Vermögens; Oberhauser betont in diesem Zusammenhang, daß Unternehmen höchstens im übertragenden Sinn Vermögen zu besitzen vermögen.
 - 3) Weisser, G.: "Vermögen und ...", S. 163
 - 4) Der Abgrenzung zwischen Gebrauchs- und Produktivvermögen haftet allerdings eine gewisse Willkürlichkeit an, die besonders deutlich wird, wenn es etwa gilt, ein Einfamilienhaus zuordnen zu müssen; wird es vom Eigentümer genutzt, stellt es nach der oben erfolgten Definition Gebrauchsvermögen dar, wird es vermietet, zählt es zum Produktivvermögen.

bene Vermögensmassen übertragen werden, und zum anderen von der Einkommensaufteilung und -verwendung, die zur Bildung neuen Vermögens führen, bestimmt sein. Dabei konzentriert sich die Vermögenspolitik, - sieht man einmal von den Plänen zur Reform des Erbschaftssteuerrechts, auf die noch einzugehen sein wird, ab -, darauf, die Streuung des Vermögenszuwachses zu beeinflussen; die Bestimmungsgründe von Einkommensaufteilung und -verwendung treten in den Mittelpunkt des Interesses.

Demgegenüber werden die Pläne, die vorsehen, die Erbschaftsteuer als Instrument der Vermögenspolitik zu nutzen und mit höheren, zum Teil konfiskatorischen Sätzen auszustatten, vernachlässigt, denn das zusätzliche Aufkommen, das dadurch erzielt werden kann, soll nicht zur Umverteilung von bereits vorhandenen Vermögensmassen zugunsten jener, deren Vermögensbildung gefördert werden soll, genutzt werden; statt dessen ist etwa daran gedacht, Teile von Großvermögen in Gemeineigentum zu überführen und deren Erträge für Gemeinschaftsaufgaben zu verwenden¹⁾, während die Arbeitnehmer darauf angewiesen bleiben, Ersparnisse zu bilden, wenn sie am Vermögenszuwachs partizipieren wollen²⁾.

Da über die Einflüsse, denen Einkommensaufteilung und -verwendung unterworfen sind, unterschiedliche, in entscheidenden Punkten voneinander abweichende Hypothesen vorliegen, gilt es, die bestehenden theoretischen Ansätze auf ihre Aussagefähigkeit hin zu untersuchen und, soweit es sich als notwendig erweist, zu erweitern, um hinreichende Antworten auf die ersten beiden Fragen zu erhalten. Dabei

1) Vgl. : "Wirksamere Erbschaftssteuer bei Großvermögen", Vorschläge der SPD Hessen-Süd zur Vermögenspolitik und Steuerreform, abgedruckt in: Frankfurter Rundschau, Nr. 76 vom 2. 4. 1970

2) Eine höhere Erbschaftsbesteuerung erlaubt es allerdings cet. par., andere Steuern zu senken und die steuerliche Belastung der Bezieher niedriger Einkommen zu mildern, um die Sparfähigkeit dieser Gruppen zu verbessern; dadurch vermag die Erhöhung der Erbschaftssteuer indirekt die Streuung des Vermögenszuwachses zu beeinflussen.

werden vermutlich die Möglichkeiten sichtbar, derer sich die Vermögenspolitik zu bedienen hat, um die Streuung des Vermögenszuwachses zu beeinträchtigen. Die eingehende Erörterung dieses Problemkreises erfolgt allerdings erst, wenn untersucht worden ist, ob und welche Abhängigkeiten zwischen der Vermögensbildung auf der einen und weiteren, gesellschafts- und wirtschaftspolitisch relevanten Größen auf der anderen Seite bestehen.

Die Wechselbeziehungen, die damit angesprochen sein sollen, betreffen einmal Fragen nach den Determinanten des Einkommenswachstums; da dessen Umfang vom Bevölkerungswachstum und vom technischen Fortschritt, aber auch der Kapitalbildung bestimmt sein dürfte, interessiert das Zusammenwirken aller drei Faktoren. Zum anderen ist anzunehmen, daß die Vermögensbildung die Verteilung des Einkommens beeinflußt, so daß sie unter verteilungspolitischen Aspekten von Bedeutung ist.

Die Erörterung der ersten beiden Problemkreise dürfte zeigen, daß die jeweils bestehende Vermögensstreuung das Ergebnis eines langfristigen Prozesses darstellt, so daß deren Korrektur sich nur, sieht man von der Umverteilung bereits vorhandener Vermögensmassen ab, über längere Zeiträume hinweg realisieren läßt. Wegen der engen Verknüpfung von Vermögensstreuung, Kapitalbildung und Einkommenswachstum, die dann gegeben ist, scheint es geboten, alle vorgeschlagenen Maßnahmen auf ihre möglichen Beschäftigungs- und Wachstumseffekte hin zu untersuchen.

Diese Analyse kann erst erfolgen, wenn bekannt ist, an welchen Punkten des wirtschaftlichen Kreislaufs Möglichkeiten bestehen, Eingriffe zugunsten einer breiteren Vermögensstreuung vorzunehmen. Dabei dürfte deutlich werden, daß die Zahl dieser Alternativen geringer ist als es die Fülle von Vorschlägen zu suggerieren vermag, die sich mit diesem Problem auseinandersetzen.

Die Reihenfolge der angesprochenen Fragenkomplexe spiegelt sich im Aufbau der Arbeit wider. Im ersten Hauptteil werden all jene Faktoren zu untersuchen sein, die die funktionale Einkommensverteilung sowie die (bestehende) Vermögensstreuung, aber auch deren Querverteilungseffekte bestimmen; die Wechselbeziehungen zwischen diesen Größen werden aufgezeigt. Der zweite Hauptteil ist dann der Beantwortung des ersten Teils der zweiten Frage gewidmet. Dort kommt es darauf an, die Determinanten von Kapitalbildung und Einkommenswachstum aufzuzeigen. Dabei soll einmal analysiert werden, unter welchen Bedingungen stetiges Wachstum zu erwarten ist, zum anderen, welche Faktoren eine derartige Entwicklung zu stören vermögen. Im dritten Hauptteil wendet sich die Aufmerksamkeit endlich der Frage nach den Beschäftigungs- und Wachstumseffekten zu, die vermögenspolitisch motivierte Eingriffe in den Wirtschaftsablauf auszulösen vermögen.

Um die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen, die eine aktive Vermögenspolitik bzw. die in ihrem Namen ergriffenen Maßnahmen hervorrufen, besonders deutlich hervortreten zu lassen, wird ein relativ hoher Abstraktionsgrad gewählt, der es erlaubt, die Zahl der zu betrachtenden Abhängigkeiten niedrig zu halten.

12. Abgrenzung des Untersuchungsobjekts

Da die Vermögenspolitik das Ziel verfolgt, die Streuung des privaten Vermögensbesitzes zu beeinflussen, wird unterstellt, daß die Ansprüche, die der Staat an das Gesamteinkommen stellt, konstant bleiben bzw. parallel zu diesem Einkommen zunehmen, wobei sich das Verhältnis von Konsum- und Investitionsnachfrage nicht ändern soll. Mit Hilfe dieser Annahme wird es möglich, die Aufmerksamkeit

ausschließlich auf die Entwicklung der Konsumnachfrage und der Vermögensbildung des privaten Sektors zu konzentrieren. Es wird untersucht, welche Effekte die Veränderung der Einkommensaufteilung und Eingriffe in die Einkommensverteilung auf die Gesamtnachfrage, insbesondere jedoch die Investitionstätigkeit innerhalb des Unternehmenssektors, haben. Dabei wird ein Zwei-Gruppen-Modell zugrunde gelegt; in ihm steht die Gruppe derjenigen, deren Vermögensbildung gefördert werden soll, jener gegenüber, deren Vermögensbesitz relativ abnehmen soll.

Darüber hinaus scheint es gerechtfertigt, die außenwirtschaftlichen Beziehungen aus der Untersuchung auszuklammern. Keiner jener Pläne, die konkrete Maßnahmen zur Verwirklichung einer breiteren Vermögensstreuung vorsehen, setzt sich mit der Möglichkeit auseinander, einen etwa durch erhöhte Spartätigkeit hervorgerufenen Nachfrageausfall im Inland durch eine Erhöhung des Exports auszugleichen, zumal eine langfristige und dauerhafte Verschuldung des Auslandes nicht das Ziel der Vermögenspolitik sein kann. Aus diesem Grund wird unterstellt, daß sämtliche Maßnahmen, die in der Arbeit auf ihre Wirkungen hin untersucht werden sollen, in einer Volkswirtschaft stattfinden, die keinerlei Außenbeziehungen unterhält.

Schließlich geht die nachfolgende Analyse davon aus, daß die Geldpolitik keinerlei Einfluß auf das wirtschaftliche Geschehen ausübt. Von der monetären Seite her sollen keine Anstöße, etwa in Form von Kreditrestriktionen oder -erleichterungen, erfolgen, die die Wirtschaftssubjekte veranlassen, einmal aufgestellte Pläne zur Einkommensverwendung aufzugeben bzw. zu ändern. Die Bemühungen sämtlicher sozialer Gruppen, die eigenen Ansprüche an das Gesamteinkommen zu realisieren, können sowohl zu deflationären als auch inflationären Geldwertentwicklungen führen, ohne daß diesen von irgendeiner Institution entgegengetreten wird. Die Auseinandersetzungen um die Ver-

teilung des Realeinkommens finden ihren Ausdruck in vollem Umfang in der Preisentwicklung; der Geldbedarf, der sich daraus ergibt, bestimmt die Geldmenge.

2. ERSTER HAUPTTEIL

Die Wechselbeziehungen zwischen Einkommensverteilung und Vermögensstreuung. Die Relevanz der verteilungstheoretischen Ansätze

Zwischen Einkommensverteilung und Vermögensstreuung dürften Abhängigkeiten bestehen, deren Kenntnis für die Wahl und die Beurteilung vermögenspolitischer Maßnahmen unerlässlich ist. Dabei ist zu vermuten, daß die personelle Einkommensverteilung einen jener Faktoren darstellt, die den Umfang der individuellen Vermögensbildung beeinflussen. Umgekehrt bestimmen der einmal erworbene Vermögensbesitz und die Vermögensstreuung die personelle Einkommensverteilung, da die Richtung, in der ein Teil des gesamtwirtschaftlich bereits erstellten Einkommens fließt, von diesen Faktoren abhängt. Genauere Angaben lassen sich allerdings erst erarbeiten, wenn bekannt ist, welche Größen die relative Höhe des Kapitaleinkommens determinieren.

Da die Wirtschaftstheorie mehrere, in entscheidenden Punkten voneinander abweichende Konzepte entwickelt hat, um die funktionale Einkommensverteilung zu erklären, muß sich zunächst zeigen, welcher der vorhandenen Ansätze geeignet ist, vermögenspolitische Fragestellungen in die Analyse einzubeziehen. Bei dieser Prüfung werden allerdings nicht alle Überlegungen, die sich mit der Verteilung und deren Determinanten auseinandersetzen, betrachtet¹⁾. Statt dessen werden nur jene Gedankengänge verfolgt, deren Relevanz in der jüngsten wissenschaftlichen Diskussion²⁾ als erwiesen gelten kann;

-
- 1) Eine vollständigere und ausführliche Übersicht über die wichtigsten Ansätze zu diesem Thema vermittelt Krelle, W.: "Verteilungstheorie".
 - 2) Diese Auseinandersetzung beginnt im Anschluß an Kaldor, N.: "Alternative Theories ...", RESt. 1955/56, in der der Autor die bis dahin bestehenden Ansätze gegenüberstellt, um dann sein eigenes Konzept zu entwickeln; hier sei insbesondere auf die Beiträge von (Forts. S. 18)

auf abweichende Hypothesen soll nur ergänzend verwiesen werden¹⁾. Diese Untersuchung hat, soweit das die genannten theoretischen Ansätze zulassen, die jeweils erfolgenden Aussagen zur Verteilung jedoch nicht nur isoliert, sondern im Gesamtzusammenhang mit dem Geschehen in der evolutorischen Wirtschaft zu analysieren, da jede Vermögenspolitik sowohl beschäftigungs- als auch wachstumspolitische Fragen aufwirft.

Die voneinander abweichenden Überlegungen, denen sich die Aufmerksamkeit damit zuwenden soll, lassen sich vereinfachend mit den Begriffen "Grenzproduktivitätstheorie" und "Kreislauftheorie" umschreiben. Dabei knüpfen deren unterschiedliche Hypothesen einmal an die Vorgänge auf den Faktormärkten an, es liegt eine "Markt-" oder "Preistheorie" der Verteilung vor, das andere Mal an die Einkommensverwendung. Im zweiten Fall steht der Spar- Investitionsmechanismus im Mittelpunkt des Interesses,

Fortsetzung Fußnote 2) von S. 17:

Tobin, J.: "Towards a General Kaldorian Theory ...", RESt., 1959-61, Kaldor, N.: "A Rejoinder to ... Tobin", RESt., 1959-61, Pasinetti, L.L.: "Rate of Profit and Income Distribution ...", RESt., 1962, Kaldor, N.: "Marginal Productivity and the Macro-Economic Theories ...", RESt., 1966, Pasinetti, L.L.: "New Results in an Old Framework. ...", RESt., 1966, Marchal, J., Ducros, B.: "Introduction to 'The Distribution of National Income, ...'", 1968 sowie Solow, R. M.: "Distribution in the short and long run", in: "The Distribution of ...", 1968

- 1) Gemeint sind hier jene Ansätze, die im Monopolgrad eine der Determinanten der funktionalen Verteilung erblicken; Kalecki führt die Berücksichtigung unvollständiger Konkurrenz auf den Gütermärkten im Anschluß an die Überlegungen von Lerner, A. P.: "The Concept of Monopoly ...", in die Verteilungstheorie ein; Kalecki, M.: "The Determinants of Distribution ...", (1. Fassung), ders.: "Essays in the Theory of Income Fluctuations", (2. Fassung), ders.: "Theory of Economic Dynamics", (3. Fassung); der dort verwandte Begriff des Monopolgrads weicht von demjenigen ab, den Preiser, E.: "Besitz und Macht ...", verwendet, um die wirtschaftliche Bedeutung gesellschaftlicher Zusammenhänge, etwa jene der Vermögensverteilung, zu kennzeichnen.

so daß von einer "Spar-Investitionstheorie"¹⁾ gesprochen werden soll.

Schließlich ist zu erwähnen, daß Versuche vorliegen, die genannten Ansätze zu integrieren²⁾. Die getrennte Erörterung beider Theorien dürfte jedoch zeigen, daß ein jeweils unterschiedliches Verständnis des wirtschaftlichen Geschehens zugrunde liegt, so daß die Integrationsbemühungen skeptisch beurteilt werden müssen.

21. Der Beitrag der Grenzproduktivitätstheorie zur Lösung der Verteilungsproblematik. Die zentrale Bedeutung der Faktormärkte

Die Faktorpreisbildung steht im Mittelpunkt der Analyse, die davon ausgeht, daß die Preismechanismen, die auf den Faktormärkten wirksam werden, die eigentlichen, das gesamtwirtschaftliche Verteilungsgeschehen bestimmenden Kräfte sind. Während das Faktorangebot als gegebene Größe betrachtet wird, determinieren die jeweils herrschenden Produktions- und Marktbedingungen die Faktornachfrage. Dabei wird den technischen Produktionsverhältnissen eine zentrale Bedeutung beigemessen; sie bestimmen annahmegemäß die Möglichkeiten der Faktorkombination bzw. -substitution. Damit stützt sich der gesamte Beitrag, den die Grenzproduktivitätstheorie zur Lösung der Verteilungsproblematik leistet, auf Überlegungen, die zunächst ausschließlich der Betrachtung einzelwirtschaftlicher

1) Diese Formulierung prägt Solow, R. M.: "Distribution in the short and long run", S. 449, um die unterschiedlichen Hypothesen über die Determinanten der Verteilung bereits vom Begrifflichen her sichtbar zu machen.

2) Ferguson, C. F.: "Theories of Distribution ..."; Niehans, J.: "Die Wirkungen von Lohnerhöhungen, technischem Fortschritt..."; Solow, R. M.: "Distribution in ..."; Weintraub, S.: "A Keynesian Theory ...".

Zusammenhänge gewidmet waren. Die Hypothesen dieser mikroökonomischen Theorie gelten, soweit sie generellen verteilungspolitischen Folgerungen dienen sollen, annahmegemäß auch für das gesamtwirtschaftliche Geschehen.

211. Die Stellung der Grenzproduktivitätstheorie.

Ihr Ursprung in der Betrachtung mikroökonomischer Zusammenhänge

Da zu vermuten ist, daß die Summe einzelwirtschaftlicher Entscheidungen - soweit diese als typisch gelten können - das makroökonomische Geschehen bestimmt, werden die Überlegungen, die im vorangegangenen entwickelt wurden, auch herangezogen, um die Determinanten gesamtwirtschaftlicher Vorgänge aufzudecken. Um zu verteilungstheoretischen Aussagen zu kommen, bedarf es allerdings einer Hilfskonstruktion, der Aggregation der mikroökonomischen Faktornachfragefunktionen¹⁾. Diese Funktionen sind jedoch aus einzelwirtschaftlichen Produktionsfunktionen abgeleitet, so daß letztlich alle Hypothesen der Grenzproduktivitätstheorie der Verteilung auf der mikroökonomischen Produktions- und Kostentheorie basieren.

Nach diesem Konzept sind die Determinanten der betrieblichen Faktorkombination mit jenen der volkswirtschaftlichen Produktion identisch, die gesamtwirtschaftliche Produktionsfunktion wird zum wichtigsten Bestandteil der Verteilungstheorie, mit ihrer Hilfe läßt sich das Gesamtprodukt den einzelnen Faktoren zurechnen²⁾. Die neuere

- 1) Die Probleme, die die Aggregation dieser Faktornachfragefunktionen aufwirft, sowie die Abweichungen zwischen den Verläufen mikro- und makroökonomischer Funktionen zeigt Krelle, W.: "Verteilungstheorie", S. 67-71, in aller Deutlichkeit auf; dabei weist er insbesondere auf die divergierenden Elastizitätsverhältnisse hin.
- 2) Zwischen der einzelwirtschaftlichen Produktions- und Kostentheorie und der Verteilungstheorie besteht ein wesentlicher Unterschied: die Faktorpreise sind einmal Daten, das andere Mal das Ergebnis des Zusammenwirkens von Faktorangebot und -nachfrage.

Grenzproduktivitätstheorie berücksichtigt dabei explizit allerdings nur zwei Faktoren, Arbeit und Kapital, was gerechtfertigt erscheint, da der ursprünglich ebenfalls explizit in die Untersuchung einbezogene Boden heute kaum noch ohne in ihn eingegangenes Kapital vorstellbar ist: Boden und Kapital werden zu einem Faktor zusammengefaßt. Die anschließende Erörterung gibt die Versuche wieder, mit Hilfe der Grenzproduktivitätstheorie, d.h. der Analyse der Faktorpreisbildung, zu einer Zurechnung des Gesamtprodukts auf die einzelnen Faktoren zu gelangen.

Zunächst wird unterstellt, daß Faktorausstattung und Produktionstechnik konstant sind, später sollen beide Größen variiert werden, um auch Effekte zeigen zu können, die in der Folge von Angebotsveränderungen und technischem Fortschritt zu erwarten sind. Im Verlauf dieser Erörterung dürfte deutlich werden, daß sich die genannten Hypothesen nicht mit der Verteilung des jeweils gegebenen Einkommens, sondern mit den Beiträgen, die die einzelnen Produktionsfaktoren leisten, auseinandersetzen. Dabei wird das Einkommen als personenbezogene Größe vernachlässigt; es kann allerdings ermittelt werden, wenn unterstellt wird, das Einkommen der Wirtschaftssubjekte sei von der Quantität der jeweils bereitgestellten Faktoren und deren Entlohnungssätzen bestimmt.

212. Die mikrotheoretische Analyse der Zurechnung und die auf ihr basierenden Aussagen zur makroökonomischen Verteilung

Der mikrotheoretische Ansatz, der hier erörtert werden soll, beruht auf der Annahme, sowohl auf den Faktor- als auch den Gütermärkten herrsche vollständige Konkurrenz. Danach ist die optimale Faktorallokation gewährleistet, wenn das Verhältnis

- a) der partiellen Grenzprodukte zueinander jenem der Faktorpreise sowie
- b) das der Grenzkosten zueinander jenem der Güterpreise entspricht,
- wobei die Faktorpreise mit den partiellen Grenzwertprodukten, die Güterpreise mit den Grenzkosten identisch sind. Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß die Grenzproduktivitätstheorie unabhängig davon, ob Vorgänge in der stationären oder der evolutorischen Wirtschaft untersucht werden, von einer Gleichgewichtsbetrachtung ausgeht.

Die Überlegungen stellen auf Erträge ab, den Arbeits- und den Kapitalertrag; beide sind analytische Größen, die sich nicht mit den Einkommensarten "Einkommen aus unselbständiger Arbeit" und "Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen", wie sie die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ausweist, gleichsetzen lassen. Der Ertrag stellt eine auf eine objektive Einheit, das Einkommen eine personenbezogene Größe dar. Damit besteht zwischen den Angaben der Einkommensstatistik und den Ertragskategorien, die die Grenzproduktivitätstheorie kennt, kein unmittelbarer Zusammenhang. Selbst Versuche, die Ergebnisse der theoretischen Analyse anhand statistischen Materials zu überprüfen, sind nur mit Hilfe gewagter Zurechnungen möglich¹⁾. Hinzu kommt allerdings, daß die Annahmen, unter denen die Theorie ihre Aussagen entwickelt, in der Realität kaum erfüllt sein dürften, denn das Modell der vollständigen Konkurrenz stellt lediglich eine gedankliche Konstruktion dar, die den tatsächlich gegebenen Marktverhältnissen nahezukommen hofft.

1) Wie problematisch eine Zurechnung des statistischen Materials ist, geht daraus hervor, daß der "Unternehmergewinn z. B. ... Kapitalverzinsung, Entgelt für Arbeitsleistung (Unternehmerlohn), Grundrente sowie Elemente von Monopolgewinnen usw. enthalten" kann und wird, z. T. also Größen, die die Grenzproduktivitätstheorie nur dann zu erfassen vermag, wenn das Modell der vollständigen Konkurrenz fallengelassen wird; vgl. Bombach, G.: "Die verschiedenen Ansätze ...", S. 97

2121. Die Bestimmung der Ertragsanteile bei gegebener Faktorausstattung und Produktionsfunktion. Das stationäre Gleichgewicht

Die Faktorpreise erhalten dieselbe Bedeutung zugewiesen, die ihnen in der Produktions- und Kostentheorie zukommt; sie bestimmen das Faktoreinsatzverhältnis. Aus diesen Größen lassen sich dann die Ertragsanteile, die der Arbeit und dem Kapital zuzurechnen sind, ableiten. Während die Faktorpreise in der einzelwirtschaftlichen Betrachtung allerdings als Daten behandelt werden können, ergeben sich ihre Werte in einer gesamtwirtschaftlichen Analyse erst aus dem Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage. Dabei werden die Nachfragefunktionen aus der Produktionsfunktion und dem zugrunde gelegten Marktmodell abgeleitet.

Im einzelnen bauen die Hypothesen auf folgenden Annahmen auf:

- a) Im Walras-paretianischen Gleichgewichtssystem wird das wirtschaftliche Handeln vom Prinzip der Gewinnmaximierung bestimmt; die Grenzkosten (dq/dy) sind gleich dem Grenzerlös (E'), es gilt mithin

$$(0.01) \quad dq/dy = E'.$$

- b) Auf Faktor- und Gütermärkten herrscht vollständige Konkurrenz, der Grenzerlös (E') ist mit dem Preis (p) identisch, so daß

$$(0.02) \quad E' = p$$

gilt.

- c) Die Produktion folgt einer linear-homogenen Produktionsfunktion, in jedem ihrer Punkte sei die volle Substituierbarkeit der Faktoren ($A; K$) gegeben, so daß sich das Gesamtprodukt als

$$(0.03) \quad y = y(A, K) \text{ bei } \lambda y = y(\lambda A, \lambda K)$$

darstellt.

- d) Schließlich wird unterstellt, daß das Gesetz abnehmender Ertragszuwüchse seine Gültigkeit hat; aus ihm folgen

$$(0, 04 \text{ a}) \quad \frac{\partial y}{\partial A} > 0 \quad \text{bzw.} \quad \frac{\partial^2 y}{\partial K^2} < 0$$

und

$$(0, 04 \text{ b}) \quad \frac{\partial^2 y}{\partial A^2} < 0 \quad \text{bzw.} \quad \frac{\partial^2 y}{\partial K^2} < 0$$

wobei Homogenität der Faktoren gegeben sei.

- e) Die Faktoren werden schließlich zu ihrem Grenzwertprodukt entlohnt; für den Lohnsatz (l) bzw. den Zins (z) ergeben sich daraus

$$(0, 05) \quad 1 = \frac{\partial y}{\partial A} p \quad \text{bzw.} \quad z = \frac{\partial y}{\partial K} p.$$

Unter diesen Annahmen fallen die Faktornachfragefunktionen mit den Kurven der partiellen Grenzproduktivitäten zusammen, die Nachfrage nach den einzelnen Faktoren wird solange ausgedehnt, bis Entlohnungssatz und partielles Grenzwertprodukt übereinstimmen. Im Gegensatz zu den ausführlichen Überlegungen, die sich mit den Determinanten dieser Funktionen auseinandersetzen, widmet die Theorie den Bestimmungsgrößen des Faktorangebots eine relativ geringe Aufmerksamkeit; es findet sich lediglich die Annahme, die Preiselastizität des Angebots sei größer als Null. Dieser Forderung soll sowohl die Angebotsfunktion des Faktors Arbeit als auch jene des Faktors Kapital genügen.

Die Annahme einer linear-homogenen Produktionsfunktion schließt die Gültigkeit des 'adding-up'-Theorems ein; die partiellen Grenzprodukte ergänzen sich zum Niveaugrenzprodukt, es gilt

$$(0, 06) \quad \frac{y}{A} + \frac{y}{K} = \frac{dy}{y}.$$

Da die Entlohnung zum Grenzwertprodukt (0. 05) erfolgt, nimmt sie

das Gesamtprodukt in Anspruch, es folgt,

$$(0.07) \quad 1 \cdot A + z \cdot K = p \cdot y.$$

Ein Unternehmerngewinn bzw. -verlust entsteht nicht.

Da der Gesamtertrag der Faktoren von deren Entlohnungssatz und Einsatzmenge bestimmt wird, läßt sich eine Zurechnung des Gesamtprodukts vornehmen; die Verteilung (V) stellt sich als

$$(0.08) \quad V = \frac{\partial y}{\partial A} A : \frac{\partial y}{\partial K} K = \frac{\frac{\partial y}{\partial A} A}{\frac{\partial y}{\partial K} K}$$

dar und wird

- a) vom Verhältnis der partiellen Grenzprodukte zueinander sowie
- b) von der Faktorintensität (A/K)

bestimmt. Der Anteil des Arbeitsertrags etwa wird um so umfangreicher sein, je höher die Arbeitsintensität (A/K) und je größer das partielle Grenzprodukt dieses Faktors ($\partial y : \partial A$) im Vergleich zu jenem des Kapitals ($\partial y / \partial K$) ist.

Diese Determinanten verlieren ihre Relevanz für die Zurechnung, wenn sich die partiellen Produktionselastizitäten zu Eins ergänzen, denn dann läßt sich, wie die Arbeiten von Cobb und Douglas¹⁾ zeigen, die Verteilung des Gesamtprodukts unmittelbar aus der Produktions-

-
- 1) Cobb und Douglas glauben bei ihrer empirischen Untersuchung der Verteilung entdeckt zu haben, daß das Gesamtprodukt stets in vollem Umfang der Entlohnung der Faktoren dient; daher geben sie die gesamtwirtschaftliche Produktionsfunktion mit

$$P = b L^k K^{1-k}$$

an; vgl. Cobb, C. W. und Douglas, P. H.: "A Theory of Production", S. 152; später gesteht Douglas ein, daß die Summe der Erträge möglicherweise vom Gesamtprodukt abweicht, und setzt

$$P = b L^k K^j$$

an die Stelle der ursprünglichen Formulierung; vgl. Douglas, P. H.: "Are there Laws ...", S. 8

funktion ablesen; die Ertragsanteile entsprechen den partiellen Produktionselastizitäten. Die eigentlich interessanten Implikationen treten allerdings erst bei der Diskussion der Effekte von Angebotsänderungen hervor.

Sind die Kriterien, nach denen das Gesamtprodukt den einzelnen Faktoren zuzurechnen ist, einmal bekannt, bedarf es weiterer Annahmen, um die Grenzproduktivitätstheorie zu einer Theorie der Einkommensverteilung auszubauen. Um zu Aussagen über die Funktionalverteilung zu gelangen, ist es erforderlich zu unterstellen, Arbeitsertrag und -einkommen sowie Kapitalertrag und -einkommen seien identisch. Erst auf Grund dieses Schrittes wird es möglich, auch Hypothesen zur personellen Verteilung aufzustellen und handelnde Wirtschaftssubjekte, die die Theorie explizit nicht erwähnt, in die Betrachtung einzubeziehen, etwa dadurch, daß unterstellt wird,

- a) der Umfang, in dem der Einzelne die Faktoren Arbeit und Kapital zur Verfügung stellt, und
- b) die jeweiligen Faktorpreise

bestimmen das Individualeinkommen. Die Schwierigkeit, derartige

- 1) Welche Effekte gerade die Zusammensetzung des Faktorangebots, mit dem das einzelne Wirtschaftssubjekt an die Faktormärkte tritt, auszulösen vermag, deutet Preiser, E.: "Besitz und Macht ...", S. 331 - 351, an; er weist darauf hin, daß insbesondere die Preiselastizität des Arbeitsangebots davon beeinflusst sein dürfte, daß die Anbieter gerade dieses Faktors nur in geringem Umfang über Kapital verfügen, so daß sie wahrscheinlich gezwungen sind, auch unter ungünstigen Bedingungen anzubieten; sie akzeptieren einen niedrigen Preis, weil der Nachfrager (nach Arbeit) eine monopolähnliche Stellung einnimmt. Wenn die mangelnde Berücksichtigung, die die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Grenzproduktivitätstheorie finden, auch die Gültigkeit der Aussagen über den (Faktor-)Preismechanismus nicht aufhebt, so zeigt sich Preisers Ansicht nach doch, daß dieser Mechanismus alleine keine volle Erklärung zu bieten vermag.

Hypothesen zu überprüfen, wurde bereits erwähnt.

Die ursprünglich angenommenen Faktornachfragefunktionen verschieben sich, wenn die Bedingungen vollständiger Konkurrenz nur auf den Faktor-, nicht aber den Gütermärkten gegeben sind. Ihr Verlauf entspricht dann nicht den Kurven der partiellen Grenzproduktivitäten, sondern jenen der partiellen Grenzerlöse, so daß das Gesamtprodukt nicht mehr ausschließlich der Faktorentlohnung dient, sondern Monopolgewinne entstehen, deren Höhe der Monopolgrad angibt¹⁾. Dieser Monopolgewinn tritt als dritte objektive Größe neben den Arbeits- und den Kapitalertrag.

Jede Theorie der funktionalen Einkommensverteilung, die auf diesem modifizierten Modell der Grenzproduktivitätstheorie aufzubauen sucht, hat der Annahme monopolistischer Konkurrenz auf den Gütermärkten Rechnung zu tragen. Die Zahl der bereits genannten Einkommensarten ist um das (Monopol-)Gewinneinkommen zu erhöhen. Während sich dieser Schritt jedoch ohne größere Schwierigkeiten vollziehen läßt, erfordert jeder Versuch, von hier zu einer Theorie der persönlichen Verteilung zu gelangen, Hypothesen darüber, welchen Wirtschaftssubjekten die Monopolgewinne zufließen. Eine Zurechnung entsprechend dem Umfang der bereitgestellten Faktoren, wie sie bei den beiden anderen Einkommensarten plausibel erscheint, dürfte hier unzulässig sein; funktionale Abhängigkeiten, wie sie zwischen der jeweils zur Verfügung gestellten Faktormenge und deren Ertrag auf der einen und dem persönlichen Einkommen auf der anderen Seite angenommen werden können, sind nicht vorhanden. Da sich allerdings zu einem späteren Zeitpunkt dieser Arbeit zeigen wird, daß die Vertreter der Grenzproduktivitätstheorie selber Zweifel an der Plausibilität der Annahme monopolistischer Konkurrenz hegen²⁾, soll diesem Pro-

1) Die Hypothesen von Lerner, A. P.: "The Concept of Monopoly...", finden damit Eingang in die Theorie der Verteilung.

2) Diese Zweifel ergeben sich bei der Erörterung wachstumstheoretischer Probleme; vgl. S. 28 f.

blem keine weitere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Soweit die Gedankengänge der Grenzproduktivitätstheorie bis jetzt verfolgt werden konnten, waren sie der Zurechnung des Gesamtprodukts im stationären Gleichgewicht gewidmet, während die Fragen, die sich die vorliegende Arbeit gestellt hat, Vorgänge in der evolutorischen Wirtschaft betreffen. Wieweit ihre Beantwortung im Rahmen der Grenzproduktivitätstheorie möglich ist, kann daher vorerst noch nicht gesagt werden; dazu bedarf es zunächst der Kenntnis und der Analyse jener Hypothesen, die den Wachstumskräften und deren Effekten gelten.

2122. Die wachstumsbedingten Veränderungen der Ertragsanteile. Die evolutorische Wirtschaft

Die Erörterung der Zurechnungseffekte, die im Zuge des wirtschaftlichen Wachstums auftreten, erfolgt in einer komparativ-statischen Betrachtung. In ihr werden die ursprünglichen Annahmen über das Marktmodell (vollständige Konkurrenz auf Faktor- und Gütermärkten) und das Prinzip, dem das wirtschaftliche Handeln folgen soll, beibehalten. Da die Entwicklung der Ertragsanteile, nicht jedoch die des Gesamtprodukts interessieren, sei ferner unterstellt, das Gesamteinkommen bleibe konstant. Die zu untersuchenden Überlegungen bauen schließlich auf der Hypothese auf,

- a) Veränderungen des Faktorenangebots und
- b) Verbesserung der technischen Produktionsbedingungen, d. h. der technische Fortschritt,

seien die Determinanten wirtschaftlichen Wachstums; dabei geht die Theorie zunächst davon aus, daß beide Vorgänge analytisch streng voneinander zu trennen seien.

Jede autonom erfolgende Zunahme des Faktorangebots, etwa die des Kapitalangebots, löst *cet. par.* zunächst eine relative Abnahme des jeweils entsprechenden Entlohnungssatzes aus. Das bedeutet, daß das bestehende und ursprünglich optimale Faktoreinsatzverhältnis dann *cet. par.* nicht mehr der Forderung nach Gewinnmaximierung genügt: in der Regel wird es zu einer Revision der Nachfrage nach beiden Faktoren kommen. Der Umfang, in dem Verschiebungen des Faktoreinsatzverhältnisses stattfinden, hängt dabei sowohl von der (Preis-)Elastizität der Faktornachfrage als auch der Substitutionalität der Faktoren ab. Nach dieser Anpassung wird ein neuer Punkt der bestehenden Produktionsfunktion realisiert. Beide (Faktor-) Nachfragefunktionen weichen von ihrem ursprünglichen Verlauf ab; es ergeben sich neue Kurven der partiellen Grenzproduktivitäten. Das annahmegemäß konstante Gesamtprodukt wird mit insgesamt geringeren Kosten erstellt.

Ob und in welchem Umfang sich die Ertragsanteile, die den einzelnen Faktoren zuzurechnen sind, dadurch erhöhen bzw. verringern, hängt ausschließlich von dem Verhältnis ab, in dem die relativen Änderungen des Faktoreinsatzverhältnisses (s.S. 25) zueinanderstehen, der Substitutionselastizität¹⁾; nur wenn der Wert dieser Größe Eins beträgt, be-

1) Hicks stößt bei seiner Analyse der Zurechnungsproblematik auf diesen Zusammenhang, von ihm stammt der Begriff der Substitutionselastizität (elasticity of substitution); vgl. Hicks, J.K.: "The Theory of Wages ...", S. 117; da sich die Verteilung entsprechend Gleichung (0.07) als

$$V = \frac{\frac{Y}{A}}{\frac{Y}{K}} \quad \frac{A}{K} = \frac{1}{z} \quad \frac{A}{K}$$

ergibt, läßt sich für ihre Änderungen

$$(0.07 \text{ a}) \quad \frac{dV}{\frac{dA}{K}} = \frac{d \frac{1}{z}}{d \frac{A}{K}} \quad \frac{A}{K} + \frac{1}{z}$$

formulieren; wird das Verhältnis zwischen den relativen Veränderungen (Forts. S. 30)

einflussen autonome Angebotserhöhungen die Verteilung nicht. Das gilt auch, wenn die Produktion einer linear-homogenen Produktionsfunktion folgt, denn dann bestimmen die partiellen Produktionselastizitäten, die ja von Veränderungen des Faktorangebots unberührt bleiben, die Ertragsanteile¹⁾ unmittelbar.

Fortsetzung Fußnote 1) von S. 29:
 rungen des Faktoreinsatz- und jenen des Faktorpreisverhältnisses
 als Substitutionselastizität (ϵ_A)

$$\epsilon_A = \frac{d \frac{A}{K}}{\frac{A}{K}} : - \frac{d \frac{1}{z}}{\frac{1}{z}}$$

bezeichnet, so läßt sich zeigen, welche Rückwirkungen Änderungen des Faktoreinsatzverhältnisses ausüben; an die Stelle von (0.07 a) tritt

$$(0.07 \text{ b}) \quad \frac{dV}{d \frac{A}{K}} = \frac{1}{z} \left(1 - \frac{1}{A} \right)$$

die Rolle der Substitutionselastizität wird sichtbar; nur wenn sie den Wert Eins annimmt, bleiben die Ertragsanteile von Veränderungen des Faktorangebots und -einsatzverhältnisses unberührt.

- 1) An die Stelle der allgemeinen Formulierung der Produktionsfunktion

$$(0.03) \quad y = y(A, K)$$

tritt hier

$$(0.03 \text{ a}) \quad y = a_0 A^{a_1} K^{a_2}$$

$$\text{bei} \quad a_1 + a_2 = 1,$$

so daß sich das partielle Grenzprodukt etwa der Arbeit (A) als

$$\frac{y}{A} = a_0 a_1 A^{(a_1 - 1)} K^{a_2}$$

ergibt; für die Verteilung folgt daraus anstelle von (0.07)

$$(0.07 \text{ c}) \quad \frac{\frac{y}{A}}{y} = \frac{a_0 a_1 A^{(a_1 - 1)} K^{a_2}}{a_0 A^{a_1} K^{a_2}} = \frac{a_1}{A};$$

die partielle Produktionselastizität des Faktors Arbeit ergibt sich damit als

$$\epsilon_A = \frac{y}{A} : \frac{y}{A} = a_1.$$

Die für die evolutorische Wirtschaft charakteristischen Vorgänge, Faktorsubstitution und Kostenminderung pro zu erstellender Gütereinheit, lassen sich allerdings nicht nur auf Veränderungen des Faktorangebots, sondern auch auf den technischen Fortschritt zurückführen. Die Betrachtung geht dann davon aus, daß in dem jeweils gegebenen Isoquantenfeld Veränderungen stattfinden, denn "technischer Fortschritt kann ex definitione nur vorliegen, wenn sich ein Merkmal der Produktionsfunktion ändert und darüber hinaus - auch bei konstantem input - der output steigt"¹⁾. Diese Zunahme des Gesamtprodukts ist auf die Verlagerung mindestens einer der partiellen Grenzproduktivitätskurvenverläufe zurückzuführen. Das Verhältnis dieser Kurven zueinander bleibt nur dann in jedem Punkt der Produktionsfunktion konstant, wenn Hicks neutraler²⁾ technischer Fortschritt gegeben ist; für diesen Fall ist weder mit Veränderungen des Faktorpreis- noch mit solchen des Faktoreinsatzverhältnisses zu rechnen. Die Ertragsanteile behalten ihren ursprünglichen Umfang. Unter allen anderen Bedingungen soll der technische Fortschritt als arbeits- bzw. kapitalsparend bezeichnet werden.

Bei arbeits- bzw. kapitalsparendem technischen Fortschritt erhöht sich ceteris paribus die Nachfrage nach jenem Faktor, dessen partielle Grenzproduktivität relativ zu jener des anderen gestiegen ist. Diese Änderung des Faktorpreisverhältnisses löst dann Substitutionsvorgänge (vgl. Substitutionselastizität) aus, da sich nur so die Forderung nach Gewinnmaximierung erfüllen läßt.

1) Vgl. Gahlen, B.: "Zur Theorie und Messung...", S. 456

2) Die vorliegende Klassifizierung soll sich auf das Faktoreinsatzverhältnis beziehen; da seine Wahl annahmegemäß von den Kosten bestimmt ist, werden mögliche Faktorsparnisse nur realisiert, solange sich die Produktionskosten dadurch verringern lassen; Ott, A.: "Technischer Fortschritt", S.310, nennt die Bedingungen, unter denen das der Fall sein wird; dabei unterscheidet er fünf Erscheinungsformen des technischen Fortschritts, zu denen schließlich zwei Untergattungen hinzutreten; eine vollständige Übersicht über sämtliche sich möglicherweise sich ändernden Parameter gibt Gahlen, B.: "Zur Theorie und Messung..."; es sind dies der Effizienz-, der Distributions-, der Substitutions- und der Homogenitätsparameter sowie die Substitutionselastizität.

Während sich die Effekte von Faktorangebotsänderungen und technischem Fortschritt in einem Modell vollständiger Konkurrenz auf sämtlichen Märkten ohne weiteres darstellen lassen, gehen die Ansichten darüber auseinander, ob diese Analyse auch in einem Modell zulässig ist, in dem unterstellt wird, auf den Gütermärkten herrsche monopolistische Konkurrenz. Die Klärung dieser Frage hängt davon ab, ob monopolistische Marktverhältnisse als Folge oder als Ursache des Monopolgrads zu betrachten sind. Nur wenn der Monopolgrad das Investitionsgeschehen ursächlich mitbestimmt, hat er als eine wachstumsdeterminierende Größe zu gelten; die Veränderungen der Faktornachfrage hängen von seiner Höhe und deren Veränderung ab. Unterstellt man dagegen, daß der Markt Monopol-situationen langfristig eliminiert¹⁾, braucht der Monopolgrad bei Aussagen zum Verteilungsgeschehen im Wachstum nicht berücksichtigt zu werden. Dieser Überlegung folgt die Grenzproduktivitätstheorie, denn sie geht in ihrer Analyse davon aus, daß die Faktoren in der evolutorischen Wirtschaft zu ihrem partiellen Grenzwertprodukt entlohnt werden; Monopolgewinne entstehen demzufolge nicht. Wird darüber hinaus unterstellt, daß der technische Fortschritt die lineare Homogenität der Produktionsfunktion unberührt läßt, so entspricht die Summe der Faktorerträge dem Gesamtprodukt. Dessen Wachstumsrate wird ausschließlich von Faktorangebotsänderungen und technischem Fortschritt bestimmt²⁾.

-
- 1) Scitovsky, T.: "A Survey of some Theories of Income Distribution", S. 27, vertritt daher die Ansicht, daß die Monopolgradtheorie Kalecki'scher Prägung lediglich einen Einblick in die täglich vorgenommenen Preissetzungsentscheidungen und die auf diese zurückzuführenden Zurechnungseffekte zu geben vermag, während die Annahme vollständiger Konkurrenz auf sämtlichen Märkten der langfristigen Betrachtung zugrunde zu legen sei.
 - 2) Von dieser Annahme geht Solow, R. M.: "A Contribution to the Theory of Economic Growth", S. 79, bei seinen Überlegungen zum wirtschaftlichen Wachstum aus, die den Ausgangspunkt der neoklassischen Wachstumstheorie bilden.

Jede Theorie, die die Einkommensverteilung in der evolutorischen Wirtschaft zu erklären sucht und auf den Hypothesen der Grenzproduktivitätstheorie aufbauen will, hat mit ähnlichen Annahmen zu arbeiten, wie sie den Überlegungen zur Verteilung im stationären Gleichgewicht zugrunde gelegt wurden. Aussagen zur funktionalen Verteilung werden möglich, sobald Arbeitsertrag und -einkommen sowie Kapitalertrag und -einkommen gleichgesetzt werden; alle Veränderungen dieser Verteilung ergeben sich aus den Verschiebungen der Ertragsanteile. Unterstellt man ferner, daß das personelle Einkommen vom Umfang der durch die Wirtschaftssubjekte zur Verfügung gestellten Faktoren und deren Entlohnungssätzen bestimmt ist, so läßt sich die personelle Einkommensverteilung aus der Grenzproduktivitätstheorie ableiten; die Entwicklung dieser Verteilung ergibt sich dann sowohl aus den Veränderungen des individuellen Faktorangebots als auch jenen der Faktorpreise.

213. Kritische Anmerkungen zur Aussagefähigkeit der Grenzproduktivitätstheorie. Die vorzugsweise Berücksichtigung der Faktormärkte bei gleichzeitiger Vernachlässigung des übrigen Kreislaufgeschehens

Es muß fraglich erscheinen, ob die Überlegungen, die zunächst ausschließlich der Erklärung einzelwirtschaftlicher Zusammenhänge dienen sollten, zu einer Analyse makroökonomischer Vorgänge herangezogen werden können. Die Grenzproduktivitätstheorie sieht ihr eigentliches Ziel darin, die Determinanten des Faktoreinsatzverhältnisses anzugeben. Diese Aufgabenstellung ermöglicht es, die Bestimmungsgründe der Güternachfrage zu vernachlässigen; die entsprechenden Nachfragefunktionen lassen sich als Daten in die Untersuchung einbeziehen. In einem Modell vollständiger Konkurrenz auf allen Märkten stellen sowohl die Güter- als auch die Faktorpreise Daten dar.

Während die Produktions- und Kostentheorie ihre Analyse auf die Faktornachfrage- und die Güterangebotsfunktionen beschränken kann, genügen diese beiden Größen einer makroökonomischen Untersuchung der Einkommensverteilung nicht. In ihr sollten die Interdependenzen zwischen sämtlichen Angebots- und Nachfragefunktionen beachtet werden. Diese Forderungen erfüllt die Grenzproduktivitätstheorie jedoch nur bedingt, wenn sie unterstellt, die Faktorangebotsfunktionen wiesen eine Elastizität von größer Null und kleiner Unendlich auf, denn damit gelingt es lediglich, die Faktorpreise jeweils eindeutig zu bestimmen¹⁾. Für die Güternachfrage fehlt eine vergleichbare Lösung. Da die entsprechenden Nachfragefunktionen nicht in die Untersuchung einbezogen, sondern exogen vorgegeben werden, ist nur eine der beiden Determinanten, die zur Ermittlung der Güterpreise erforderlich sind, endogen bestimmt.

Damit beschränkt sich die Grenzproduktivitätstheorie letztlich selbst dann, wenn sich ihre Aufmerksamkeit auf das gesamtwirtschaftliche Geschehen richtet, darauf zu zeigen, wie die Faktornachfragefunktionen aus der Produktionsfunktion abzuleiten sind und ihrerseits das Faktoreinsatzverhältnis bestimmen. Die Zurechnung eines in seiner Höhe exogen vorgegebenen Gesamtprodukts wird möglich. Da der Umfang der Güternachfrage nicht aus dem Modell heraus erklärt wird, läßt sich die tatsächliche Faktornachfrage nicht endogen bestimmen. Da lediglich das Faktoreinsatzverhältnis interessiert, wird nur ein Ausschnitt des Kreislaufgeschehens analysiert, die Produktion. Die restlichen Zusammenhänge finden zwar Beachtung, sind jedoch nicht Gegenstand der Untersuchung.

1) Das führt Rose zu der Überzeugung, die Grenzproduktivitätstheorie sei "lediglich eine Theorie der Nachfrage nach Produktionsfaktoren, genaugenommen nur eine Theorie der einzelwirtschaftlichen Faktornachfrage"; vgl. Rose, K.: "Theorie der Einkommensverteilung", S. 37

Erst die Einbeziehung der privaten Haushalte ermöglicht es, den Kreislauf zu schließen¹⁾ und in seiner Gesamtheit zu untersuchen; dazu wären die Erträge den Eigentümern der Faktoren als Einkommen zuzurechnen und dessen Aufteilung und Verwendung in ihren Wirkungen auf die Güternachfrage zu analysieren. Dadurch fänden die Interdependenzen, die zwischen den Faktor- und den Gütermärkten bestehen, die notwendige Beachtung. Daß Simultanmodelle vorliegen, die diese Aufgabe zu erfüllen suchen, wurde bereits weiter oben angedeutet, auf sie soll jedoch erst eingegangen werden, wenn die Hypothesen der Spar-Investitionstheorie erörtert und jenen der Grenzproduktivitätstheorie gegenübergestellt worden sind.

22. Der Beitrag der Spar-Investitionstheorie zur Verteilungstheorie. Die explizite Beachtung der Einkommensverwendung

Der Beitrag der Spar-Investitionstheorie beruht auf einer anderen Sicht der Verteilungszusammenhänge. Die Aufmerksamkeit wendet sich jetzt nahezu ausschließlich der Güternachfrage zu, die, zumindest explizit, in der Grenzproduktivitätstheorie vernachlässigt wird. Die Analyse knüpft an das auf Keynes zurückgehende Konzept der "effective demand"²⁾ an, das dieser zur Untersuchung des Beschäftigungsgrades entwickelt. Die Spar-Investitionstheorie geht jedoch einen Schritt weiter als Keynes und bezieht nicht nur die Einkommens-, sondern auch die Kapazitätseffekte der Investitionen in ihre Betrachtung ein. Dadurch läßt sich das Geschehen in der evolutorischen Wirtschaft untersuchen.

- 1) Krupp betrachtet die Grenzproduktivitätstheorie gar als Torso, "da sie das Verhalten der Partner der Unternehmer auf den Faktor- und Gütermärkten nicht erklären" kann; vgl. Krupp, J. : "'Personelle' und 'institutionelle' Einkommensverteilung", S. 6
- 2) Das Konzept der "effective demand" stellt Keynes, J. M. : "The General Theory", Chapter 3, S. 23-34, als Korrektiv der klassischen Hypothese "supply creates its own demand" (Say'sches Gesetz) gegenüber.

Wenn das Konzept der "effective demand" trotz dieser unterschiedlichen Aufgabenstellung zugrunde gelegt wird, so deshalb, weil Kaldor der Überzeugung ist, "the Keynesian technique ... can be used for both purposes, provided the one is conceived as a short-run theory and the other as a long-run theory - or rather the one is used in the framework of a static model, and the other in the framework of a dynamic growth model"¹⁾. Kaldor untersucht die Verteilung im Wachstum; die Spar-Investitionstheorie schließt den Keynes'schen Ansatz als Grenzfall in die kurzfristige Betrachtung mit ein, kommt jedoch zu dem generellen Schluß, langfristig werde stets Vollbeschäftigung erreicht.

Die Überlegung, Vollbeschäftigung und dynamisches Gleichgewicht bedingen sich gegenseitig und seien endogen determiniert, wird am Beispiel des Lohnsatzes deutlich. Dieser Satz stellt für die Beschäftigungstheorie eine nach unten absolut inflexible Größe dar. Sobald sie jenen Wert übersteigt, der dem Vollbeschäftigungsgleichgewicht genügt, findet das Arbeitsangebot keine vollständige Aufnahme mehr, die Wirtschaft verharrt in einem Unterbeschäftigungsgleichgewicht. Steigt nun die Arbeitsproduktivität, so wird der in seiner absoluten Höhe unveränderte Lohnsatz *cet. par.* relativ sinken. Die Nachfrage nach Arbeit kann in das Angebot hineinwachsen, die evolutorische Wirtschaft erreicht *cet. par.* ein dynamisches Vollbeschäftigungsgleichgewicht. Perioden der Unterbeschäftigung sind dann nur temporäre Erscheinungen, sie stellen Störungen des dynamischen Gleichgewichts dar.

Im Rahmen der Grenzproduktivitätstheorie lassen sich ähnliche Überlegungen zwar ebenfalls nachvollziehen, sie bedürfen dann jedoch er-

1) Vgl. Kaldor, N.: "Alternative Theories ...", S. 94; danach läßt sich einmal die Beschäftigung erklären, wenn die Verteilung, d.h. das Verhältnis von Löhnen und Preisen, gegeben sein soll, das andere Mal die Verteilung, wenn output und Beschäftigung gegeben sind.

weiternder Annahmen, um zu vergleichbaren Aussagen zu führen. So ist etwa zu unterstellen, daß sich die Kurve der partiellen Grenzproduktivitäten der Arbeit im Zuge des Wachstumsprozesses verschiebt und schließlich ein Niveau erreicht, bei dem ihr Schnittpunkt mit der Arbeitsangebotskurve den Bedingungen wirtschaftlichen Gleichgewichts genügt, so daß das gesamte Angebot trotz des in seiner absoluten Höhe unveränderten Lohnsatzes Aufnahme findet. Dadurch schrumpft die Differenz zwischen diesem Entlohnungssatz und dem jeweiligen partiellen Grenzwertprodukt, bis sie gleich Null ist. Die Spar-Investitionstheorie sieht dieses Stadium bereits als gegeben an und geht davon aus, daß jede Volkswirtschaft im Zuge ihrer Entwicklung einen Punkt überschreitet, jenseits dessen alle Kapazitäten genutzt werden. Daß dieses Stadium bereits erreicht ist, setzen die zu erörternden und von jenen der Grenzproduktivitätstheorie abweichenden Hypothesen über die Determinanten der Verteilung voraus.

Die Spar-Investitionstheorie unterscheidet sich allerdings nicht nur dadurch von der Grenzproduktivitätstheorie, daß ihre Überlegungen von Anbeginn an der evolutorischen Wirtschaft gelten, sondern auch dadurch, daß die Einkommensverteilung nicht auf dem Umweg über mikrotheoretische Hypothesen, sondern unmittelbar aus dem gesamtwirtschaftlichen Geschehen heraus analysiert werden soll. Damit liegt eine makroökonomische Theorie vor, die zu zeigen sucht, daß und welche funktionalen Wechselbeziehungen zwischen Einkommensverwendung und -verteilung bestehen. Die Aufmerksamkeit gilt dem Gesamtarbeits- und dem Gesamtkapitaleinkommen sowie der volkswirtschaftlichen Investition und dem Konsum.

221. Die Globalanalyse in der Spar-Investitionstheorie

Die Spar-Investitionstheorie mißt den produktionstheoretischen Kategorien von Arbeit und Kapital, die im Mittelpunkt der Grenzproduktivitätstheorie stehen, keine vergleichbare Bedeutung bei, sondern geht von der Überlegung aus, das (Verteilungs-)Geschehen werde vom Verhalten der Wirtschaftssubjekte und deren Zielsetzungen bestimmt. Diese Annahme findet ihren Niederschlag in einem Zwei-Gruppen-Modell, in dem die Einkommensempfänger entweder der Gruppe der "abhängig Beschäftigten" oder derjenigen der "Unternehmer" zugeordnet werden¹⁾. Dieser Umstand darf allerdings nicht dazu verleiten, daraus zu folgern, hier werde nach "handelnden Wirtschaftssubjekten und nicht nach produktionstechnischen Funktionen gegliedert"²⁾, denn es muß dahingestellt bleiben, wieweit "abhängig Beschäftigte" und "Unternehmer", wie sie die Spar-Investitionstheorie versteht, in der Realität anzutreffen sind. Der Abstraktionsgrad der vorliegenden Hypothesen steht jenem der Grenzproduktivitätstheorie in nichts nach.

Die Zielsetzungen der genannten Gruppen weichen unterstelltermaßen voneinander ab und führen zu einem Konflikt zwischen den in der Gesamtwirtschaft bestehenden Konsum- und Investitionsabsichten. In dem Spannungsverhältnis, das sich daraus zwangsläufig ergeben und für die evolutorische Wirtschaft charakteristisch sein soll, kommt den Unter-

1) Kaldor, N.: "Alternative Theories ...", S. 95, unterscheidet zwischen "wage-earners" und "capitalists"; diese Einteilung wird notwendig, um von dem unterstelltermaßen voneinander abweichenden Verhalten dieser Gruppen, die jeweils das gesamte Arbeits- bzw. Kapitaleinkommen beziehen sollen, zu einer unterschiedlichen Aufteilung beider Einkommensarten zu gelangen; die Bezeichnungen "abhängig Beschäftigte" und "Unternehmer" stellen keine wörtlichen Übersetzungen dar, sondern wurden gewählt, um auch bei der Weiterentwicklung der Kaldor'schen Gedanken übernommen werden zu können.

2) Diesem Trugschluß unterliegt Bombach, G.: "Die verschiedenen Ansätze...", S. 131

nehmern" die entscheidende Rolle zu; sie nehmen sowohl hinsichtlich der Bedeutung, die ihr Handeln im Prozeß der Einkommensverteilung hat, als auch derjenigen, die diesem im Wachstum zukommt, eine zentrale Stellung ein. Aus dieser Sicht der Zusammenhänge heraus scheint es sinnvoll, Distribution und Wachstum gemeinsam zu betrachten und zu integrierenden Bestandteilen einer die Realität der wirtschaftlichen Entwicklung umfassenden Theorie zu machen. Das nachfolgende Modell beschränkt sich allerdings aus Gründen der Übersichtlichkeit darauf, die Hypothesen zur Einkommensverteilung wiederzugeben. Soweit es darüber hinaus sinnvoll erscheint, auf Wachstumsaspekte hinzuweisen, geschieht das verbal.

Die sich anschließenden Überlegungen beruhen auf der Annahme, die Arbeitnehmer, die die Mehrheit aller Wirtschaftssubjekte bilden sollen, erstrebten einen relativ hohen Konsum. Diese Zielsetzung führt zu einer relativ niedrigen gruppenspezifischen Sparquote. Im Gegensatz dazu steht das Verhalten der "Unternehmer"; diese sind in der evolutorischen Wirtschaft nicht nur an hohem Konsum, sondern auch dem der steigenden Gesamtnachfrage adäquaten Ausbau der Kapazitäten interessiert. Dieses Verlangen entspringt dem Bedürfnis, die eigenen Erwerbsgrundlagen zu sichern und weiter auszubauen. Um die notwendigen Mittel, die die Durchführung derartiger Vorhaben bedingt, aufbringen zu können, bilden die "Unternehmer" im Verhältnis zu ihrem Einkommen hohe Ersparnisse, ihr Verhalten weicht mithin von demjenigen der restlichen Wirtschaftssubjekte ab. Dieser Gruppe soll die Möglichkeit, Ersparnisse zu bilden, ebenfalls offen stehen, über die Verwendung dieser Sparmittel entscheiden annahmegemäß jedoch nur die "Unternehmer".

Ein Teil der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge läßt sich im Modell durch Identitätsgleichungen symbolisieren:

- a) Das Gesamteinkommen (Y) entspricht der Summe aus Arbeits- (L) und Kapitaleinkommen (G)

$$(1.01) \quad Y = L + G.$$

- b) Die Gesamtnachfrage (Y) setzt sich aus Gesamtkonsum (C) und (Netto-)Investition (I) zusammen

$$(1.02) \quad Y = C + I.$$

Sämtliche der genannten Größen stellen Nettowerte dar. Abschreibungen und Reinvestition werden nicht berücksichtigt, da unterstellt wird, daß sie das Verteilungsgeschehen nicht beeinflussen.

Die Annahmen über das gruppenspezifische Sparverhalten spiegeln sich in den Sparfunktionen wider, mit Hilfe derer der Versuch unternommen wird, zwischen den einzelnen Größen der vorgenannten Identität Funktionalzusammenhänge herzustellen. Sowohl die "abhängig Beschäftigten", die unterstelltermaßen nur Arbeitseinkommen (L) beziehen, so daß für deren Einkommen (Y_A)

$$(1.03 a) \quad Y_A = L$$

gilt, als auch die "Unternehmer", denen das gesamte Kapitaleinkommen (G) zufließt, deren Einkommen (Y_U) mithin

$$(1.03 b) \quad Y_U = G$$

beträgt, sparen annahmegemäß einen konstanten Teil ihres Einkommens ($s_A; s_U$). Daraus folgen die Ersparnisse der unterschiedlichen Gruppen ($S_A; S_U$) als

$$(1.04 a) \quad S_A = s_A Y_A = s_A L$$

bzw.

$$(1.04 b) \quad S_U = s_U Y_U = s_U G.$$

Schließlich soll die volkswirtschaftliche (Netto-)Ersparnis (S) im Gleichgewicht der geplanten (Netto-)Investitionsnachfrage (I) ex-ante entsprechen, so daß neben die bereits erwähnten Identitäts- und Verhaltensgleichungen die Gleichgewichtsbedingung

$$(1.05) \quad S = I$$

tritt. Die weiteren Überlegungen finden vor diesem Hintergrund statt.

2211. Die Funktionalzusammenhänge zwischen Einkommensverwendung und -verteilung. Die Lösung des Konflikts zwischen Konsum- und Investitionsansprüchen

Da bereits jene Kräfte angedeutet wurden, die langfristig zur Vollbeschäftigung führen, soll hier unterstellt sein, dieses Stadium sei bereits erreicht; alle vorhandenen Kapazitäten werden genutzt. Eine weitere Annahme dient demgegenüber der größeren Übersichtlichkeit des Modells. Die "abhängig Beschäftigten" (A) fragen in der vollen Höhe ihres Nominaleinkommens Konsumgüter nach, ihre Sparquote (s_A) ist gleich Null,

$$(1.06) \quad s_A = 0$$

wobei dahingestellt bleiben mag, ob dieses Verhalten auf mangelnder Sparwilligkeit oder -fähigkeit beruht. Die sich anschließenden Ausführungen gelten schließlich den Vorgängen in der kurzen Periode¹⁾, für die sowohl die Nominal- als auch die Realeinkommensströme verfolgt werden²⁾.

Der Geldlohnsatz wird, jeweils zu Beginn der Periode, ausgehandelt; er bestimmt, zusammen mit der Beschäftigung, das (Nominal-)Arbeitseinkommen, das in vollem Umfang als monetäre Konsumnachfrage wirksam wird, da aus ihm annahmegemäß keine Ersparnisse gebildet werden. Während die "abhängig Beschäftigten" ihr Geldeinkommen kennen, befinden sich die "Unternehmer" in einer anderen Situation. Sie haben zu Beginn jeden Planungsabschnitts lediglich Vorstellungen

-
- 1) Schneider, E.: "Income and Income Distribution ...", bleibt bei der Betrachtung der kurzen Periode stehen und kann daher die weiter unten entwickelten Gedanken, s. S. 43 ff. nicht nachvollziehen.
- 2) Kaldor, N.: "Alternative Theorie ..." bezieht die Preise explizit nicht in seine Argumentation ein; da die Unternehmer jedoch in Preisen und Mengen denken dürften, soll hier unter Hinzuziehung dieser Größen argumentiert werden; in ähnlichem Sinn äußert sich Weintraub, S.: "A Keynesian Theory ...", S. 8

über ihr Geldeinkommen, kennen dessen tatsächliche Höhe jedoch nicht, da diese sich erst aus der Gesamtnachfrage der zu betrachtenden Zeiteinheit ergibt. Diese Unkenntnis zwingt die "Unternehmer" dazu, andere Kriterien als Richtschnur ihres Handelns zu wählen. Die Erfahrung der Vergangenheit, u. a. der Ausgang der Tarifverhandlungen, sowie die aus diesen resultierenden Erwartungen über die Nachfrage vermögen Anhaltspunkte zu bieten, anhand derer die "Unternehmer" das (Nominal- und Real-)Kapitaleinkommen antizipieren können, um den eigenen Konsum, dessen Höhe von gruppenspezifischen Verhaltensnormen (1, 04 b) bestimmt wird, und die Investitionen festzulegen.

Die auf der Antizipation des Kapitaleinkommens beruhenden Vorstellungen der "Unternehmer" und die monetäre Konsumnachfrage der "abhängig Beschäftigten", die deren Nominaleinkommen entsprechen soll, treffen schließlich auf ein gegebenes Gesamtprodukt. Da dessen Erstellung sämtliche Kapazitäten beansprucht und die Kapazitätseffekte jener Investitionen, die während des Untersuchungszeitraumes durchgeführt werden, erst in der nachfolgenden Periode wirksam werden sollen, ist das Angebot, das der Summe der Ansprüche gegenübersteht, nach oben vollkommen unelastisch.

Die in monetären Einheiten angegebene Nachfrage kann dieses Gesamtprodukt, solange es zu Preisen der jeweiligen Vorperiode bewertet ist, übersteigen, unterschreiten oder ihm schließlich gleichen. Welche Bedingungen tatsächlich eintreten, bestimmen die Einkommenserwartungen der "Unternehmer", die sich in deren Konsum- und Investitionsansprüchen niederschlagen. Unter Beachtung sowohl der monetären als auch der realen Einkommensströme sind danach folgende Situationen denkbar:

- a) Das Angebot übersteigt die Nachfrage.

Die "Unternehmer" haben die Gesamtnachfrage und, mit dieser, das Kapitaleinkommen zu hoch antizipiert. Zur Korrektur der bestehenden Pläne bieten sich zwei Alternativen; es besteht entweder die Möglichkeit, die Investitionen, etwa durch Aufstockung der Lager, zu erhöhen, oder der Ausweg, die Preise den gewandelten Absatzbedingungen anzupassen. Im ersten Fall erreicht das (Real-)Einkommen der "abhängig Beschäftigten" denselben Umfang, der dieser Gruppe in den Tarifverhandlungen zugestanden wurde. Dagegen stellt jede Preissenkung Zugeständnisse der "Unternehmer" dar, auf Grund derer sich die Einkommensverteilung zugunsten der Lohnempfänger verschiebt.

b) Die Nachfrage übersteigt das Angebot.

In dieser Situation dürften die "Unternehmer" die Preise erhöhen, um einen Ausgleich herbeizuführen, so daß ihnen letztlich auch hier die Entscheidung über die Verteilung des Realeinkommens zufällt. Das Einkommen der "abhängig Beschäftigten", dessen Höhe nominal bereits feststeht, sinkt, in Realeinkommenseinheiten bewertet, relativ gegenüber den Erwartungen seiner Empfänger. Die "Unternehmer", die von Preiserhöhungen und eventuellen Veränderungen der Lagerbestände ebenfalls betroffen werden, haben im Gegensatz dazu die Möglichkeit, ihre Konsum- und Investitionsansprüche unbeschadet dieser Veränderung zu realisieren. Die Aufnahme der dazu erforderlichen Kredite dürfte in Zeiten, in denen die Nachfrage das Angebot übersteigt, kaum Schwierigkeiten bereiten. Dabei können die notwendigen Finanzierungsmittel nur von den Mitgliedern der eigenen Gruppe, d. h. der Bezieher von Kapitaleinkommen, aufgebracht werden, da die "abhängig Beschäftigten" annahmegemäß keine Ersparnisse bilden. Die Gesamtheit der "Unternehmer" verschuldet sich demnach nicht, denn die Summe sämtlicher Verpflichtungen entspricht jener der Ansprüche. Für diesen Fall erweist sich die Hypothese, die Verteilung des (Nominal- und Real-)Einkommens werde ausschließlich vom Konsum der Bezieher von Kapitaleinkommen und den Investitionen bestimmt, als treffend.

c) Nachfrage und Angebot entsprechen sich.

Wird das (Real-)Kapitaleinkommen, das die "Unternehmer" zu Beginn der Periode antizipiert haben, realisiert, so werden keine Preis-anpassungen notwendig. Die (Real-)Einkommenserwartungen sämtlicher Gruppen erfüllen sich. Der Konflikt, der ursprünglich zwischen den Konsum- und den Investitionsansprüchen bestanden haben mag, und den die Spar-Investitionstheorie als verteilungsbestimmend annimmt, ist bereits in der Vergangenheit gelöst worden.

Die Ergebnisse dieser Überlegungen überträgt die Spar-Investitionstheorie auf die langfristige Entwicklung. Dabei wird unterstellt, daß der Wachstumsprozeß Kräfte freisetzt, die zu dem unter c) erwähnten Gleichgewicht führen. Wann die evolutorische Wirtschaft dieses Stadium erreicht und sich Angebot und Nachfrage bei jeweils gegebenen Preisen entsprechen, kann offen bleiben. Die nachfolgenden Ausführungen gehen davon aus, dieses Gleichgewicht (1. 05) sei bereits realisiert; freiwillige Ersparnisbildung (S) und Investitionsnachfrage (I) stimmen überein.

Aus den Verhaltensannahmen (1. 04 b und 1. 06) und unter Beachtung der Identitäten (1. 01 bis 1. 03 b) läßt sich die Einkommensverteilung (G/Y) dann als

$$(1. 07) \quad \frac{G}{Y} = \frac{1}{s_U} \frac{I}{Y}$$

angeben. Auf Grund der vorausgegangenen Überlegungen folgt die Kapitaleinkommensquote (G/Y) unmittelbar aus dem Sparverhalten der "Unternehmer" (s_U) und der Investitionsquote (I/Y). Dagegen ergibt sich die absolute Höhe des Kapitaleinkommens (G) als

$$(1. 08) \quad G = (1 - s_U) G + I.$$

Beide Formulierungen zeigen zwei wichtige Zusammengänge, die gesellschafts- und wirtschaftspolitisch relevant sein können, wenn die Erfolgsaussichten vermögenspolitischer Eingriffe zu erörtern sind:

Entspricht die Machtkonstellation in der Realität jener im Modell unterstellten, dann

- a) sind die "Unternehmer" in der Lage, das Verteilungsgeschehen zu bestimmen, ohne Rücksicht auf etwa entgegenstehende Interessen der "abhängig Beschäftigten" nehmen zu müssen;
- b) determinieren unternehmerischer Konsum $((1 - s_U) G)$ und gesamtwirtschaftliche Investition (I) die Einkommensverteilung, und zwar sowohl das Verhältnis zwischen Arbeits- (L) und Kapitaleinkommen (G) als auch jenes zwischen dem Einkommen der "abhängig Beschäftigten" (Y_A) und jenem der "Unternehmer" (Y_U). Dabei ergibt sich das Einkommen der ersten Gruppe als Residuum¹⁾, auf dessen Umfang seine Bezieher keinen Einfluß haben.

2212. Die Analyse der funktionalen Einkommensverteilung. Eine Disaggregation des unternehmerischen Einkommens und die Bedeutung der Einkommensaufteilung

Bei einer kritischen Betrachtung der Ergebnisse, die bis hierher vorliegen, kommen Zweifel daran, ob die Überlegungen der Spar-Investi-

1) Für Kaldor, N.: "Alternative Theories ...", S. 96, stellt sich das Arbeitseinkommen für den hier unterstellten Fall, d.h. $s_A = 0$, als Residuum dar; im Gegensatz dazu schließt Schneider, E.: "Income and Income Distribution ...", S. 112, aus dem Umstand, daß das Nominaleinkommen der "abhängig Beschäftigten" kontraktbestimmt ist, auf den Residualcharakter des Kapitaleinkommens, was Helmschädder, E.: "Die Entwicklung der Einkommensverteilung. ...", S. 403, zu dem Vorwurf veranlaßt, Schneider bleibe bei der statischen Beschäftigungstheorie Keynes'scher Prägung stehen.

tionstheorie eine Auseinandersetzung mit Fragen der funktionalen Verteilung des Einkommens darstellen. Diese Bedenken beruhen darauf, daß unterstellt wird,

- a) das Einkommen der "Unternehmer" (Y_U) beruhe ausschließlich auf Vermögensbesitz, sei mithin in vollem Umfang als Kapitaleinkommen (G) zu deuten, und
- b) die Sparquote der "abhängig Beschäftigten" (s_A ; 1. 04 a in der Form 1. 06) sei gleich Null, so daß das Einkommen dieser Gruppe (Y_A) ausschließlich Arbeitseinkommen darstellt.

In beiden Punkten bietet das ursprüngliche Modell allerdings die Möglichkeit zur Modifizierung.

Zunächst sei, über die Überlegungen von Kaldor und Pasinetti¹⁾ hinausgehend, unterstellt, das Einkommen der "Unternehmer" (Y_U) rühre nicht nur aus der Bereitstellung von in der Vergangenheit gebildeten Ersparnissen, d. h. dem Vermögensbesitz (K_U) dieser Gruppe, sondern auch aus einer im jeweiligen Untersuchungszeitraum erbrachten Arbeitsleistung her. An die Stelle von (1. 03 b) im ursprünglichen Modellansatz tritt damit

$$(1.10) \quad Y_U = L_U + G_U$$

wobei (L_U) das entsprechende Arbeitseinkommen bezeichnet.

Da der Umfang, den die einzelnen Einkommenskomponenten erreichen, unbekannt ist, sei grundsätzlich angenommen, daß die Entlohnung pro Arbeits(-zeit-)einheit (1) unabhängig von der Gruppenzugehörigkeit des einzelnen Wirtschaftssubjekts erfolgt und die durchschnittliche

1) Pasinetti, L. L. : "Rate of Profit and Income Distribution...", disaggregiert das Einkommen der "Unternehmer" nicht; die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, werden zu einem späteren Zeitpunkt sichtbar.

Arbeitszeit sowohl der "abhängig Beschäftigten" (A) als auch jene der "Unternehmer" (U) dieselbe Höhe erreicht. Daraus folgt für das Modell ¹⁾

$$(1.11) \quad 1 = \frac{L}{B} = \frac{L_A}{A} = \frac{L_U}{U}$$

sowie für die Beschäftigung (B) die Identität

$$(1.12) \quad B = A + U \text{ bei } A > U \text{.}^{2)}$$

Dabei wird die Bedeutung dieser Erweiterung in ihrem vollen Umfang erst bei der Erörterung der Vorgänge in der evolutorischen Wirtschaft sichtbar.

Darüber hinaus wird, dieses Mal in Anlehnung an Pasinetti unterstellt, das (Nominal-)Einkommen der "abhängig Beschäftigten" (Y_A) diene nicht ausschließlich konsumptiven Zwecken. Statt dessen treffen seine Empfänger Aufteilungsentscheidungen, die ebenfalls zur Bildung von Ersparnissen führen; dieses Verhalten gibt das Modell als

$$(1.13) \quad s_A > 0$$

wieder. Diese Sparquote soll allerdings niedriger als jene der "Unternehmer" (s_U) sein, so daß für die weitere Analyse

$$(1.14) \quad s_A < s_U$$

gilt. Davon bleibt der grundsätzliche Konflikt, den die Spar-Investitionstheorie ihrer Verteilungserklärung zugrunde legt, unberührt.

- 1) Die Annahmen über die Höhe von Entlohnungssatz und Arbeitszeit stellen eine Vereinfachung dar, die dazu dient, die Überschaubarkeit des Modellansatzes zu gewährleisten; diese ginge verloren, wenn beide Größen für die "abhängig Beschäftigten" und die "Unternehmer" voneinander abwichen und über Koeffizienten miteinander verbunden wären, die ebenso willkürlich gewählt werden müßten wie die vorliegenden Annahmen in (1.11).
- 2) Diese Annahme erscheint plausibel; so liegt der Anteil der "Unternehmer" in der BRD bedeutend unter jenem der "abhängig Beschäftigten"; (1965 etwa: 3,027 Mio. Selbständige, mithelfende Familienangehörige 2,285 Mio. und 21,840 Mio. Abhängige; vgl. Stat. Jhrb. 1966, S. 148)

Im Gegensatz zu den weiter oben untersuchten Zusammenhängen wird das Nominaleinkommen der "abhängig Beschäftigten" hier ($s_A > 0$; 1.13) nicht mehr in voller Höhe über die Konsumnachfrage an die "Unternehmer" zurückfließen, so daß sich für sie ein Finanzierungsdefizit ergibt. Dessen Deckung ist nicht über die Kreditaufnahme bei Mitgliedern der eigenen Gruppe möglich, denn es besteht ein Zahlungssaldo zugunsten der "abhängig Beschäftigten", dessen Umfang deren Geldersparnis entspricht.

Unter diesen Umständen sind die "Unternehmer" gezwungen, sich der Geldersparnis der Gegenseite zu bedienen. Der einzelne "Unternehmer" wird diesen Weg beschreiten, da es für ihn letztlich unerheblich ist, wem gegenüber er Verpflichtungen eingeht. Die "abhängig Beschäftigten" erwerben über die Bereitstellung ihrer Finanzierungsmittel Rechtsansprüche, wie sie zuvor ($s_A = 0$; 1.06) nur den "Unternehmern" zugestanden wurden, und partizipieren damit an der volkswirtschaftlichen Vermögensbildung.

Dieser Vorgang dürfte seinerseits verteilungsrelevant werden, da das Kapitaleinkommen (G) aller Wahrscheinlichkeit nach nicht mehr nur einer der im Modell bezeichneten Gruppen zufließen wird; die "abhängig Beschäftigten" werden Teile dieses Einkommens als Verzinsung ihres Vermögens verlangen. Die Frage nach den Verteilungseffekten der Einkommensaufteilung kann damit grundsätzlich als beantwortet gelten. Analog zu (1.10) soll (G_A) das Kapital- und (L_A) das Arbeitseinkommen der "abhängig Beschäftigten" kennzeichnen, so daß für deren Gesamteinkommen (Y_A)

$$(1.15) \quad Y_A = L_A + G_A$$

gilt. Die Einkommensquoten, die die unterschiedlichen Gruppen beziehen, bleiben anzugeben.

Die Sparquote der "Unternehmer" läßt keine Schlüsse mehr darüber zu, wie hoch der Anteil des Kapitaleinkommens ist, der gespart wird, denn sobald die "abhängig Beschäftigten" ihr Einkommen nicht vollkommen konsumtiv nutzen ($s_A > 0$; 1.13) und dadurch Vermögen bilden, fließen ihnen ebenfalls Kapitaleinkommensbeträge zu. Da aus diesen Bezügen wiederum Ersparnisse gebildet werden sollen, ergibt sich die Sparquote aus Kapitaleinkommen (s_G) als gewogenes Mittel, dessen Determinanten sich erst angeben lassen, wenn die gruppenspezifischen Sparfunktionen vorliegen.

An die Stelle der ursprünglichen Verhaltensgleichungen (1.04 a) und (1.04 b) sollen daher

$$(1.16 a) \quad S_A = s_A Y_A = s_A (L_A + G_A)$$

sowie

$$(1.16 b) \quad S_U = s_U Y_U = s_U (L_U + G_U)$$

treten, in denen S_A und S_U die absolute Höhe der Ersparnisse, s_A und s_U die Sparquoten angeben. Die Verteilung des Kapitaleinkommens ist ebenso in die Betrachtung einzuschließen wie zuvor bereits diejenige des Arbeitseinkommens (1.11), denn erst dann lassen sich die jeweiligen Gruppeneinkommen angeben.

Die Verteilung des Kapitaleinkommens wird von zwei Faktoren bestimmt, der Streuung des Vermögensbesitzes und der, möglicherweise nicht einheitlichen Verzinsung, wobei zwischen beiden Größen Wechselbeziehungen bestehen. Da der Konsumverzicht jedoch jeder Vermögensbildung vorausgeht, ergibt sich die Vermögensstreuung aus den unterschiedlich hohen Sparquoten von "abhängig Beschäftigten" und "Unternehmern" (1.14) sowie der in den vorausgegangenen Perioden geltenden "Quer-

verteilung"¹⁾. Dabei will dieser Begriff das Verhältnis, in dem die Einkommen beider Gruppen des Modells zueinander stehen, bezeichnen. Da diese Relation von der Verzinsung, die die einzelnen Vermögensanteile erzielen, mitbestimmt sein dürfte, interessieren deren Determinanten.

Die "abhängig Beschäftigten" haben die Möglichkeit, ihre Geldersparnisse entweder als haftendes Beteiligungskapital oder als festverzinsliche Fremdfinanzierungsmittel zur Verfügung zu stellen. Entscheiden sie sich für die erste dieser beiden Alternativen, so wird die Verzinsung ihres Vermögens zum selben Satz erfolgen, der dem Verhältnis zwischen gesamtwirtschaftlichem Kapitaleinkommen und volkswirtschaftlichem Vermögen entspricht²⁾. In diesem Fall spiegelt die Verteilung des Kapitaleinkommens die Vermögensstreuung wider. Das soll im folgenden unterstellt werden³⁾, so daß analog zu der Annahme über den Lohnsatz (1. 11)

$$(1. 17) \quad r = \frac{G}{K} = \frac{G_A}{K_A} = \frac{G_U}{K_U}$$

gilt, wobei (r) den Zinssatz, (K_A) und (K_U) das Vermögen der "abhängig Beschäftigten" bzw. der "Unternehmer" angeben. Der Unterschied zwischen den im Modell gewählten Gruppen soll, neben den Restriktionen, die für das Verhältnis der Sparquoten untereinander eingeführt sind (1. 14), darin bestehen, daß die "abhängig Beschäftigten" zwar Geld-

1) Diesen Begriff wählt Oberhauser, A.: "Untersuchungen zur ...", S. 21, um die hier angedeuteten Zusammenhänge zu kennzeichnen; dabei geht er, ähnlich wie Pasinetti, davon aus, daß die "abhängig Beschäftigten" Ersparnisse bilden, mithin Vermögensbesitz haben und daher Kapitaleinkommen beziehen.

2) Dieses Verhältnis entspricht nicht der Gewinnrate, die ja das Verhältnis zwischen dem Gesamteinkommen der "Unternehmer" zuzüglich des Zinseinkommens der "abhängig Beschäftigten" zum Kapitalstock in Beziehung setzt ($(Y_U + G_A)/K$).

3) Pasinetti, L. L.: "Rate of Profit and ...", S. 271, unterstellt zwar ebenfalls, daß die Verzinsung langfristig einheitlich ist, er setzt jedoch das gesamte Einkommen der "Unternehmer" zu deren Kapital ins Verhältnis zueinander.

ersparnisse bereitstellen, selber jedoch nicht über die Realkapitalbildung entscheiden können.

Jetzt (1.17) dürfte eine jener Überlegungen deutlich werden, auf Grund derer die Disaggregation des unternehmerischen Einkommens (Y_U) in Arbeits- (L_U) und Kapitaleinkommen (G_U) vorgenommen wurde (1.10); es scheint wenig plausibel, das gesamte volkswirtschaftliche Einkommen, das nach Abzug des Arbeitsentgelts der "abhängig Beschäftigten" (L_A) verbleibt ($Y - L_A$), als Vermögenseinkommen zu deuten und den einzelnen Gruppen entsprechend der Vermögensstreuung (K_A/K_U) zuzurechnen, denn das Einkommen, das den "Unternehmern" dann zufließt (Y_U), dürfte zu gering bemessen sein, da es (in der Realität) nicht nur auf Vermögensbesitz, sondern auch auf in der jeweiligen Untersuchungsperiode erbrachte Arbeitsleistung zurückgeht (Unternehmerlohn). Die Disaggregation des Einkommens der "Unternehmer" ermöglicht es, diesem Umstand im Modell Rechnung zu tragen. Das Verhältnis zwischen dem Gesamteinkommen dieser Gruppe und deren Vermögen (Y_U/K_U) weicht von jetzt an bei gleicher Verzinsung (G/K) und entgegen den Hypothesen Pasinetti's¹⁾ von jenem zwischen dem Kapitaleinkommen der "abhängig Beschäftigten" und deren Vermögen (G_A/K_A) ab.

Die Verteilung des Kapitaleinkommens (G_A/G_U) spiegelt die Vermögensstreuung wider, deren Umfang langfristig dem Verhältnis zwischen den Ersparnissen der "abhängig Beschäftigten" (S_A) und jenen der "Unternehmer" (S_U) entspricht, so daß

$$(1.18) \quad \frac{G_A}{G_U} = \frac{S_A}{S_U}$$

1) Da Pasinetti das Einkommen der "Unternehmer" nicht in Unternehmerlohn (L_U) und Kapitaleinkommen (G_U) disaggregiert, gilt für ihn

$$Y_U/K_U = G_A/K_A$$

und, unter Beachtung der Sparfunktionen (1. 16 a) bzw. (1. 16 b),

$$(1. 19) \quad \frac{G_A}{s_A(L_A + G_A)} = \frac{G_U}{s_U(L_U + G_U)}$$

gilt.

Damit lassen sich die Verteilungseinflüsse, die von den Aufteilungs-
gewohnheiten ausgehen, zeigen.

Im Gleichgewicht ($S = I$; 1. 05) und unter Beachtung der Sparfunktionen
(1. 16 a) und (1. 16 b) sowie der Identitäten (1. 10) und (1. 15) ergibt sich
die volkswirtschaftliche Gesamtersparnis als

$$(1. 20) \quad S = s_A Y + (s_U - s_A) Y_U,$$

so daß die "Querverteilung" (Y_U/Y), d. h. die Einkommensquote, die
den "Unternehmern" zuzurechnen ist, als

$$(1. 21) \quad \frac{Y_U}{Y} = \frac{1}{s_U - s_A} \cdot \frac{I}{Y} - \frac{s_A}{s_U - s_A} \quad 1)$$

oder bei $I/Y = s$ als

$$(1. 22 a) \quad \frac{Y_U}{Y} = \frac{s - s_A}{s_U - s_A} \quad 2)$$

-
- 1) Kaldor geht davon aus, die Einkommensaufteilung bestimme die funk-
tionale Verteilung im Sinne von (1. 21); das mag einmal daran liegen,
daß ihn lediglich die Gewinnquote interessiert und er darüber hinaus
unterstellt, die "abhängig Beschäftigten" bildeten keine Ersparnisse;
den letzten Ausdruck der rechten Seite bezeichnet Kaldor als "coeffi-
cient of sensitivity of income distribution", da die Verteilungswirkun-
gen von Einkommensverwendungsänderungen (I/Y) entscheidend von

$$\frac{s_A}{s_U - s_A}$$

bestimmt werden; im vorliegenden Modell gilt dieser Effekt des Koef-
fizienten für die "Querverteilung".

- 2) Da Pasinetti, L. L.: "Rate of Profit and...", S. 270, das Einkommen
der "Unternehmer" nicht disaggregiert, gibt (1. 19) für ihn die Kapital-
einkommensquote der "Unternehmer" an,

bzw. die Einkommensquote der Arbeitnehmer als

$$(1.22 \text{ b}) \quad \frac{Y_A}{Y} = \frac{s_U - s}{s_U - s_A}$$

folgt. Diese Verteilung ist cet. par. um so günstiger für die "Unternehmer", je niedriger die relative Ersparnisbildung der "abhängig Beschäftigten" ist.

Diese Aussage vermag ein Vergleich zu verdeutlichen, in dem alternativ unterstellt sein soll, die gruppenspezifische Sparquote der "abhängig Beschäftigten" (s_A) sei einmal gleich, das andere Mal größer Null, so daß sich die gesamtwirtschaftliche Ersparnis (S) cet.par. als

$$(1.23 \text{ a}) \quad S = s_U Y_{U_1}$$

bzw.

$$(1.23 \text{ b}) \quad S = s_U Y_{U_2} + s_{A_2} Y_{A_2}$$

ergibt; Ersparnisse und Konsum der "Unternehmer" sind im zweiten Fall niedriger, wie der Vergleich von (1.23 a) und (1.23 b) zeigt

$$(1.24) \quad s_U (Y_{U_1} - Y_{U_2}) = s_{A_2} Y_{A_2}$$

und

$$(1.25) \quad C_{U_1} - C_{U_2} = (1 - s_U) (Y_{U_1} - Y_{U_2}) .$$

Das Einkommen der "abhängig Beschäftigten" (Y_A) erhöht sich entsprechend.

Diese Überlegungen verdeutlichen, daß das Einkommen der "abhängig Beschäftigten" (Y_A) in einer Volkswirtschaft, in der diese Gruppe Ersparnisse bereitstellt und an der Vermögensbildung partizipiert, höher ist, was sich anderenfalls ($s_A = 0$) erzielen läßt. Diesen Zusam-

menhang gibt unter Beachtung von (1. 23 a) und (1. 23 b) Formulierung

$$(1. 26) \quad Y_{A_2} = \frac{s_U}{s_U - s_{A_2}} Y_{A_1} \quad 1)$$

wieder.

Wenn die Kapitaleinkommensverteilung (G_A/G_U) der Vermögensstreuung (K_A/K_U) und diese wiederum dem Verhältnis zwischen den Ersparnissen von "abhängig Beschäftigten" und "Unternehmern" (S_A/S_U) entspricht, werden die Wechselbeziehungen, die zwischen den gruppenspezifischen Sparquoten ($s_A; s_U$) und der Investitionsquote ($I/Y = s$) auf der einen und der Vermögensstreuung auf der anderen Seite bestehen, unmittelbar sichtbar; unter Beachtung der gruppenspezifischen Sparfunktion (1. 16 a) und (1. 16 b) sowie den (Quer-)Verteilungsgleichungen (1. 22 a) und (1. 22 b) folgt

$$(1. 27) \quad \frac{K_A}{K_U} = \frac{s_A (s_U - s)}{s_U (s - s_A)} \quad 2)$$

1) Wegen

$$Y_{U_1} - Y_{U_2} = Y_{A_2} - Y_{A_1}$$

folgt für (1. 24)

$$s_U (Y_{A_2} - Y_{A_1}) = s_A Y_{A_2}$$

und damit

$$(s_U - s_A) Y_{A_2} = s_U Y_{A_1} ,$$

so daß sich schließlich (1. 26) ergibt.

2) Analog zu (1. 22)

$$\frac{Y_U}{Y} = \frac{s - s_A}{s_U - s_A}$$

folgt für die Einkommensquote der "abhängig Beschäftigten"

$$\frac{Y_A}{Y} = 1 - \frac{Y_U}{Y} = \frac{s_U - s}{s_U - s_A} ,$$

so daß sich

$$\frac{Y_A}{Y_U} = \frac{s_U - s}{s - s_A}$$

ergibt, eine Formulierung, die sich in (1. 27) widerspiegelt.

für die Vermögensstreuung. Im Gegensatz dazu sind die Determinanten von Funktionalverteilung (G/Y) und (natürlicher) Verzinsung (G/K) noch unbekannt.

Neben den Sparfunktionen, die das gruppenspezifische Verhalten widerspiegeln sollen, bestehen abgeleitete Sparquoten; ihnen ist zu entnehmen, wie hoch der nicht konsumtiv genutzte Teil des Arbeits- (s_L) bzw. des Kapitaleinkommens (s_G) ist. Dabei ergeben sich diese Werte aus den Sparfunktionen der "abhängig Beschäftigten" (1.16 a) und derjenigen der "Unternehmer" (1.16 b) sowie der Verteilung der funktionalen Einkommen auf diese Gruppen, denn es gilt

$$(1.28 \text{ a}) \quad s_L = \frac{s_A^L A + s_U^L U}{L}$$

sowie

$$(1.28 \text{ b}) \quad s_G = \frac{s_A^G A + s_U^G U}{G},$$

so daß sich, parallel zu (1.20), die Gesamtersparnis als

$$(1.29) \quad S = s_L Y + (s_G - s_L) G$$

und die funktionale Verteilung, d.h. die Kapitaleinkommensquote (G/Y), im Gleichgewicht ($S = I$; 1.05) als

$$(1.30) \quad \frac{G}{Y} = \frac{1}{s_G - s_L} \frac{I}{Y} - \frac{s_L}{s_G - s_L} \quad 1)$$

bzw. bei $I/Y = s$ als

1) Hier läßt sich der letzte Ausdruck der rechten Seite ebenfalls als "coefficient of sensitivity of income distribution" bezeichnen, denn die Veränderungen der funktionalen Verteilung, die im Schluß an Einkommensverwendungsänderungen (I/Y) auftreten, werden entscheidend von

$$\frac{s_L}{s_G - s_L}$$

mitbestimmt.

$$(1.31) \quad \frac{G}{Y} = \frac{s - s_L}{s_G - s_L}$$

ergibt.

Gleichzeitig wird es möglich, die natürliche Verzinsung (G/K) anzugeben, denn sie folgt im Modell unmittelbar aus der funktionalen Verteilung (1.29) und stellt sich als

$$(1.31) \quad \frac{G}{K} = \frac{1}{s_G - s_L} \cdot \frac{I}{K} - \frac{s_L}{s_G - s_L} \cdot \frac{Y}{K}$$

dar.

An dieser Stelle muß auf die Implikationen verwiesen werden, die sich aus der Disaggregation des unternehmerischen Einkommens (1.10) sowie der Annahme über die Verteilung des Arbeitseinkommens (1.11) ergeben. Danach läßt sich die Sparquote aus Arbeitseinkommen (s_L ; 1.28 a) auch als

$$(1.33) \quad s_L = s_A + (s_U - s_A) \frac{U}{B} \quad 1)$$

angeben. Die Beschäftigungsstruktur (U/B) beeinflußt die Höhe jenes Teils des Arbeitseinkommens, das nicht konsumtiv genutzt wird, und über diese hinaus sowohl die funktionale Verteilung (1.29) als auch die Verzinsung (1.32): die aus dem Arbeitseinkommen gebildeten Ersparnisse werden damit *cet. par.* um so geringer sein, je niedriger der Anteil der "Unternehmer" an der Gesamtbeschäftigung ist.

1) Unter Beachtung von (1.10) und (1.11) ergibt sich für (1.28 a) zunächst

$$s_L = \frac{s_A \frac{A}{B} L + s_U \frac{U}{B} L}{L}$$

und wegen $1 = \frac{A}{B} + \frac{U}{B}$

schließlich (1.33).

Für den Extremfall, für den die Sparquote der "abhängig Beschäftigten" gleich Null angenommen wird ($s_A = 0$), reduzieren sich die Sparquoten aus Arbeits- (s_L) und aus Kapitaleinkommen (s_G) entsprechend (1. 27 a) und (1. 27 b) auf

$$(1. 34 a) \quad s_L = s_U \frac{U}{B}$$

sowie

$$(1. 34 b) \quad s_G = s_U \quad 1)$$

Erstere (s_L) nimmt cet. par. ihren niedrigsten, letztere (s_G) ihren höchsten Wert an. Ein Blick auf die Bestimmungsgleichungen der funktionalen Verteilung (1. 29) und der Verzinsung (1. 31) zeigt, daß die Kapitaleinkommensquote (G/Y) sowie die Verzinsung (G/K) dann ($s_A = 0$) ihren jeweils höchstmöglichen Wert erreichen.

222. Der Einfluß der Entlohnungssätze. Ihre Höhe und ihre Bedeutung in der evolutorischen Wirtschaft

Die bereits erfolgten Ausführungen lassen erkennen, daß die Spar- Investitionstheorie den Entlohnungssätzen keine sonderliche Aufmerksamkeit zuwendet. Dafür ist einmal die Überlegung ausschlaggebend, daß die Voraussetzungen, die die Grenzproduktivitätstheorie als gegeben annimmt, in der Realität kaum bestehen dürften; die "Unternehmer" können Verschiebungen des Faktorpreisverhältnisses gar nicht oder nur schwer mit Veränderungen des Faktoreinsatzverhältnisses beantworten, wenn die Produktion mit bereits erstellten Anlagen erfolgen soll. Zum anderen wird jedoch, ergänzend zu den schon er-

- 1) Da die "abhängig Beschäftigten" wegen $s_A = 0$ keine Ersparnisse bilden und annahmegemäß kein Vermögen besitzen, fließt ihnen kein Kapitaleinkommen zu; dieses Einkommen beziehen ausschließlich die "Unternehmer", von deren Aufteilungsentscheidungen es mithin abhängt, wie hoch die Sparquote aus Kapitaleinkommen ist.

örterten Hypothesen¹⁾ unterstellt, daß es nicht in erster Linie das Verhältnis zwischen Lohn- und Zinssatz an sich, sondern weitergehende Rentabilitätsabwägungen sind, die bestimmen, welche Produktionsverfahren gewählt werden, wenn es gilt, Investitionen vorzunehmen bzw. neue Kapazitäten zu erstellen²⁾.

Die Spar-Investitionstheorie betrachtet die Entlohnungssätze als Ergebnis, nicht als Bestimmungsgrößen der Einkommensverteilung, die als abhängige Variable der Einkommensverwendung und der Aufteilungsentscheidungen ($s_A; s_U$) gilt. Wenn und soweit das nicht zutrifft, liegen annahmegemäß Ausnahmesituationen vor, sei es, daß die Wirtschaft sich noch im Frühstadium industrieller Entwicklung befindet, sei es, daß Störungen des gleichgewichtigen Wachstums vorliegen.

2221. Das Frühstadium industrieller Entwicklung. Der Mindestlohnsatz als obere Grenze der Investitionsquote

Bei den verteilungstheoretischen Erörterungen, die bis hierher vorliegen, war implizit unterstellt, daß die Investitionsentscheidungen ohne Rücksicht darauf gefällt werden können, wie hoch der den "abhängig Beschäftigten" als Arbeitseinkommen verbleibende Teil des

1) In "Alternativ Theories ..." äußert sich Kaldor noch nicht zu der Frage, welche Determinanten seiner Ansicht nach die Wahl zwischen mehreren, zu Investitionszwecken vorhandenen Produktionsverfahren bestimmen; Aussagen zu diesem Problem macht der Autor erst in "A model of economic growth", S. 602 f.

2) Kaldor, N.: "A model of ...", S. 602, unterstellt nicht, daß die Entlohnungssätze überhaupt keinen Einfluß auf die Wahl zwischen den zu Investitionszwecken bereitstehenden Anlagen ausüben, sondern nimmt lediglich an, "the choice of technique is far more dependent on the prevailing prices of different types of capital goods and on the price of labour in terms of commodities in general (in so far this reflects the productivity of labour) than on the prevailing rate of profit or the prevailing interest rate."

Gesamteinkommens ausfällt. Danach scheinen die "Unternehmer" in der Lage zu sein, die Einkommensverwendungsabsichten der Gegenseite negieren zu können. Das dürfte in der Realität nur bedingt zu treffen.

Das Frühstadium industrieller Entwicklung ist durch verstärkt auftretenden technischen Fortschritt gekennzeichnet; das Einkommen vermag schneller als die Beschäftigung und der Kapitalstock zu wachsen. Dabei bieten die Gewinne, die wegen der steigenden Kapitalproduktivität ($\Delta Y/I$) cet. par. überproportional zunehmen, hinreichende Investitionsanreize¹⁾, so daß der Investitionstätigkeit von daher keine Grenzen gesetzt sind. Die Vorstellungen, die die "Unternehmer" über den Ausbau des Produktionsapparates hegen, sind allerdings für dessen Wachstum (I/K) nicht allein ausschlaggebend; der obere Wert, den die Investitionsquote (I/Y) und mit dieser die Akkumulationsrate (I/K) anzunehmen vermag, wird vielmehr von der Arbeitseinkommensquote (L/Y) bestimmt, die stets hinreichend hoch sein muß, das Existenzminimum der "abhängig Beschäftigten" zu sichern²⁾. Dieses Minimum determiniert seinerseits den Mindestlohnsatz.

Um diesen Einfluß des Mindestlohns auf die Investitionsquote (I/Y) zu verdeutlichen, sei unterstellt, die "abhängig Beschäftigten" bildeten keine Ersparnisse ($s_A = 0$) und bezögen daher auch kein Kapitaleinkommen. Unter Beachtung von (1. 29) sowie den Sparquoten aus Arbeits- (s_L ; 1. 33 a) und Kapitaleinkommen (s_G ; 1. 33 b) ergibt sich dann der höchstmögliche Wert der Kapitaleinkommensquote (G/Y) als

$$(1. 35) \quad \frac{G}{Y} = \frac{s - s_U(U/B)}{s_U - s_U(U/B)} \leq \frac{Y - L_{\min}}{Y} .$$

1) Hier ist implizit bereits die erst weiter unten in das Modell eingeführte Investitionsfunktion erkennbar, nach der die Investitionen unter anderem vom Gewinn abhängig sind.

2) Dieser Mindestlohnsatz deutet eine der Grenzen an, auf denen und außerhalb derer die Überlegungen der Spar-Investitionstheorie ihre Gültigkeit verlieren; vgl. Kaldor, N.: "Alternative Theories ...", S. 97, Gl. 4 und S. 99

Wo dieser Wert im statistischen Sinne liegt, dürfte sich kaum angeben lassen; möglicherweise variiert er von Volkswirtschaft zu Volkswirtschaft.

Mit dieser Kapitaleinkommensquote (1. 35) fällt die Investitionsquote (I/Y) zusammen, sobald der Lebensstandard der "Unternehmer" jenem der "abhängig Beschäftigten" entspricht, denn dann gleicht deren Ersparnis (S_U) dem Kapitaleinkommen¹⁾. Zugleich wird der Wachstumsspielraum, den eine Wirtschaft im Frühstadium industrieller Entwicklung hat, sichtbar; er wird nicht von der Nachfrage, insbesondere der nach Investitionsgütern, sondern von Möglichkeiten bestimmt, Teile des Volkseinkommens zum Ausbau des Produktionsapparates zu verwenden. Die Investitionsquote (I/Y) dürfte allerdings im Zuge dieser Entwicklung steigen, da die gesamtwirtschaftliche Produktivität dank des technischen Fortschritts ständig zunimmt und der Überschuß, der nach Abzug des Mindestarbeitseinkommens verbleibt, höhere Werte annehmen wird²⁾.

Spätestens wenn eine Volkswirtschaft das Stadium entwicklungsbedingter Vollbeschäftigung von Arbeit und Kapital erreicht hat, d. h. kein Arbeitskräftereservoir mehr besteht, dürfte das Arbeitseinkommen das Existenzminimum überschreiten, der Lohnsatz bei weiterhin zunehmender Produktivität steigen. An dieser Schwelle verliert der

- 1) Für (1. 34) ergibt sich die Einkommensquote der "Unternehmer" (1. 22) unter Beachtung der Disaggregation (1. 10) als

$$\frac{Y_U}{Y} = \frac{s}{s_U} = \frac{G + (L_{\min}) (U/B)}{Y} .$$

Nutzen die "Unternehmer" lediglich ihr Arbeitseinkommen (L_U) konsumtiv, gilt für deren Sparquote (s_U)

$$s_U = \frac{G}{Y_U}$$

und deren Ersparnis

$$S_U = G$$

- 2) Das Entstehen eines Überschusses und dessen Zunahme impliziert, daß die Beschäftigung langsamer als der Produktionsapparat steigt, d. h. die Kapitalintensität zunimmt,

(Mindest-)Lohnsatz seine verwendungs- bzw. verteilungsbestimmende Funktion. Darüber hinaus ist nicht auszuschließen, daß die "abhängig Beschäftigten", deren Sparquote bis hierher gleich Null war ($s_A = 0$), beginnen, Ersparnisse zu bilden und über diese zur Finanzierung der immer noch in ausreichendem Umfang vorhandenen Investitionsvorhaben beizutragen. Der Vermögenszuwachs der Volkswirtschaft fiele nicht mehr ausschließlich den "Unternehmern" zu.

Die Spar-Investitionstheorie geht davon aus, daß das Einkommenswachstum von nun an durch die Entwicklung der Nachfrage bestimmt wird. Die eigentlich interessanten und von denen der Grenzproduktivitätstheorie abweichenden Hypothesen setzen sich mit den Verteilungskräften auseinander, die jenseits der Anfänge der industriellen Entwicklung auftreten.

2222. Der Zins als Indikator des Nachfragewachstums. Determinanten und Bedeutung der Mindestverzinsung

Die Spar-Investitionstheorie gesteht nicht nur ein, daß die von ihr genannten Verteilungsmechanismen im Frühstadium der industriellen Entwicklung versagen können, sondern geht davon aus, daß in hochindustrialisierten Volkswirtschaften Situationen denkbar sind, in denen primär die Entlohnungssätze und nicht die Einkommensverwendung das wirtschaftliche Geschehen bestimmen. Das wird immer dann der Fall sein, wenn die Kapitaleinkommensquote (G/Y) gewisse Werte unterschreitet. Dem liegt die Überlegung zugrunde, daß die "Unternehmer" eine Mindestverzinsung des eingesetzten Kapitals erwarten und diese selbst auf die Gefahr hin zu realisieren suchen, daß es zur Unterbeschäftigung kommt.

Die Höhe dieses Mindestzinssatzes kann einmal vom Umfang des Risikos bestimmt sein, das die "Unternehmer" mit jeder Investition auf sich zu

nehmen glauben. Erzielen die Investitionen, die in vorausgegangenen Perioden vorgenommen wurden, diese Risikoprämie¹⁾ nicht oder scheint sie für die Zukunft nicht gewährleistet, etwa weil die Absatz-erwartungen für nachfolgende Zeitabschnitte zu niedrig sind, sinkt die Investitionsnachfrage relativ. Die "Unternehmer" sind nicht bereit, die Kapazitäten im selben Umfang wie in vorausgegangenen Perioden zu erweitern. Preissenkungen, die zu einer Kompensation des dadurch in der laufenden Periode erfolgenden Nachfrageausfalls führen könnten, werden vermutlich nicht vorgenommen, da sie eine weitere Abnahme der Verzinsung auslösen würden.

Diese Überlegungen veranlassen die Spar-Investitionstheorie anzunehmen, daß die in ihr unterstellten Verteilungsmechanismen nur wirksam werden, wenn die Verzinsung (G/K) die Risikoprämie deckt oder übersteigt, d. h.

$$(1.36) \quad \frac{G}{Y} \frac{Y}{K} \geq r_i$$

gilt. Der Zinssatz ist nur oberhalb dieses Wertes (r_i) flexibel. Dieselben Effekte sind nach Ansicht der Spar-Investitionstheorie auch zu erwarten, wenn die "Unternehmer" Mindestumsatzerlöse zu erzielen wünschen und ohne Rücksicht darauf durchzusetzen suchen, ob ein Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage verhindert wird. Diese Situation dürfte immer dann gegeben sein, wenn die Absatzerwartungen, die den Investitionen der vorausgegangenen Periode zugrunde gelegt wurden, im Untersuchungszeitraum, in dem die Kapazitätseffekte des zusätzlichen Kapitalstocks wirksam werden, nicht in Erfüllung gehen, so daß cet. par. ein Überangebot und erhöhte, jedoch nicht beabsichtigte Lagerinvestitionen entstehen. Damit erweisen sich die vorhandenen Kapazitäten aus der Sicht der "Unternehmer" am Ende der laufenden Periode

1) Kaldor, N.: "Alternative Theories ...", S. 98 f., selber bezeichnet die Mindestverzinsung als "risk premium rate", in ihr spiegeln sich seiner Ansicht nach Optimismus bzw. Pessimismus der Investoren wider.

als zu groß: die Investitionsnachfrage wird in der näheren Zukunft relativ ($\Delta I/I$) zurückgehen.

Diese Hypothese veranlaßt die Spar-Investitionstheorie zu dem Schluß, daß der von ihr unterstellte Verteilungsmechanismus versagt, wenn Angebot und Nachfrage nur dadurch zum Ausgleich gebracht werden können, daß die Kapitaleinkommensquote (G/Y) nicht mehr den Mindestumsatzerlös (m) deckt. Damit gelten die Aussagen zur Verteilung nur, wenn

$$(1.37) \quad \frac{G}{Y} \geq m$$

erfüllt ist. Der Wert der Größe (m) soll Marktunvollkommenheit und Preisabsprachen widerspiegeln.¹⁾

Ob das wirtschaftliche Geschehen von der Höhe der Risikoprämie (r_1) oder der Größe (m) bestimmt wird, hängt davon ab, welcher dieser Werte größer ist. Sobald eine der beiden Bedingungen (1.36; 1.37) nicht erfüllt ist, kann es zu Unterbeschäftigung kommen, weil die "Unternehmer" nicht bereit sind, die Preise unter gewisse Grenzen fallen zu lassen, sondern eher die Investitionstätigkeit einschränken.

Die Spar-Investitionstheorie geht damit davon aus, daß der Zinssatz keinen unmittelbaren Einfluß auf die Verteilung ausübt, sondern als Determinante der Investitions- und über diese als unabhängige Variable der Gesamtnachfrage zu betrachten ist. Da Fragen des Einkommens-

1) Kaldor, N.: "Alternative Theories ...", S. 99, äußert in diesem Zusammenhang, "there may be a certain minimum rate of profit on turnover due to imperfections of competition, collusive agreements between traders, etc., and which we may call m the "degree of monopoly" Rate; der Begriff "Monopolgrad", den Kaldor verwendet, dürfte weniger jenem genau definierten der Grenzproduktivitätstheorie, als vielmehr jenem von Preiser, E.: "Besitz und Macht ...", entsprechen, mit dem gesellschaftliche Verhältnisse gekennzeichnet werden.

wachstums zu einem späteren Zeitpunkt erörtert werden, soll vorerst nur festgehalten werden, daß sowohl dem Lohn- als auch dem Zinssatz in den vorliegenden Hypothesen nur insoweit eine entscheidende Rolle zugewiesen wird, als sie den Wachstumsspielraum der Volkswirtschaft begrenzen. Damit ergibt sich gegenüber der Einschätzung der Entlohnungssätze, wie sie die Grenzproduktivitätstheorie vornimmt, ein wesentlicher Unterschied.

223. Kritische Anmerkungen zu den Verteilungsaussagen der Spar-Investitionstheorie. Das Fehlen einer im Vergleich zur Grenzproduktivitätstheorie eingehenden Analyse der Produktion

Die Kritik an der Spar-Investitionstheorie richtet sich vor allem gegen das Fehlen jenes analytischen Instrumentariums, dessen sich die Grenzproduktivitätstheorie mit der Produktionsfunktion und den aus dieser abgeleiteten Faktornachfragefunktionen bedient. Gerade die Erkenntnismöglichkeiten, die die Spar-Investitionstheorie dadurch eröffnet, daß sie sich der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und der Einkommensverteilung und nicht der Zurechnung eines Gesamtprodukts zuwendet, dessen Höhe insofern indeterminiert ist, als sie exogen vorgegeben wird, führt zu dem Vorwurf der Ungenauigkeit, ja der Oberflächlichkeit¹⁾. Dieses Urteil dürfte nicht zutreffen, auch wenn die Spar-Investitionstheorie sich nicht mit der Produktion und jenen Kategorien auseinandersetzt, die die Grenzproduktivitätstheorie mit den Erträgen berücksichtigt, sondern Hypothesen über die Verteilung des Gesamteinkommens auf Arbeits- und Kapitaleinkommen entwickelt²⁾. Dafür sind mehrere Überlegungen verantwortlich.

1) In diesem Sinn äußern sich Marchal, J. und Ducros, B.: "The Distribution of National Income. ...", S. xxii (Einleitung).

2) Diese Abweichungen führen Krupp, H. J.: "Personelle" und 'institutionelle' Verteilung ...", S. 7, sogar zu der Folgerung, bei der von der Nachfrageseite her erfolgenden Erklärung der Einkommensverteilung handle es sich um eine Analyse der personellen, nicht jedoch der funktionalen Verteilung.

Die Spar-Investitionstheorie leugnet zwar nicht, daß eine gesamtwirtschaftliche Produktionsfunktion besteht, bezweifelt jedoch, daß die Annahmen, die die Grenzproduktivitätstheorie über den Verlauf dieser Funktion macht, das wirtschaftliche Geschehen plausibel wiederzugeben vermögen. Dieser Einwand richtet sich insbesondere gegen die Unterstellung, diese Funktion sei linear homogen bzw. werde es zu jedem Zeitpunkt des Wachstumsprozesses sein¹⁾. Sobald die lineare Homogenität nicht gegeben ist, verlieren die aus der Produktionsfunktion abgeleiteten Faktornachfragefunktionen ihre Bedeutung für die Zurechnung; das Gesamtprodukt entspricht der Faktorentlohnung nur in Ausnahmefällen, ansonsten übersteigt es die Entlohnung oder genügt dieser nicht.

Aus diesen Überlegungen heraus macht die Spar-Investitionstheorie explizit gar keine und implizit lediglich allgemeinere Annahmen über die Produktionsfunktion; es wird unterstellt, das Volkseinkommen (Y) ergebe sich aus der Beschäftigung (B), dem Kapitalstock (K) und den technischen Produktionsbedingungen (t)²⁾. Es gilt

$$(1.38) \quad Y = f(B; K; t)$$

ohne daß weitere Angaben über das Zusammenwirken der einzelnen Größen erfolgen.

-
- 1) Kaldor, N.: "Marginal Productivity and the Macro-Economic Theories ...", S. 309, wendet sich vor allem gegen die Grenzproduktivitätstheorie, weil "there is no room ... for increasing returns, learning by doing, oligopolistic competition ... and other such troublesome things which mar the world as we know it".
 - 2) Da Kaldor, N.: "A model of ...", S. 595 ff., den technischen Fortschritt als eine den Wirtschaftsprozess kontinuierlich begleitende Erscheinung betrachtet, unterliegen die technischen Produktionsbedingungen einem ständigen Wandel; (t) bezeichnet daher die zeitliche Bedingtheit der jeweils gegebenen Produktionsfunktion.

Diese Sicht verbietet es der Spar-Investitionstheorie auch, den Entlohnungssätzen dieselbe Bedeutung beizumessen, die diesen Parametern in der Grenzproduktivitätstheorie zukommt. Dabei schließen die Vorbehalte gegen die dort zugrunde gelegte Produktionsfunktion allerdings nicht aus zu unterstellen, sowohl der Lohn- als auch der Zinssatz könnten verteilungsbestimmend sein. Wann und von welchen Grenzen ab das der Fall sein wird, wurde bereits erörtert¹⁾.

Die relativ untergeordnete Rolle, die die Spar-Investitionstheorie den Entlohnungssätzen beimißt, beruht allerdings nicht nur auf der geringeren Präzisierung der Produktionsfunktion, sondern auch darauf, daß explizit keine Annahmen über das (Preis-)Verhalten der "Unternehmer" gemacht werden. Statt dessen wird implizit unterstellt, das Spannungsverhältnis zwischen den unterschiedlichen Einkommensverwendungsabsichten, d. h. den Konsum- und Investitionsvorstellungen der einzelnen Gruppen, bestimme das Geschehen auf dem Gütermarkt; die Güterpreise ergeben sich dann angenommenermaßen aus den Wechselbeziehungen von (Güter-)Nachfrage und vorhandenem (Güter-)Angebot. Ein tieferer Einblick in die unternehmerischen Zielsetzungen wäre wünschenswert; er ließe sich etwa dadurch gewinnen, daß die Determinanten der Angebots-erweiterung in Form einer Investitionsfunktion in die Betrachtung einbezogen würden. Da die Parameter, die den Kapazitätsausbau bestimmen, zunächst nicht genannt werden²⁾, vermutet Solow, der Grenzproduktivität

- 1) Vgl. weiter oben Gl. (1. 35), S. 59, in der der Mindestlohnsatz als Implizite behandelt ist, und Gl. (1. 36), S. 62, sowie Gl. (1. 37), S. 63, in denen der Mindestzinssatz bestimmt wird; die Bedeutung, die die Grenzproduktivitätstheorie den Entlohnungssätzen für die Verteilung beimißt, lehnt Kaldor, N.: "Marginal Productivity and the Macro-Economic Theories ...", S. 309, ab, da damit zwingend angenommen wird, daß der Entlohnungssatz jenes Faktors, dessen Angebot die Nachfrage übersteigt, gleich Null ist, die Realität dem jedoch widerspricht.
- 2) Kaldor, N.: "Alternative Theories...", S. 95, entwickelt seine Hypothesen zunächst, ohne die Determinanten der Investitionsnachfrage zu bestimmen, und unterstellt statt dessen, diese Nachfrage sei autonom vorgegeben; Annahmen über die Zielsetzungen der Unternehmer finden sich erst zu einem späteren Zeitpunkt; dort entwickelt Kaldor, N.: "A model of...", S. 600, eine seiner Ansicht nach plausible Investitionsfunktion, auf die jedoch erst im kommenden Abschnitt, bei der Erörterung der Wachstumskräfte, einzugehen sein wird.

tätstheorie und der Spar-Investitionstheorie lägen letztlich, explizit oder implizit, voneinander abweichende Hypothesen über mikroökonomische Verhaltensweisen zugrunde; seiner Ansicht nach geht die Spar-Investitionstheorie davon aus, Unsicherheit und oligopolistische Marktbedingungen erforderten andere Handlungsmaximen, als sie das Streben nach Gewinnmaximierung darstellt¹⁾. Diesen Verdacht bestätigt Kaldor, wenn er äußert, "in a world of imperfect foresight and changing technology, the Darwinian process may favour successful innovator who operates on hunches rather than the homo oeconomicus of the more pedestrian type, the careful equator of marginal substitution ratios"²⁾, ohne sich allerdings näher darüber auszulassen, was an die Stelle der unternehmerischen Zielsetzung "Gewinnmaximierung" zu setzen ist.

Ähnliche Überlegungen zum Problem einzelwirtschaftlicher Zielsetzung und deren expliziter Beachtung dürften den Versuchen vorausgegangen sein, den ursprünglichen Ansatz der Spar-Investitionstheorie durch Annahmen über das Preisverhalten der "Unternehmer" zu erweitern; dabei wird alternativ unterstellt, es werde ein Zuschlag zu den Lohnkosten³⁾ bzw. eine bestimmte Verzinsung des Kapitals⁴⁾ erstrebt. Diese Kritik an der Spar-Investitionstheorie und ihren Hypothesen zur Einkommensverteilung beruht auf einem Vergleich mit den Gedankengängen, die die Grenzproduktivitätstheorie verfolgt, ohne daß gleichzeitig die unterschiedlichen Aufgabenstellungen berücksichtigt werden, die die Ansätze sich wählen. Solange das nicht geschieht, muß die Gegenüberstellung unvollständig bleiben.

1) Solow, R. M.: "Distribution in the short and long run", S. 451

2) Vgl. Kaldor, N.: "Marginal Productivity and the Macro-Economic Theories ...", S. 310

3) Stobbe, A.: "Kurzfristige und langfristige Bestimmungsgründe ...", S. 149, unterstellt, die Unternehmer suchten einen Zuschlag zu den variablen Kosten - gesamtwirtschaftlich also den Lohnkosten - zu verwirklichen.

4) Diesen Weg wählt Preiser, E.: "Wachstum und Einkommensverteilung", S. 117; weder Stobbe noch Preiser erklären die Höhe des Zuschlags aus dem Modell, sie behandeln dessen Wert vielmehr als vorgegebene Größe.

Während die Spar-Investitionstheorie nach den Effekten fragt, die die volkswirtschaftliche Gesamtnachfrage und deren Entwicklung auf Verteilung und Ausbau der Kapazitäten ausüben, versucht die Grenzproduktivitätstheorie, die Distribution aus der jeweils gegebenen Faktorausstattung heraus zu erklären; ihr Interesse gilt den Einflüssen, die von der Faktorangebotsseite ausgehen. Die Annahmen über die Zielsetzungen einzelwirtschaftlichen Handelns und die Produktionsfunktion dienen der Ableitung der Faktornachfrage, der die Spar-Investitionstheorie wiederum keine sonderliche Aufmerksamkeit widmet, da sie unterstellt, sämtliche Kapazitäten seien vollbeschäftigt. Deren Entlohnungssätze verlieren, im Vergleich zur Grenzproduktivitätstheorie, an Bedeutung.

Darüber hinaus betrachtet die Spar-Investitionstheorie Distribution und Wachstum als Vorgänge, die nicht getrennt analysiert werden sollten, denn die Verteilung wird von den Einkommens- und das Wachstum von den Kapazitätseffekten der Investitionen bestimmt, die ihrerseits von der voraussichtlichen Entwicklung der Gesamtnachfrage abhängen.

Daß die Spar-Investitionstheorie ihren nachfrageorientierten Hypothesen zur Verteilung keine Produktionsfunktion zugrunde legt, zeugt letztlich von einem anderen Verständnis gesamtwirtschaftlicher Zusammenhänge. Die unterschiedlichen Standpunkte kommen in den Positionen, die die Ansätze zum Aggregationsproblem beziehen, zum Ausdruck¹⁾:

1) Tobin, J.: "Towards an General Kaldorian Theory ...", S. 119 f., versucht sogar, das Zwei-Gruppen-Modell Kaldor's dadurch ad absurdum zu führen, daß er es disaggregiert und eine Matrix entwickelt, in der eine Vielzahl von Berufsgruppen (Schauspieler, Ornithologen, Atomphysiker etc.) und deren unterschiedliche Bedürfnisstrukturen (Ausgaben etwa für Aspirin, Brillen, Cadillacs, Zeitungen etc.) berücksichtigt werden; gegen diese Kritik wendet sich Kaldor, N.: "A Rejoinder to ... Tobin", mit dem Hinweis auf die Probleme, die jede Aggregation kennzeichnen und sich immer ergeben, wenn Einheiten mit ähnlichen Verhaltensweisen zusammengefaßt werden, um zu einem handlichen und überschaubaren Modell zu gelangen.

- a) Die Spar-Investitionstheorie baut nicht auf Erkenntnissen auf, die der Beobachtung mikroökonomischer Verhaltensweisen entstammen, sondern wendet sich unmittelbar makroökonomischen Fragestellungen zu;
- b) sie bietet Hypothesen über die funktionale und personelle Verteilung des Einkommens, nicht über die Zurechnung des Gesamtprodukts auf Faktoren;
- c) die Analyse bezieht die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in die Betrachtung ein, die die Grenzproduktivitätstheorie als exogen gegebene Größe behandelt¹⁾;
- d) Wachstum und Verteilung gelten als so eng miteinander verknüpft, daß sie gemeinsam betrachtet werden;
- e) die Existenz einer linear homogenen Produktionsfunktion wird geleugnet;
- f) so daß die Haushalte zwar in ihrer Eigenschaft als Nachfrager nach Gütern, nicht jedoch, explizit wenigstens, als Anbieter von Faktoren behandelt werden.
- g) Die Bedingungen, unter denen die Ansätze wirtschaftliches Gleichgewicht als gegeben betrachten, weichen voneinander ab. Die Grenzproduktivitätstheorie geht davon aus, daß Gleichgewicht und Vollbeschäftigung nur herrschen können, wenn ein eindeutig durch die Faktorangebots- und -nachfragefunktionen determiniertes Faktorpreisverhältnis erfüllt ist; die Spar-Investitionstheorie sieht die Nutzung aller vorhandenen Kapazitäten als nicht an eine derart re-

1) Selbst Solow, R. M. : "Distribution in the short and long run", S. 449, ein engagierter Vertreter der Grenzproduktivitätstheorie, räumt ein, daß die Heranziehung mikroökonomischer Überlegungen zur Erklärung der Einkommensverteilung "an act of empirical desperation" ist, und erkennt die Notwendigkeit an, Elemente der Spar-Investitionstheorie zu beachten, da das neoklassische System sonst endogen indeterminiert bleibt.

striktive Bedingung gebunden an; Unterbeschäftigung droht erst, wenn die Entlohnungssätze gewisse Grenzwerte unterschreiten¹⁾.

Die Entscheidung darüber, welchem der vorliegenden Verteilungsansätze zu folgen ist, muß vorerst offen bleiben; möglicherweise verspricht die Integrierung beider Theorien eine dritte Alternative.

23. Die Versuche einer Integration von Grenzproduktivitäts- und Spar-Investitionstheorie. Das grundsätzlich andersartige Verständnis der Funktionalzusammenhänge zwischen Einkommensverteilung und -verwendung

In Erkenntnis der Mängel, die die erörterten Ansätze dadurch aufweisen, daß sie entweder die makroökonomischen Kreislaufzusammenhänge oder aber die Produktion vernachlässigen, mag es naheliegen zu versuchen, beide Theorien zu integrieren²⁾, um so zu wirklich befriedigenden Erkenntnissen über die Verteilung zu gelangen³⁾. Die Schwierigkeiten, die sich dabei ergeben, scheinen allerdings unüberwindbar; sie beruhen darauf, daß der Grenzproduktivitätstheorie ein anderes Verständnis der Funktionalzusammenhänge, die zwischen Einkommensverteilung und -verwendung bestehen dürften, zugrunde liegt als der Spar-Investitionstheorie. Die unterschiedlichen Überlegungen, von denen die Ansätze

1) Diese Grenzen ergeben sich allerdings nicht aus den spezifischen Hypothesen der Spar-Investitionstheorie, sondern aus deren Erweiterung um Argumente der Grenzproduktivitätstheorie.

2) Kaldor, N.: "Alternative Theories ...", S. 97, selber bedient sich zwar neoklassischer Argumente, um abzugrenzen, jenseits welcher Bereiche die Aussagen seiner Hypothesen ihre Gültigkeit verlieren, darin dürfte jedoch kein Versuch, die unterschiedlichen Überlegungen zu integrieren, zu sehen sein.

3) Versuche in dieser Richtung liegen vor, Ferguson, C. F.: "Theories of Distribution ...", Niehans, J.: "Die Wirkungen von Lohnerhöhungen, technischem Fortschritt und ...", Solow, R. M.: "Distribution in the short and long run", sowie Weintraub, S.: "A Keynesian Theory ...", vor, ohne daß diese Aufzählung den Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann.

ausgehen, bestimmen jedoch nicht nur die Hypothesen zur Einkommensverteilung, sondern implizieren auch andere Aussagen über das wirtschaftliche Wachstum.

Folgt man der Grenzproduktivitätstheorie, so bestimmt das Faktorangebot (zusammen mit mikroökonomischen Zielsetzungen und der Produktionsfunktion) das Faktoreinsatzverhältnis und die Verteilung, mit der gleichzeitig der Wachstumsspielraum vorgezeichnet ist. Ex ante verbleiben nur jene Teile des Gesamtprodukts zu Investitionszwecken, die nicht für den Konsum in Anspruch genommen werden; Einkommensverteilung (V) und -aufteilung ($s_A; s_U$) gelten als erklärende Variable der gesamtwirtschaftlichen Ersparnis (S). Für das wirtschaftliche Gleichgewicht ($S = I; 1.05$) folgt daraus

$$(1.39) \quad I = S = f(V; s_A; s_U).$$

Daß dieser Funktionalzusammenhang besteht, bestreitet die Spar-Investitionstheorie; statt dessen unterstellt sie, Investitionen und Einkommensaufteilung determinierten die Verteilung, so daß entgegen (1.39)

$$(1.40) \quad V = f(I; s_A; s_U) \quad 1)$$

gilt. Die "Unternehmer" haben weitgehend die Möglichkeit, ihre Kapazitäten auszubauen, ohne auf die Konsumansprüche der "abhängig Beschäftigten" Rücksicht nehmen zu müssen²⁾. Diese Sicht beruht auf der Überlegung, nicht die Teilnahme am Produktionsprozeß und die dort

1) Kaldor, N.: "Alternative Theories ...", S. 95, gesteht allerdings ein, daß "the interpretative value of (his) model depends on the 'Keynesian' hypothesis that investment, or rather, the ratio of investment to output, can be treated as an independent variable, invariant in respect to changes in the two savings propensities ...".

2) Das Existenzminimum der "abhängig Beschäftigten" muß allerdings gesichert bleiben.

erworbenen Ansprüche, sondern die Fähigkeit, Forderungen zu realisieren, entscheide über die Einkommensverteilung.

Faßt man, dieser Hypothese folgend, sämtliche Haushalte nach dem vorwiegend von ihnen bezogenen Funktionaleinkommen zusammen und unterscheidet lediglich zwischen "abhängig Beschäftigten" und "Unternehmern", erscheint es plausibel zu unterstellen, die Möglichkeiten dieser Gruppen, ihre jeweiligen Ansprüche an das Gesamteinkommen durchzusetzen, wichen voneinander ab; die "Unternehmer" befinden sich in einer günstigeren Ausgangsposition. Ihnen gelingt es dank ihres relativ und absolut größeren Vermögens eher, ausreichende Finanzierungsquellen zu erschließen, um (Konsum- und Investitions-)Vorhaben zu realisieren.

Daß Kräfte, wie sie die Spar-Investitionstheorie analysiert und als Determinanten der Einkommensverteilung betrachtet, auftreten können, räumen selbst Autoren ein, die dem Ansatz Kaldor's ansonsten ablehnend gegenüberstehen; so gesteht etwa Weintraub¹⁾, der Nachfrage dürfte mehr Einfluß zukommen, als in der Grenzproduktivitätstheorie unterstellt ist²⁾. Seiner Ansicht nach gibt diese Theorie lediglich die Gesetzmäßigkeiten an, die die Verteilung langfristig bestimmen, während es durchaus denkbar ist, daß die Entlohnungssätze kurzfristig von den partiellen Grenzwertprodukten der Faktoren abweichen und von der Investitionsquote bestimmt werden. Folgt man dieser Argumentation, so treffen die Überlegungen der Spar-Investitionstheorie nur zu, wenn die Ersparnis ex-ante nicht den Investitionen entspricht; der unter (1. 40) dargestellte Funktionalzusammenhang gilt nur in Situationen wirtschaftlichen Ungleichgewichts.

1) "Perhaps as a broad generalization, in the long run the short-period capital-formation influences distribution"; vgl. Weintraub, S.: "A Keynesian Theory ...", S. 101

2) Dort wird die Gesamtnachfrage als exogene Größe vorgegeben.

Diese Überlegung stellt nicht nur ein Zugeständnis an Kaldor und dessen Hypothesen dar, sondern fordert gleichzeitig zu der Frage heraus, ob die Spar-Investitionstheorie letztlich nicht auch jene Kräfte aufzeigt, die die Einkommensverteilung langfristig bestimmen. Kaldor kommt zu einer positiven Antwort, denn er unterstellt, daß die Effekte, die von der Investitionstätigkeit ausgehen, und denen Weintraub nur in der kurzfristigen Betrachtung Aufmerksamkeit geschenkt wissen möchte, die Verteilung so lange beeinflussen, bis die gesamtwirtschaftliche Ersparnis auch ex-ante der Investitionsnachfrage entspricht¹⁾; Arbeitseinkommen und Lohnsatz werden aus dieser Sicht heraus zu Residuen²⁾, deren Umfang und Entwicklung cet. par. von der Investitionsquote bestimmt sind³⁾. Die Zusammenhänge, die Gleichung (1.40) wiedergibt, sollen auch langfristig gelten.

Diese Diskussion zeigt, daß sich angebotsorientierte Grenzproduktivitäts- und nachfrageorientierte Spar-Investitionstheorie nicht integrieren lassen, sondern jeder Erörterung wachstums- und verteilungspolitischer Problemstellungen die Beantwortung der Frage nach der Aussagefähigkeit der unterschiedlichen Ansätze vorauszugehen hat. Leider vermögen die Ergebnisse empirischer Untersuchungen dabei keine Entscheidungshilfe zu geben, da sich mit ihnen keine signifikanten Abweichungen zu den theoretischen Überlegungen nachweisen lassen⁴⁾.

1) Pasinetti, L. L.: "New Results in an Old Framework ...", S. 303, äußert sich aus anderer Sicht zum selben Problem und den Beziehungen zwischen (natürlicher) Verzinsung und Grenzproduktivität des Kapitals und führt aus: "For, if one believes in marginal productivity, and if one is willing to make the assumptions that it requires, one can always say that, in the long run, the 'marginal productivity of capital' will become equal to the (independently determined) rate of profit. In other words, the rate of profit, in long run, determines, what the 'marginal productivity of capital' is going to be".

2) Kaldor, N.: "Alternative Theories ...", S. 96

3) Welche Faktoren Umfang und Entwicklung der Investitionen bestimmen, von denen wiederum das Arbeitseinkommen und der Lohnsatz abhängen, bleibt allerdings vorerst offen.

4) Zu diesem Schluß gelangen sowohl Helmstaedter, E.: "Die Entwicklung der Einkommensverteilung ...", als auch Reder, M. W.: "Alternative Theories of Labor's share".

Da die Vermögenspolitik ihre Bemühungen unter anderem darauf richtet, das Sparverhalten der "abhängig Beschäftigten" zu beeinflussen, mithin die Nachfrage dieser Gruppe, die Beeinträchtigung des Faktorangebots jedoch nicht beabsichtigt, liegt es nahe, den Überlegungen der Spar-Investitionstheorie zu folgen, um die Fragen nach den Beschäftigungs- und Wachstumseffekten dieser Politik zu beantworten. Zunächst bedarf es dazu jedoch der Kenntnis der wachstumstheoretischen Überlegungen, die diese Theorie entwickelt. Dabei dürften dann auch die Möglichkeiten sichtbar werden, die sich im Verlauf des Wirtschaftsprozesses anbieten, um die Vermögensstreuung zu korrigieren.

3. ZWEITER HAUPTTEIL

Vermögensbildung und Wirtschaftswachstum. Die Determinanten der evolutischen Wirtschaft, Wachstum und Verteilung als integrierte Bestandteile der makroökonomischen Theorie

Der erste Hauptteil läßt bereits erkennen, daß die Spar-Investitionstheorie die Einkommensverteilung nicht als isolierten Vorgang betrachtet, sondern als integrierten Bestandteil des gesamtwirtschaftlichen Geschehens versteht. Die kombinierte Analyse von Wachstum und Distribution unterblieb allerdings zunächst, da es vordringlich galt, die unterschiedlichen Überlegungen, die Grenzproduktivitäts- und Spar-Investitionstheorie zur Verteilung entwickeln, gegenüberzustellen und auf ihre Aussagefähigkeit hin zu prüfen. Dabei wurden lediglich die Einkommenseffekte der Investitionen beachtet, die im Mittelpunkt des Verteilungsansatzes der Spar-Investitionstheorie stehen. Die Kapazitätseffekte der jeweils neu erstellten Produktionsanlagen und die Determinanten der gesamtwirtschaftlichen Kapitalbildung wurden demgegenüber vernachlässigt, obwohl sich vielleicht gerade hinter diesen Größen die Kräfte verbergen, die Funktionalverteilung und Vermögensstreuung bestimmen. Die Einkommens- und Wachstumseffekte vermögenspolitischer Maßnahmen dürften sich daher erst analysieren lassen, wenn die Gesamtzusammenhänge zwischen Nachfrage, Kapitalbildung und Distribution bekannt sind.

Die Wechselbeziehungen zwischen diesen Größen sucht Kaldor¹⁾ aufzudecken. Da seine Überlegungen zum wirtschaftlichen Wachstum zudem auf jenem Ansatz zur Verteilungstheorie aufbauen, der eine befriedigende Beantwortung vermögenspolitischer Fragestellungen verspricht, folgt die Untersuchung den Hypothesen, die Kaldor entwickelt. Dabei geht die Erörterung zunächst davon aus, es herrsche Vollbeschäftigung. Darüber hinaus wird unterstellt, daß Investitionsquote ($I/Y = s$) und gruppenspezifische Sparquoten ($s_A; s_U$) konstant bleiben. Damit wachsen

1) Kaldor, N.: "A model of ..."

Konsum- und Investitionsnachfrage mit derselben Geschwindigkeit; die Funktional-¹⁾ und die Querverteilung²⁾ des Einkommens verschieben sich nicht, die Vermögensstreuung bleibt unverändert³⁾. Diese Annahmen implizieren zudem, daß die Kapitalverzinsung (G/K) nur sinkt bzw. steigt, wenn der Kapitalkoeffizient (K/Y) im Laufe der Entwicklung andere Werte als im Ausgangspunkt der Betrachtung annimmt⁴⁾.

1) Die Funktionalverteilung

$$(1.29) \quad \frac{G}{Y} = \frac{1}{s_G - s_L} \frac{I}{Y} - \frac{s_L}{s_G - s_L}$$

wird von der Investitionsquote (I/Y) und den Sparquoten aus Kapital- (s_G) und Arbeitseinkommen (s_L) bestimmt; da die beiden letztgenannten Größen das Sparverhalten von "abhängig Beschäftigten" und "Unternehmern", das als Konstante betrachtet wird, widerspiegeln, werden sie sich nur ändern, wenn sich die Verteilung des Arbeits- bzw. des Kapitaleinkommens verschiebt.

2) Die Querverteilung des Einkommens

$$(1.21) \quad \frac{Y_U}{Y} = \frac{1}{s_U - s_A} \frac{I}{Y} - \frac{s_A}{s_U - s_A}$$

folgt aus der Investitionsquote (I/Y) und unmittelbar aus den gruppenspezifischen Sparquoten ($s_U; s_A$).

3) Bei langfristig konstanter Querverteilung spiegelt das Verhältnis der Beiträge, die die einzelnen Gruppen zur Gesamtersparnis leisten, die Vermögensstreuung

$$\frac{K_A}{K_U} = \frac{s_A}{s_U}$$

wider.

4) Diesen Zusammenhang verdeutlicht, in Anlehnung an (1.31), S. 56, Ableitung

$$\frac{G}{K} = \frac{Y}{K} \left(\frac{1}{s_G - s_L} \frac{I}{Y} - \frac{s_L}{s_G - s_L} \right)$$

31. Die Bestimmungsgründe des gleichgewichtigen Wachstums

Während die Einkommenseffekte, die die Investitionstätigkeit auslöst, in derselben Periode wirksam werden, in der die volkswirtschaftliche Vermögensbildung stattfindet, und sich daher leicht aufzeigen lassen, werden die Kapazitätseffekte neu erstellter Anlagen erst in den nachfolgenden Untersuchungszeiträumen wirksam. Der Wachstumsspielraum, den die Wirtschaft durch die Kapitalakkumulation erhält, wird dabei sowohl vom Umfang der in der Vergangenheit vorgenommenen Investitionen als auch vom technischen Fortschritt bestimmt, der ex-definitione immer vorliegt, wenn die gesamtwirtschaftliche Produktivität steigt¹⁾. Dabei wird unterstellt, daß die wirtschaftliche Entwicklung ständig von technischen und organisatorischen Verbesserungen und Neuerungen begleitet wird²⁾; steigende Arbeits- und Kapitalproduktivität gehören zu den charakteristischen Merkmalen der evolutorischen Wirtschaft. Das impliziert gleichzeitig, daß die Kapazitätseffekte, die Erweiterungen des Produktionsapparates für die Zukunft nach sich ziehen, in Abhängigkeit vom Zeitpunkt der Investitionen variieren. Die Auslastung der Kapazitäten und mit dieser das tatsächliche Einkommenswachstum werden demgegenüber von der Nachfrage und deren Zunahme bestimmt.

Die Spar-Investitionstheorie sieht Interdependenzen zwischen technischem Fortschritt, Nachfrageentwicklung und Kapitalakkumulation als gegeben an und betrachtet das Einkommen, dessen Verteilung und die Vermögensstreuung als abhängige Variable; sie sind im Modell zu determinieren. Darüber hinaus soll versucht werden, eine plausible Erklärung für die in der Realität zu beobachtende langfristige Konstanz des

1) "Technischer Fortschritt kann ex-definitione nur vorliegen, wenn sich ein Merkmal der Produktionsfunktion ändert und darüber hinaus - auch bei konstantem input - der output steigt"; vgl. Gahlen, G.: "Zur Theorie und Messung ...", S. 456

2) Kaldor, N.: "A model of ...", S. 596, unterstellt, daß diese Faktoren stets gemeinsam wirksam werden, zwischen ihnen auf der einen und dem Produktivitätsfortschritt auf der anderen Seite besteht eine einzige Abhängigkeit.

Kapitalkoeffizienten zu erarbeiten¹⁾. Die Überlegungen zu diesem Problemkreis sind von der Vorstellung geprägt, daß zwischen (Faktor-) Substitution und technischem Fortschritt enge Wechselbeziehungen bestehen dürften; ein einmal gegebenes Faktoreinsatzverhältnis läßt sich vermutlich nur ändern, wenn zuvor neue organisatorische oder technische Produktionsmöglichkeiten geschaffen worden sind. Ein Blick auf die Entwicklung der Industrieländer zeigt umgekehrt, daß sich der technische Fortschritt (inventions) gesamtwirtschaftlich wahrscheinlich nur dann voll nutzen läßt, wenn sich die Faktorintensitäten ändern; es dürfte eine ständige Kapitalintensivierung stattfinden. Aus diesem Verständnis der Zusammenhänge heraus lehnt es Kaldor ab, die Wirkungen der Substitution von denen des technischen Fortschritts zu trennen²⁾. Da sich beide Vorgänge gegenseitig bedingen, erscheint ihre isolierte Betrachtung problematisch und unterbleibt daher.

Die Spar-Investitionstheorie geht darüber hinaus davon aus, daß eine Klassifizierung des technischen Fortschritts in arbeitssparend, neutral und kapitalsparend, wie sie die Grenzproduktivitätstheorie vornimmt, zwar möglich, jedoch wenig aussagefähig ist. Statt dessen wird unterstellt, daß die Wirkungen des technischen Fortschritts ausschließlich von der Geschwindigkeit bestimmt sind, mit der der Produktionsapparat ausgebaut wird.

Die Spar-Investitionstheorie beruht schließlich auf der Überlegung, daß

1) Kaldor, N.: "A model of ...", S. 592, weist darauf hin, daß die Kapitalausstattung und der output, jeweils pro Beschäftigten, seit Beginn der Industrialisierung stark zugenommen haben, der Kapitalkoeffizient dagegen seinen Wert nur unwesentlich verändert hat; als Beispiele werden die Entwicklungen, die diese Größe in Großbritannien und den USA durchgemacht hat, angeführt.

2) "It follows that any sharp distinction between the movement along a 'production function' with a given state of knowledge, and a shift in the 'production function' caused by a change in the state of knowledge is arbitrary and artificial", vgl. Kaldor, N.: "A model of ...", S. 591

- a) die Fähigkeiten einer Gesellschaft, technische und organisatorische Kenntnisse hervorzubringen und zu vertiefen, um diese bei der Nutzung bereits vorhandener und der Errichtung neuer Produktionsanlagen einzusetzen, und
- b) die Bereitschaft, das zum industriellen Einsatz der genannten Fähigkeiten erforderliche Kapital zu akkumulieren,

als die eigentlichen Bestimmungsgründe des wirtschaftlichen Wachstums anzusehen sind¹⁾. Danach schafft der technische Fortschritt nur die Bedingungen, die zur Erweiterung des Kapitalstocks notwendig sind, wird jedoch selber erst durch dessen Erstellung realisiert.

Die Abhängigkeit zwischen Wirtschaftswachstum und technischem Fortschritt verdeutlicht eine Fortschrittsfunktion; sie soll den mutmaßlichen Einfluß angeben, der zwischen Kapitalakkumulation und gesamtwirtschaftlichem Produktivitätsanstieg besteht. Dabei wird zunächst unterstellt, die Arbeitsbevölkerung bzw. die Beschäftigung sei konstant, die Wachstumsrate des Gesamteinkommens und diejenige des Pro-Kopf-Einkommens stimmten überein.

311. Die Beziehungen zwischen Kapitalakkumulation und Einkommenswachstum, Verlauf und Lage der Fortschrittsfunktion

Da unterstellt wurde, daß die Beschäftigung konstant bleibt, entwickeln sich nicht nur Volks- und Pro-Kopf-Einkommen mit derselben Geschwindigkeit, sondern, den Annahmen gemäß, auch die Arbeitsproduktivität (Q), so daß es möglich wird, nur eine dieser drei Größen auf die Ursa-

1) Dabei geht Kaldor, N.: "A model of ...", S. 595, davon aus, daß sich diese Faktoren gegenseitig bedingen, und betrachtet sie, a. a. O., S. 591, als "non-economic variables which are invariant with respect to changes in the other variables", die ebenso zu behandeln sind wie das Bevölkerungswachstum.

chen ihrer Veränderungen hin zu untersuchen und die dabei gewonnenen Ergebnisse auf die anderen beiden zu übertragen. Die Fortschrittsfunktion gibt vordergründig nur die Beziehungen zwischen der relativen Zunahme der Arbeitsproduktivität ($dQ/Q = Q^+$) und den Zuwachsraten des Produktionsapparates ($dK/K = K^+$) wieder, während der Verlauf der Funktion von der Entwicklung der Kapitalproduktivität (Y/K) und deren Abhängigkeit von der Akkumulationsrate (K^+) bestimmt wird.

Zunächst besteht das Problem darin, angeben zu müssen, welche Faktoren die absolute Höhe der gesamtwirtschaftlichen Produktivität bestimmen; es wird unterstellt, daß

- a) die absolute Höhe des Kapitalstocks (K) sowie
- b) die Qualität dieses Produktionsapparates, d. h. das Niveau jenes technischen Wissens, das zur Erstellung der vorhandenen Anlagen geführt hat und zu deren Nutzung erforderlich ist,

diese Produktivität determinieren. Der zweite dieser Faktoren dürfte von der Zeit (t) abhängig sein, zu dem die vorhandenen Kapazitäten errichtet wurden, da das technische Wissen einem ständigen Wandel unterliegt, für den wiederum der technische Fortschritt verantwortlich ist; je günstiger der Altersaufbau des Produktionsapparates ist, um so höher wird demnach die Produktivität sein.

Diese Überlegungen¹⁾ gibt, allgemein formuliert, Gleichung

$$(2.01) \quad Q = f(K(t))$$

wieder, aus der, etwa für die absoluten Änderungen der Arbeitsproduktivität (dQ),

1) Black, J.: "The Technical Progress Function and the Production Function", dessen Analyse die nachfolgenden Formulierungen entnommen sind, untersucht die Implikationen der Kaldor'schen Fortschrittsfunktion und versucht Beziehungen zu den Thesen der Grenzproduktivitätstheorie herzustellen.

$$(2.02) \quad \frac{dQ}{dt} = \frac{dQ}{dK} \cdot \frac{dK}{dt}$$

folgt. Während dieser Ausdruck lediglich die Veränderungen von Bestandsgrößen wiedergibt, will die eigentliche Fortschrittsfunktion jedoch mögliche Abhängigkeiten zwischen Zuwachsraten und deren Beziehungen zueinander herstellen, an die Stelle von (2.02) tritt daher die Formulierung

$$(2.03) \quad Q^+ = c + f(K^+) \quad 1)$$

in der c den Einfluß erkennen lassen soll, den der technische Fortschritt über die Reinvestitionen ausübt. Der eigentliche Verlauf dieser Funktion ist grundsätzlich durch die Annahme bestimmt, daß jede Beschleunigung der Kapitalakkumulation (K^+) die Geschwindigkeit, mit der die Arbeitsproduktivität zunimmt (Q^+), positiv beeinflusst, so daß sich Gleichung

$$(2.04) \quad f'(K^+) > 0$$

formulieren läßt, aus der die Steigung der Fortschrittsfunktion als

$$(2.05) \quad p = \frac{dQ^+}{dK^+} = \frac{d\left(\frac{1}{Q} \frac{dQ}{dt}\right)}{d\left(\frac{1}{K} \frac{dK}{dt}\right)} > 0$$

folgt. Da zu Beginn jeden Untersuchungszeitraums Beschäftigung, Kapitalstock und Einkommen, sowie, zusammen mit diesen, die Kapitalproduktivität bekannt sind, läßt sich (2.05) auch als

- 1) Mit (2.03) liegt die allgemeine Formulierung der Fortschrittsfunktion vor; Kaldor, N.: "A model of...", S. 604, Gl. (3), verwendet in seiner Analyse, einer komparativ-statischen Betrachtung der Zusammenhänge, die Formulierung

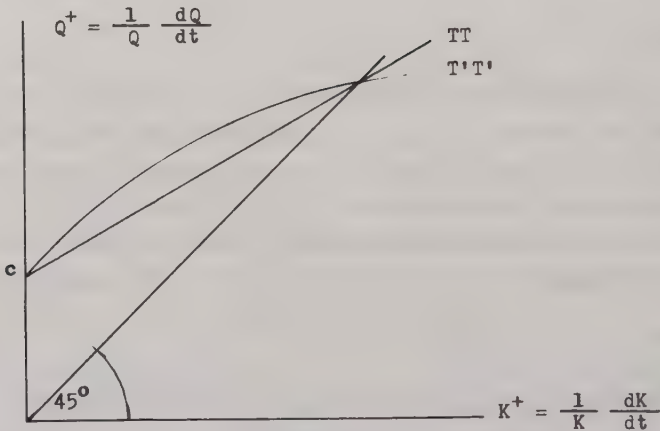
$$\frac{Y_{t+1} - Y_t}{Y_t} = \alpha'' + \beta'' \frac{I_t}{K_t}$$

in der α'' den Einfluß, den der technische Fortschritt über die Reinvestitionen ausübt, und β'' jenen, den der Fortschritt über die Nettoinvestitionen auslöst, darstellt.

$$(2.05 \text{ a}) \quad p = \frac{K}{Q} \frac{d \left(\frac{dQ}{dt} \right)}{d \left(\frac{dK}{dt} \right)} \quad 0$$

angeben.

Abbildung 2.1



Während die Niveaulage der Kurven von jenen bereits weiter oben bezeichneten Faktoren bestimmt wird¹⁾, hängt die Entscheidung darüber, welchem der beiden Verläufe in der weiteren Diskussion gefolgt werden soll, von den Annahmen ab, die über die Zusammenhänge zwischen der Entwicklung der Grenzproduktivität des Kapitals (dQ/dK) und der absoluten Zunahme des Kapitalstocks (dK/dt), d. h. dem Verlauf der Funktion

$$(2.06) \quad \frac{dQ}{dK} = f \left(\frac{dK}{dt} \right)$$

1) Steigung und Niveau der Fortschrittsfunktion werden einmal von der Fähigkeit einer Gesellschaft, technische und organisatorische Verbesserungen des Produktionsprozesses (inventions) zu erarbeiten, und zum anderen der Bereitschaft, diese Kenntnisse über eine ausreichende Kapitalabsorbtion zu nutzen (innovations), bestimmt.

zugrunde gelegt werden¹⁾.

Bleibt der Umfang der Investitionen ($I = dK$) ohne Einfluß auf die Grenzproduktivität des Kapitals (dQ/dK), wird mithin

$$(2.07) \quad f' \left(\frac{dK}{dt} \right) = 0$$

unterstellt, gilt der lineare Verlauf, d. h. die TT-Kurve; die Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität (Q^+) wird von der Konstanten c , d. h. jenen Effekten des technischen Fortschritts, die ohne Ausdehnung des Kapitalstocks und nur über die Reinvestition wirksam werden, und der Akkumulationsrate (K^+) determiniert. Für diesen Fall läßt sich die Steigung (p) der Fortschrittsfunktion mit

$$(2.08) \quad p = \frac{K}{Q} \frac{dQ}{dK} = b \quad 2)$$

angeben. Anstelle der allgemeinen Formulierung (2.03) folgt jetzt für die Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität (Q^+)

$$(2.09) \quad Q^+ = c + b K^+.$$

1) Black, J.: "The Technical Progress Function...", S. 168

2) Gemäß (2.03), der allgemeinen Formulierung der Fortschrittsfunktion, gilt für deren Steigung (p)

$$p = \frac{dQ^+}{dK^+} = \frac{d \left(\frac{1}{Q} \frac{dQ}{dt} \right)}{d \left(\frac{1}{K} \frac{dK}{dt} \right)} = \frac{K}{Q} \frac{d \left(\frac{dQ}{dt} \right)}{d \left(\frac{dK}{dt} \right)}$$

und unter Beachtung von

$$(2.02) \quad \frac{dQ}{dt} = (dQ/dK) \cdot (dK/dt)$$

$$\frac{d \left(\frac{dQ}{dt} \right)}{d \left(\frac{dK}{dt} \right)} = \frac{dQ}{dK} + \frac{dK}{dt} \frac{d \left(\frac{dQ}{dt} \right)}{d \left(\frac{dK}{dt} \right)}$$

bzw. unter Hinzuziehung von

$$(2.07) \quad f' \left(\frac{dK}{dt} \right) = 0$$

$$\frac{d \left(\frac{dQ}{dt} \right)}{d \left(\frac{dK}{dt} \right)} = \frac{dQ}{dK},$$

so daß letztlich (2.08) folgt.

Diese Fortschrittsfunktion läßt sich in eine Produktionsfunktion vom Typ

$$Y = A_0 e^{ct} K^b$$

in der A die Beschäftigung, e^{ct} den technischen Fortschritt und K den Kapitalstock sowie b die partielle Produktionselastizität dieses Faktors angibt, integrieren¹⁾.

Wird demgegenüber unterstellt, die Grenzproduktivität des Kapitals (dQ/dK) sei eine abhängige Variable, die von der Höhe der Investitionen ($I = dK/dt$) determiniert werde, d. h. etwa

$$(2.10) \quad f' \left(\frac{dK}{dt} \right) < 0$$

gelte (Abbildung 2, 2), weist die Fortschrittsfunktion einen konkaven Verlauf auf; ihn soll die $T' T'$ -Kurve, Abbildung 2. 1, wiedergeben,

- 1) Black, J. : "Technical Progress Function ...", S. 167, weist nach, daß sich die Fortschrittsfunktion immer dann in eine Produktionsfunktion vom Typ

$$Y = A_0 e^{ct} K^b,$$

in der e^{ct} die Effekte des technischen Fortschritts angeben soll, integrieren läßt, wenn ein linearer Verlauf dieser Fortschrittsfunktion (TT -Kurve) unterstellt wird, denn dann gilt für den absoluten Einkommenszuwachs

$$\frac{dY}{dt} = A_0 c e^{ct} K^b + A_0 e^{ct} b K^{1-b}$$

oder, anders formuliert,

$$\frac{dY}{dt} = Y \left(b \frac{1}{K} \frac{dK}{dt} + c \right).$$

Unter Beachtung der Annahme, daß die (Arbeits-)Bevölkerung konstant ist, entsprechen sich Einkommens- und Produktivitätsfortschritt, so daß

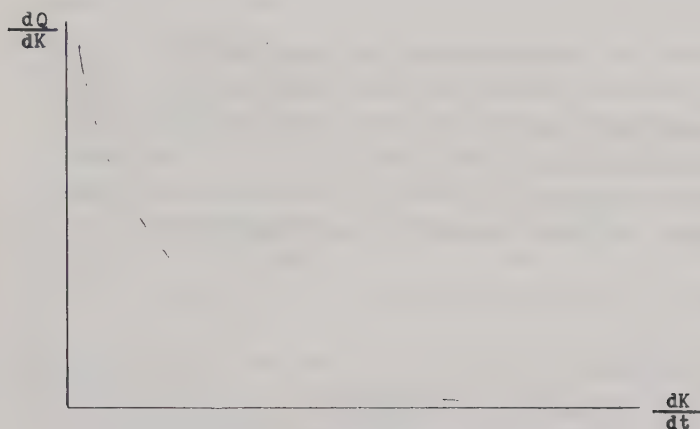
$$\frac{1}{Y} \frac{dY}{dt} = \frac{1}{Q} \frac{dQ}{dt} = c + b \frac{1}{K} \frac{dK}{dt}$$

folgt; dieser Ausdruck entspricht seinerseits Gleichung (2. 09), in dem

$$\frac{1}{Q} \frac{dQ}{dt} = Q^+ \quad \text{ sowie } \quad \frac{1}{K} \frac{dK}{dt} = K^+$$

gelten.

Abbildung 2.2



die erkennen läßt, daß zwischen den Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität (Q^+) und der Akkumulationsrate (K^+) keine linearen Beziehungen bestehen.

Die Steigung (p) der Fortschrittsfunktion stellt sich unter diesen Bedingungen (2.10) als

$$(2.11) \quad p = \frac{K}{Q} \frac{dQ}{dK} \left\{ 1 + \frac{d \left(\frac{dQ}{dK} \right)}{d \left(\frac{dK}{dt} \right)} \frac{\frac{dK}{dt}}{\frac{dQ}{dK}} \right\} \quad 1)$$

1) Gemäß

$$(2.06) \quad p = \frac{K}{Q} \frac{d \left(\frac{dQ}{dt} \right)}{d \left(\frac{dK}{dt} \right)}$$

und (2.02) $dQ/dt = (dQ/dK) \cdot (dK/dt)$ folgt

$$\begin{aligned} p &= \frac{K}{Q} \frac{\frac{dK}{dt} d \frac{dQ}{dK} + \frac{dQ}{dK} d \frac{dK}{dt}}{d \frac{dK}{dt}} \\ &= \frac{K}{Q} \left(\frac{dQ}{dK} + \frac{dK}{dt} \frac{d \frac{dQ}{dK}}{d \frac{dK}{dt}} \right), \end{aligned}$$

so daß sich schließlich (2.11) ergibt.

oder analog (2.08) formuliert, als

$$(2,12) \quad p = b (1 + e)$$

dar, wobei e die Elastizitätsverhältnisse bezeichnen soll, die zwischen den relativen Veränderungen der Grenzproduktivität des Kapitals und jenen der Investitionen bestehen, und die gleichzeitig die Beziehungen zwischen den relativen Veränderungen der Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität und denen der Akkumulationsrate bestimmen. Für diesen Elastizitätskoeffizienten gilt entsprechend (2.10)

$$(2,13) \quad e < 0.$$

Schließlich folgt

$$(2,14) \quad Q^+ = c + b (1 + e) K^+$$

für die Fortschrittsfunktion.

Der nichtlineare Verlauf der Fortschrittsfunktion, in dem sich widerspiegelt, daß die Grenzproduktivität des Kapitals von der Höhe der Investitionen abhängt, gibt gleichzeitig an, daß die volkswirtschaftliche Produktivität zu jedem Zeitpunkt von der Geschwindigkeit determiniert ist, mit der der jeweils vorhandene Produktionsapparat in der Vergangenheit errichtet wurde. Allerdings sollen diese Überlegungen im weiteren Verlauf der Untersuchung nicht weiterverfolgt werden. Statt dessen wird aus Gründen der übersichtlicheren Ableitung unterstellt, zwischen der Akkumulationsrate (K^+) und der Zuwachsrates der Arbeitsproduktivität (Q^+) bzw. der des Einkommens bestünden lineare Beziehungen, so daß (2.09)

$$Q^+ = c + b K^+$$

gelten soll¹⁾.

1) Kaldor, N.: "A model of ...", S. 597, 609, selbst legt seinen grundsätzlichen Überlegungen einen konkaven Verlauf der Fortschrittsfunktion zugrunde, seine Ableitungen gehen jedoch von einem linearen Verlauf der Fortschrittsfunktion aus, um die Übersichtlichkeit des Modells zu gewährleisten.

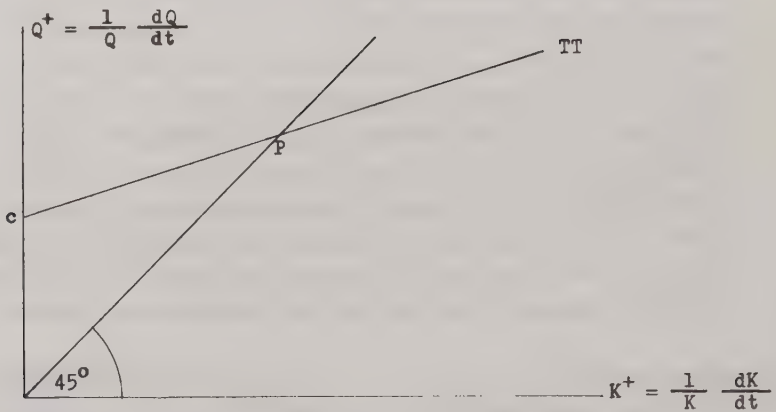
Da die Determinanten, die das Niveau der Fortschrittsfunktion bestimmen, d. h. die Fähigkeiten einer Nation, neue technische und organisatorische Verbesserungen der bestehenden Produktionsverhältnisse hervorzubringen, und die Bereitschaft, hinreichend Kapital zu deren Nutzung zu absorbieren, über längere Zeiträume konstant bleiben dürften, bilden Verschiebungen der Funktion Ausnahmen. Mit ihnen ist lediglich in der Folge grundlegender Erfindungen zu rechnen, die ihrerseits auf die Gewinnung vollkommen neuer naturwissenschaftlicher und organisatorischer Erkenntnisse zurückzuführen sind, und die es gestatten, die Produktion auf eine neue Basis zu stellen. Die Bereitschaft zur Kapitalabsorption steigt dadurch möglicherweise ebenfalls.

Während etwaige Abhängigkeiten zwischen dem Umfang der Investition ($I = dK/dt$) und der Grenzproduktivität des Kapitals erörtert wurden, fanden der Kapitalkoeffizient und dessen Entwicklung explizit keine Beachtung. Der Verlauf der Fortschrittsfunktion läßt allerdings erkennen, daß diese Größen von der Höhe der Akkumulationsrate beeinflußt werden.

312. Der Einfluß des technischen Fortschritts auf die Entwicklung des Kapitalkoeffizienten. Die Bestimmung eines möglichen Wachstumsgleichgewichts

Bereits weiter oben wurde angedeutet, daß einer Klassifizierung des technischen Fortschritts in arbeitssparend, neutral bzw. kapitalsparend keine sonderliche Aussagefähigkeit zukommen dürfte. Auf welche Überlegungen sich diese Ansicht stützt, verdeutlicht die Darstellung der Fortschrittsfunktion; danach bestimmen sich die Wirkungen des technischen Fortschritts ausschließlich danach, auf welchem Abschnitt der TT-Kurve sich die jeweils zu betrachtende Volkswirtschaft befinden soll. Die Bezeichnung "(Hicks-)neutraler technischer Fortschritt" wäre lediglich in einem einzigen Punkt gerechtfertigt, dem Schnittpunkt (P) der TT-Kurve mit der 45°-Achse in Abbildung 2.3.

Abbildung 2.3



Nur dort (P) steigen bei angenommenermaßen konstanter Arbeitsbevölkerung und Vollbeschäftigung Volkseinkommen (Y), Arbeitsproduktivität (Q) und Produktionsapparat (K) mit ein und derselben Geschwindigkeit; ausschließlich für diesen Punkt (P) gilt

$$(2.15) \quad Q^+ = K^+.$$

Der Kapitalkoeffizient (K/Y) ändert sich nicht, sondern behält einen einmal erreichten Wert bei.

Auf dem linken Abschnitt der Fortschrittsfunktion, d.h. zwischen der Ordinate und dem Schnittpunkt (P) von TT-Kurve und 45°-Achse, steigt die Arbeitsproduktivität (Q) bzw. das Volkseinkommen (Y) schneller als der Kapitalstock; dort kennzeichnet

$$(2.16) \quad Q^+ > K^+$$

die Entwicklung, aus der

$$(2.17) \quad \frac{K}{Y} \rightarrow 0$$

resultiert. Der Kapitalkoeffizient tendiert gegen Null, ohne daß dieser Grenzwert allerdings je erreicht werden dürfte. Wenn die Investitions- (I/Y) und die Kapitaleinkommensquote (G/Y) während dieser Entwicklung konstant bleiben, steigt die (natürliche) Verzinsung (G/K) und geht gegen Unendlich, denn (2.16) und (2.17) implizieren

$$(2.18) \quad G^+ = Y^+ > K^+$$

bzw.

$$(2.19) \quad \frac{G}{K} \rightarrow \infty$$

Befindet sich eine Volkswirtschaft auf dem hier erörterten Abschnitt der Fortschrittsfunktion, scheint der technische Fortschritt kapitalsparend zu sein; tatsächlich beruht die Entwicklung des Kapitalkoeffizienten jedoch nicht auf der Eigenart der jeweils gegebenen technischen und organisatorischen Verbesserungen des Produktionsapparates, sondern auf der relativ zur Wachstumsrate des Volkseinkommens zu niedrigen Akkumulationsrate (2.16).

Eine ähnliche, wenn auch in die entgegengesetzte Richtung verlaufende Entwicklung zeichnet sich ab, sobald die Verhältnisse in einer Volkswirtschaft untersucht werden, die sich angenommenermaßen auf jenem Abschnitt der Fortschrittsfunktion befinden soll, der rechts der 45°-Achse liegt. Dort gilt im Gegensatz zu (2.16)

$$(2.20) \quad Q^+ < K^+,$$

so daß cet. par. an die Stelle von (2.17) und (2.19)

$$(2.21) \quad \frac{K}{Y} \rightarrow \infty$$

sowie

$$(2.22) \quad \frac{G}{K} \rightarrow 0$$

treten, Dieses Mal erweckt der technische Fortschritt den Eindruck, arbeitssparend zu sein; worauf das zurückzuführen ist, wurde sinngemäß erwähnt.

Da Untersuchungen der wirtschaftlichen Entwicklung erkennen lassen, daß Verzinsung (G/K) und Kapitalkoeffizient (K/Y) sich nachhaltig nur jeweils geringfügig ändern und dann wieder über längere Zeiträume hinweg um konstante Durchschnittswerte oszillieren, erscheint es plausibel anzunehmen, jede Volkswirtschaft werde sich nur jeweils für kürzere Perioden jenseits des Gleichgewichts (P) befinden. Diesem Gesichtspunkt sollten die Hypothesen Rechnung tragen, die über das Investitionsverhalten der "Unternehmer" Auskunft zu geben suchen; vermutlich löst jede Zunahme der Verzinsung (G/K) positive Investitionseffekte aus, so daß sich steigender Zinssatz (G/K) und sinkender Kapitalkoeffizient (K/Y) auf der einen und konstante Investitionsquote (I/Y) auf der anderen Seite ausschließen.

313. Die Bedeutung des Nachfragewachstums in der evolutorischen Wirtschaft. Die Parameter der Konsum- und Investitionsnachfrageentwicklung

Während bereits deutlich wurde, daß die Spar-Investitionstheorie die Konsumnachfrage als abhängige Variable der Funktional- bzw. der Querverteilung und damit letztlich auch der Investitionsquote, die die beiden erstgenannten Größen mitbestimmen soll, betrachtet, blieben die Determinanten der Investitionsnachfrage selbst bis jetzt ungeklärt. Es wurde lediglich darauf verwiesen, daß der technische Fortschritt, der die Kapazitätseffekte der Investitionen determiniert, den Wachstumsspielraum beeinflusst, während offen blieb, auf Grund welcher Überlegungen die "Unternehmer" diesen Wachstumsspielraum nutzen, d. h. die Kapazitäten erweitern.

Die Spar-Investitionstheorie trennt die Wachstumseffekte der Re- von jenen der Nettoinvestitionen. Da die Aggregate, die im Zuge der Reinvestitionen erstellt werden, dem jeweils neuesten Stand technischen Wissens entsprechen sollen, sind deren Kapazitätseffekte größer als die jener Anlagen, die aus dem Produktionsprozeß ausscheiden. Dadurch wächst das Volkseinkommen, ohne daß der Kapitalstock seine absolute Höhe ändert¹⁾. Unbeschadet dieser Überlegungen werden die Kapazitätseffekte der Reinvestitionen im folgenden vernachlässigt und gleich Null gesetzt, lediglich die Determinanten der Nettoinvestitionen interessieren.

Die Annahmen zur Investitionsfunktion beruhen auf der Überlegung, daß das unternehmerische Verhalten nicht nur von einem einzigen Faktor, sondern von einer Reihe verschiedener Überlegungen beeinflußt sein dürfte; so wird unterstellt²⁾, daß

- a) bei gegebenen und jeweils von der Vergangenheit bestätigten Zins-erwartungen ein konstantes Verhältnis zwischen Umsatz und (Anlagen- bzw. Lager-)Kapazitäten angestrebt wird,
- b) der Umfang, in dem die Kapazitäten erweitert werden, von der jeweiligen Höhe der natürlichen Verzinsung (G/K) bestimmt sind; damit soll eine positive Korrelation zwischen der Höhe des natürlichen Zinssatzes und der Investitionsnachfrage gegeben sein und sichergestellt werden, daß die Kapitalproduktivität (und mehr noch, deren Veränderungen) die Investitionsentscheidungen beeinflussen,
- c) die Investitionstätigkeit davon abhängt, wieweit der zum Ende jeder Untersuchungsperiode vorhandene Kapitalstock den Vorstellungen

1) In der Fortschrittsfunktion

$$(2, 09) \quad Q^+ = c + b K^+$$

gibt die Größe c die Wachstumseffekte der Reinvestitionen an,

2) Kaldor, N.: "A model of ...", S. 600

entspricht, die die "Unternehmer" zu Beginn dieses Zeitraumes von dessen Umfang hatten; im Modell nimmt die Investitionsnachfrage danach relativ ab, sobald die zu den Investitionen zählenden Lagerbestände zusammen mit den produktiven Kapazitäten das ex-ante vorgesehene Ausmaß überschreiten,

- d) die "Unternehmer" ihre Umsatz- bzw. Umsatz-Gewinnerwartungen an der Nachfrageentwicklung der Vergangenheit ausrichten,

Da die Investitionsnachfrage damit annahmegemäß sowohl von der Nachfrage der vorausgegangenen Periode als auch von Veränderungen der natürlichen Verzinsung bestimmt wird¹⁾, geht die Spar-Investitionstheorie davon aus, daß ein Akzeleratorprozeß stattfindet; die volle Bedeutung, die dieser Prozeß für die Aussagen des Modells hat, dürfte vorerst allerdings nicht deutlich werden, da zunächst stetiges Wirtschaftswachstum unterstellt wird, so daß sich die natürliche Verzinsung (G/K) ex-definitione nicht ändert. Grundsätzlich soll die Gewichtung, die der Nachfrage (u) und der Verzinsung (v) zukommt, positiv sein. Nähere Angaben über das Verhältnis dieser Gewichte zueinander (u/v) werden nicht gemacht. Schließlich bleibt darauf zu verweisen, daß die Investitionsfunktion unter der Annahme abgeleitet wird, daß die Kapazitätseffekte der jeweils vorgenommenen Investitionen erst in der nachfolgenden Periode wirksam werden.

Damit lassen sich die vorausgegangenen Überlegungen mit folgenden Formulierungen, in denen K den Kapitalstock, I die Investitionen, Y die Ge-

1) Kaldor, N.: "A model of ...", S. 601, räumt ein, daß eine Fülle anderer Annahmen über die Determinanten der Investitionstätigkeit denkbar ist, und begründet die Wahl seiner Determinanten damit, daß "in a model which makes the amount of profits actually generated in the production process dependent on the rate of investment and make the rate of investment in turn dependent on the growth of profits, it is necessary to postulate a minimum 'buynace' in entrepreneurial behaviour in order to ensure that the investment necessary to generate the profits which call for a further increase in investment in the next period actually does take place, so that productivity, total output, profits and investment continue to grow".

samtnachfrage, G das Kapitaleinkommen angeben und t einen Zeitindex darstellen soll, in einer komparativ-statischen Betrachtung wiedergegeben:

$$(2.23 \text{ a}) \quad K_t = u Y_{t-1} + v \frac{G_{t-1}}{K_{t-1}} Y_{t-1} \quad 1)$$

$$(2.23 \text{ b}) \quad K_{t+1} = u Y_t + v \frac{G_t}{K_t} Y_t$$

aus denen die absolute Höhe der Investitionen für die Periode t , d. h. I_t , als

$$K_{t+1} - K_t = I_t$$

oder, anders ausgedrückt, als

$$(2.24) \quad I_t = u (Y_t - Y_{t-1}) + v \left(\frac{G_t}{K_t} Y_t - \frac{G_{t-1}}{K_{t-1}} Y_{t-1} \right)$$

folgt. Der letzte Ausdruck der rechten Seite (von 2.24) macht deutlich, daß der Zinssatz die Investitionstätigkeit nicht beeinflusst, solange er konstant bleibt.

Eine Variante dieser Formulierung (2.24) läßt die Bedeutung erkennen, die dem Akzelerator zukommt:

$$(2.25) \quad \frac{I_t}{Y_t} = \frac{Y_t - Y_{t-1}}{Y_{t-1}} \frac{K_t}{Y_t} + v \left(\frac{G_t}{K_t} - \frac{G_{t-1}}{K_{t-1}} \right). \quad 2)$$

-
- 1) In der bei Kaldor, N.: "A model of...", S. 604, Gl. 2.1, tritt ' an die Stelle von u und ' an die von v ; darüber hinaus weist Kaldor, N., a. a. O., S. 606 ff., auf die Bedeutung hin, die den Mindestentlohungsätzen zukommt, auf die hier jedoch nicht nochmals eingegangen werden soll.
- 2) In Abwandlung von (2.24), d. h. mit Hilfe der Ergänzung der dort genannten Formulierung um

$$+ v \frac{G_{t-1}}{K_{t-1}} Y_t,$$

(Forts. auf S. 94)

Die Investitionsquote (I/Y) und mit dieser die Einkommensverwendung bleiben konstant, solange stetiges Wirtschaftswachstum gegeben ist, d. h. der Schnittpunkt der Fortschrittsfunktion mit der 45° -Achse (P) realisiert wird. Nur dort entsprechen sich natürliche Verzinsung (G/K) und Kapitalkoeffizient (K/Y) aufeinanderfolgender Untersuchungszeiträume, während beide sich jenseits dieses Punktes gegenläufig entwickeln (vgl. etwa (2, 17) und (2, 19)).

Die Investitionsquote kann ihrerseits als abhängige Variable der Funktionalverteilung (G/Y) dargestellt werden, denn aus (2, 25) läßt sich

$$(2.26) \quad \frac{I_t}{Y_t} = \left(\frac{Y_t - Y_{t-1}}{Y_{t-1}} \right) \frac{K_t}{Y_t} + v \frac{G_{t-1}}{K_{t-1}} + v \frac{Y_t}{K_t} \frac{G_t}{Y_t}$$

Fortsetzung Fußnote 2) von Seite 93:

folgt

$$I_t = u(Y_t - Y_{t-1}) + v \frac{G_{t-1}}{K_{t-1}} (Y_t - Y_{t-1}) + v \left(\frac{G_t}{K_t} - \frac{G_{t-1}}{K_{t-1}} \right) Y_t$$

bzw.

$$I_t = (Y_t - Y_{t-1}) \left(u + v \frac{G_{t-1}}{K_{t-1}} \right) + v \left(\frac{G_t}{K_t} - \frac{G_{t-1}}{K_{t-1}} \right) Y_t$$

wobei wegen

$$(2.23 a) \quad K_t = u Y_{t-1} + v \frac{G_{t-1}}{K_{t-1}} Y_{t-1}$$

$$\frac{K_t}{Y_{t-1}} = \left(u + \frac{G_{t-1}}{K_{t-1}} \right)$$

gilt, so daß sich die Investitionen als

$$I_t = (Y_t - Y_{t-1}) \frac{K_t}{Y_{t-1}} + v \left(\frac{G_t}{K_t} - \frac{G_{t-1}}{K_{t-1}} \right) Y_t$$

darstellen; aus dieser Formulierung folgt Ableitung (2, 25).

ableiten. Bei jeweils gegebenem Kapitalkoeffizienten (K_t/Y_t) bzw. gegebener -produktivität (Y_t/K_t) bestimmt die Kapitaleinkommensquote (G/Y) die Investitionsquote (I/Y). Parallel dazu (2.26) ist es möglich, die gesamtwirtschaftliche Sparquote ($S/Y = s$) als abhängige Variable der Funktionalverteilung zu deuten¹⁾, so daß sich

$$(2.27) \quad \frac{S_t}{Y_t} = s_L + (s_G - s_L) \frac{G_t}{Y_t}$$

ergibt. Die Spar-Investitionstheorie unterstellt dabei, daß sowohl zwischen der Investitionsquote (I/Y) als auch der gesamtwirtschaftlichen Sparquote (S/Y) und der Funktionalverteilung lineare Beziehungen bestehen. Dabei soll die Investitionsquote (I/Y)

- a) selbst im Extremfall, in dem die Kapitaleinkommensquote (G/Y) gleich Null ist, positiv und größer als die Sparquote aus Lohnneinkommen (s_L) sein, d. h.

$$(2.28) \quad s_L < \left(\frac{Y_t - Y_{t-1}}{Y_{t-1}} \right) \frac{K_t}{Y_t} - v \frac{G_{t-1}}{K_{t-1}}$$

gelten,

- b) bei zunehmender Kapitaleinkommensquote (G/Y) jedoch langsamer steigen als die gesamtwirtschaftliche Ersparnisbildung bzw. die Sparquote ($S/Y = s$), mithin

$$(2.29) \quad (s_G - s_L) > v \frac{Y_t}{K_t}$$

gelten.

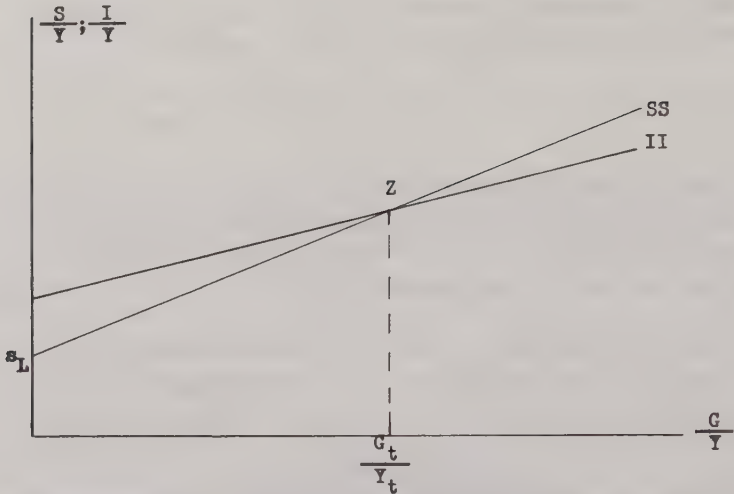
Diese Abhängigkeit gibt Abb. 2.4 wieder, aus der hervorgeht, daß die Funktionalverteilung (G/Y) dann eindeutig determinierbar ist.

1) Die gesamtwirtschaftliche Ersparnis (S) gibt (1.28)

$$S = s_L Y + (s_G - s_L) G$$

an.

Abbildung 2.4



Der Schnittpunkt (Z) von SS- und II-Kurve gibt den Wert an, den die Kapitaleinkommensquote (G/Y) annimmt; ex-post entspricht ihm die Funktionalverteilung stets, ex-ante nur im (Verteilungs-)Gleichgewicht.

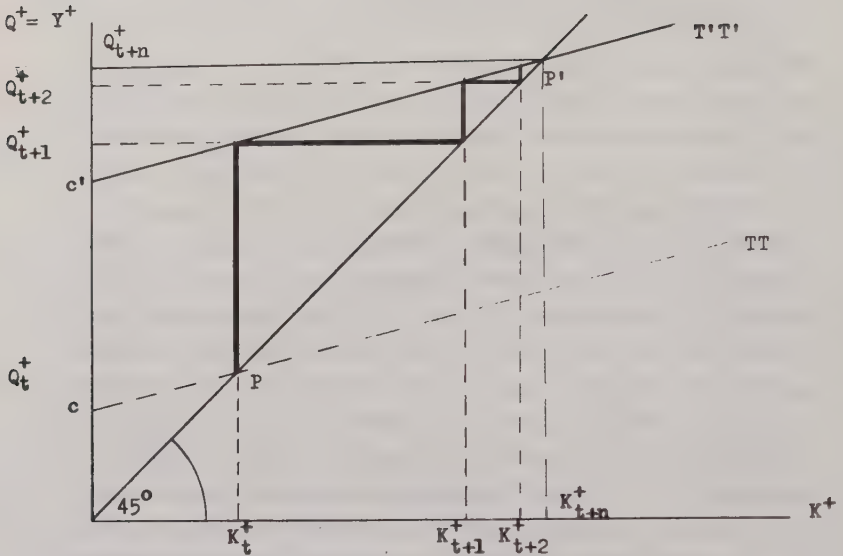
32. Ursachen und Effekte nichtstetigen Wachstums

Da sich die Betrachtung im vorausgegangenen darauf beschränkte, die Wechselbeziehungen zwischen jenen Größen aufzuzeigen, die nach Ansicht der Spar-Investitionstheorie endogen bestimmt sind, wurden andere Faktoren, die das Geschehen ebenfalls zu beeinträchtigen vermögen, vernachlässigt. Dabei gelten als exogen vorgegebene Variable sowohl die Fortschrittsfunktion, also die Fähigkeit, technische und organisatorische Verbesserungen hervorzubringen, und die Bereitschaft, diese Verbesserungen zu nutzen, als auch die Beschäftigungsstruktur; ihre Veränderungen beeinflussen die bereits bekannten Parameter, die natürliche Verzinsung (G/K) und das Nachfragewachstum.

321. Verschiebungen der Fortschrittsfunktion. Deren Einfluß auf die gesamtwirtschaftliche Produktivität, die Einkommensverteilung und die Vermögensstreuung

Obwohl die Faktoren, die Verlauf und Lage der Fortschrittsfunktion bestimmen, über längere Zeiträume hinweg konstant bleiben dürften, sind Veränderungen dieser Größen nicht auszuschließen, so daß sich die Relationen zwischen Produktivitätswachstum und Kapitalakkumulation verschieben. Die Anpassungsprozesse, die dadurch ausgelöst werden, lassen sich beispielhaft verdeutlichen, etwa dadurch, daß unterstellt wird, die Fortschrittsfunktion erreiche im Laufe der wirtschaftlichen Entwicklung ein höheres Niveau als das ursprünglich angenommene. Dadurch verliert der zunächst stetiges Wirtschaftswachstum charakterisierende Punkt (P) seine Bedeutung; an seine Stelle tritt ein anderer, wenn auch noch nicht realisierter Wert (P'). In ihm sollen sich 45°-Achse und Fortschrittsfunktion von nun an schneiden. Abbildung 2. 5, in der das ursprüngliche Niveau der Fortschrittsfunktion durch eine gestrichelte Linie gekennzeichnet ist, verdeutlicht die neue, von der Ausgangssituation der Untersuchung abweichende Lage. Dagegen wird auch weiterhin unterstellt, daß die Arbeitsbevölkerung konstant ist und Vollbeschäftigung herrscht; Volkseinkommen (Y) und Arbeitsproduktivität (Q) wachsen mit derselben Geschwindigkeit.

Abbildung 2.5 ¹⁾



Während der ursprüngliche Verlauf der Fortschrittsfunktion (TT-Kurve) von

$$(2.09) \quad Q^+ = c + b K^+$$

bestimmt ist, kennzeichnet ihn von nun an (T_1T_1 -Kurve)

$$(2.30) \quad Q^+ = c' + b K^+$$

wobei annahmegemäß

$$(2.31) \quad c' > c$$

1) In einer Fußnote weist Kaldor, N.: "A model of ...", S. 609, F.N. 2, ausdrücklich darauf hin, daß der konkave Kurvenverlauf der Fortschrittsfunktion seine Überlegungen widerspiegeln soll, während dem Gleichungssystem aus Gründen der Übersichtlichkeit ein linearer Verlauf zugrunde gelegt wird,

gilt¹⁾.

Sobald die Fortschrittsfunktion ihr neues, höheres Niveau erreicht hat, ohne daß die Kapitalakkumulation sogleich beschleunigt wird, d. h. noch

$$K^+ = K_t^+$$

gilt, wächst das Volkseinkommen schneller als der Produktionsapparat. Der Kapitalkoeffizient (K/Y) sinkt, die Veränderungen der Funktion lassen den technischen Fortschritt kapitalsparend erscheinen.

Abbildung 2. 5 gibt (in der Treppenkurve) zu erkennen, welche Wachstumseffekte zu erwarten sind, wenn die "Unternehmer" ihre Produktionsanlagen im jeweiligen Untersuchungszeitraum (t) mit derselben Geschwindigkeit ausbauen, mit der das Volkseinkommen (= Nachfrage) in der Vorperiode zugenommen hat ($t - 1$), d. h. wenn

$$(2.32) \quad K_t^+ = Q_{t-1}^+; K_{t-1}^+ = Q_t^+; \dots; K_{t+n}^+ = Q_{t+n-1}^+$$

unterstellt wird. Darüber hinaus verdeutlicht Abbildung 2. 5, daß die Akkumulationsrate von Periode zu Periode höhere Werte annimmt. Parallel dazu verringert sich die Differenz zwischen dieser Rate (K^+) und der Wachstumsrate des Einkommens (Q^+), denn es gilt

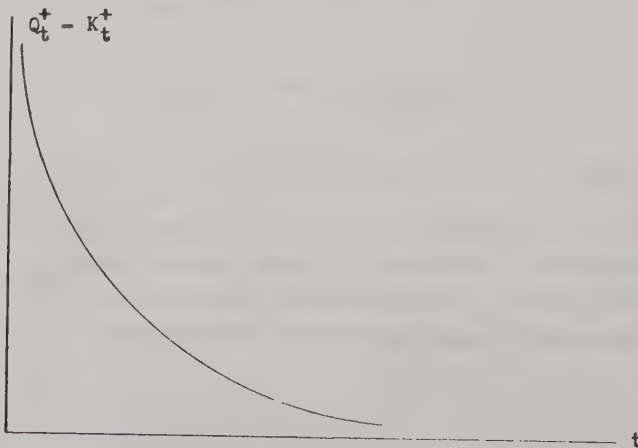
$$(2.33) \quad K_t^+ - K_t^+ > Q_{t+1}^+ - K_{t+1}^+ > \dots > Q_{t+n}^+ - K_{t+n}^+ = 0.$$

1) Nach der Erhöhung des Niveaus der Fortschrittsfunktion sollen nicht nur die Kapazitätseffekte der Nettoinvestitionen, sondern auch jene der Reinvestitionen gegenüber jenen zunehmen, die vor der Verschiebung der Funktion auftraten; die Größen c und c' verdeutlichen diesen Zusammenhang.

Diese Formulierung kennzeichnet einen Prozeß, in dessen Verlauf der Kapitalkoeffizient (K/Y) abnimmt. Die absoluten Veränderungen, die diese Größe (K/Y) von Periode zu Periode erfährt, verringern sich allerdings mit zunehmender Beschleunigung des Wachstumsprozesses und gehen gegen Null. Die zeitliche Abhängigkeit zwischen den Differenzen von Wachstumsrate des Einkommens (Q^+) und Akkumulationsrate (K^+) sowie deren Einfluß auf die Veränderungen des Kapitalkoeffizienten (K/Y) kennzeichnet Abbildung 2.6; dabei gilt entsprechend (2.33)

$$(2.34) \quad \frac{K}{Y} = f\left(\frac{K^+}{Q^+}\right) \text{ bei } f'\left(\frac{K^+}{Q^+}\right) < 0$$

Abbildung 2.6



Da der Akzeleratorprozeß, den die Theorie unterstellt (Gl. 2.24, S. 93, Gl. 2.25, S. 93 und Gl. 2.26, S. 94), bei diesen Überlegungen vernachlässigt wurde, dürften Abbildung 2.5 und Formulierung (2.33) die tatsächlich zu erwartende Entwicklung nur näherungsweise wiedergeben; die Veränderungen, denen die (natürliche) Verzinsung

im Anschluß an Erhöhungen des Niveaus der Fortschrittsfunktion unterworfen ist, beeinflussen die erörterten Anpassungsvorgänge ebenfalls. Dabei wird der genannte Parameter (G/K) zunehmen, solange die Kapitalproduktivität (Y/K) steigt und die Kapitaleinkommensquote (G/Y)

$$(1.29) \quad \frac{G}{Y} = \frac{1}{s_G - s_L} \frac{I}{Y} - \frac{s_L}{s_G - s_L}$$

nicht sinkt, denn es gilt

$$(2.35) \quad \frac{G}{K} = \frac{Y}{K} \frac{G}{Y}.$$

Mögliche Veränderungen der Einkommensverteilung (G/Y) werden wiederum von der Investitionsquote (I/Y)

$$(2.25) \quad \frac{I_t}{Y_t} = \frac{Y_t - Y_{t-1}}{Y_{t-1}} \frac{K_t}{Y_t} + v \left(\frac{G_t}{K_t} - \frac{G_{t-1}}{K_{t-1}} \right)$$

bestimmt,

Die Entwicklung, der diese Quote (I/Y) unterworfen ist, wenn die Kapitalproduktivität (Y/K) steigt bzw. der Kapitalkoeffizient (K/Y) sinkt, geht unmittelbar aus der Investitionsfunktion

$$(2.23 a) \quad K_t = u Y_{t-1} + v \frac{G_{t-1}}{K_{t-1}} Y_{t-1}$$

bzw.

$$(2.23 b) \quad K_{t+1} = u Y_t + v \frac{G_t}{K_t} Y_t$$

hervor, denn unter Beachtung der dort unterstellten Zusammenhänge gilt

$$(2.36) \quad \frac{I_t}{Y_t} = \left(u - \frac{K_t}{Y_t}\right) + \left(v \frac{Y_t}{K_t}\right) \frac{G_t}{Y_t} \quad 1)$$

Die Investitionsquote wird bei jeweils gegebener Funktionalverteilung (G/Y) zunehmen²⁾.

Da sich die Einkommensverwendung zugunsten der Investitionstätigkeit verschiebt, wird die Kapitaleinkommensquote (G/Y) zunehmen und zusammen mit der positiven Veränderung der Kapitalproduktivität (Y/K) zu einem Anstieg der (natürlichen) Verzinsung (G/K) führen. Dadurch erhöht sich die Investitionsquote (I/Y) abermals, so daß sich die Wirtschaft schneller als ursprünglich angenommen (Abb. 2, 5; Gl. 2.33) dem (neuen) Stadium stetigen Wachstums nähert. Im Zuge dieses Anpassungsprozesses nehmen die Veränderungen, denen die Wachstumsraten von Produktivität (Q^+) , Volkseinkommen (Y^+) und Kapitalakkumulation (K^+) sowie die Werte von Investitionsquote (I/Y) , Kapitaleinkommensquote (G/Y) , Kapitalproduktivität (Y/K) und (natürlicher) Verzinsung (G/Y) unterworfen sind, ab und gehen gegen Null.

Verschiebungen der Fortschrittsfunktion beeinflussen allerdings nicht nur die bereits genannten Größen, sondern auch die Querverteilung des Einkommens

$$(1.22) \quad \frac{Y_U}{Y} = \frac{s - s_A}{s_U - s_A}$$

1) Da sich die Investitionen als

$$I_t = K_{t+1} - K_t$$

ergeben, gilt

$$I_t = u Y_t - K_t + v \frac{G_t}{K_t} Y_t,$$

so daß unter Beachtung von (2.35) Ableitung (2.36) folgt.

- 2) Den Einfluß, den ein sinkender Kapitalkoeffizient bzw. eine steigende Kapitalproduktivität bei jeweils gegebener Funktionalverteilung auszuüben vermag, verdeutlicht Abbildung 2.4, S. 96; dort erhöht sich sowohl das Niveau als auch die Steigung der Π -Kurve.

und die Vermögensstreuung

$$(1.27) \quad \frac{K_A}{K_U} = \frac{s_A (s_U - s)}{s_U (s - s_A)} \quad 1)$$

die sich zugunsten der "Unternehmer" ändern werden, wenn die Investitionsquote ($I/Y = s$) höhere Werte erreicht. Damit löst die Beschleunigung des Einkommenswachstums Effekte aus, die sowohl aus verteilungs- als auch vermögenspolitischer Sicht unerwünscht sind,

Abschließend bleibt darauf zu verweisen, daß Anpassungsprozesse, wie sie hier erörtert worden sind, auch dann, allerdings mit umgekehrten Vorzeichen, stattfinden, wenn die Fortschrittsfunktion ein niedrigeres als das ursprünglich unterstellte Niveau annimmt; eine gesonderte Analyse erübrigt sich daher.

322. Bevölkerungswachstum und Veränderungen der Beschäftigungsstruktur. Die Verlagerung der Beschäftigungsstruktur zugunsten der "abhängig Beschäftigten"

Sämtliche Aussagen über die evolutorische Wirtschaft, die bis hierher erarbeitet worden sind, beruhen u. a. auf der, allerdings nur implizit getroffenen, Annahme einer konstanten (Arbeits-)Bevölkerung; nur dann ist der Prozeß stetigen Wachstums dadurch gekennzeichnet, daß Volkseinkommen (Y), (Arbeits-)Produktivität (Q) und Kapitalstock (K) mit derselben Geschwindigkeit zunehmen, d. h.

$$(2.37) \quad Y^+ = Q^+ = K^+$$

- 1) Jeder Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Sparquote beeinflusst Zähler und Nenner dieses Ausdrucks; während der Zähler abnimmt, steigt der Nenner.

gilt. Dabei geben diese Raten ihrerseits an, wie schnell die Kapitalintensivierung (dK/dB) steigt, deren Entwicklung Formulierung

$$(2.38) \quad \frac{1}{K/B} \frac{d(K/B)}{dt} = K^+$$

bei konstanter (Arbeits-)Bevölkerung (B) wiederzugeben vermag. Wird dagegen unterstellt, daß die (Arbeits-)Bevölkerung (B) wächst, d. h.

$$(2.39) \quad B^+ > 0$$

vorausgesetzt, stimmen Kapitalakkumulation (K^+) und Kapitalintensivierung ($d(K/B)/(K/B)$) nicht mehr überein.

Die Geschwindigkeit, mit der das Gesamteinkommen zuzunehmen vermag, wird ebenfalls von der Entwicklung der (Arbeits-)Bevölkerung¹⁾ beeinflusst; seine Zuwachsrate (Y^+) wird bei stetigem Wachstum zwar der Akkumulationsrate (K^+), nicht jedoch dem Produktivitätsfortschritt (Q^+) entsprechen. Bei konstantem Kapitalkoeffizienten (K/Y) tritt

$$(2.40) \quad Y^+ = K^+ > Q^+$$

an die Stelle von (2.37). Daraus ergeben sich weittragende Konsequenzen für den Ausbau des Produktionsapparates.

Die Akkumulationsrate (K^+) erhöht sich gegenüber den ursprünglichen Überlegungen ($B^+ = 0$) um die Zuwachsrate der (Arbeits-)Bevölkerung (B^+) und übertrifft damit die Geschwindigkeit, mit der die Kapitalintensität (K/B) zunimmt; unter Beachtung von (2.40) tritt

$$(2.41) \quad K^+ = \frac{1}{K/B} \frac{d(K/B)}{dt} + B^+ \quad 2)$$

1) Kaldor, N.: "A model of ...", S. 614 ff.

2) Für die Kapitalintensität (als Bestandsgröße) gilt

$$(K/B) = f(K/B)$$

und deren Veränderungen

$$\frac{d(K/B)}{dt} = \frac{K}{B} \left(\frac{1}{K} \frac{dK}{dt} - \frac{1}{B} \frac{dB}{dt} \right),$$

so daß schließlich (2.41) folgt.

an die Stelle von (2. 38). Ungeachtet dessen ist stetiges Wachstum dadurch gekennzeichnet, daß die Zuwachsraten von Volkseinkommen (Y^+) und Produktionsapparat (K^+) übereinstimmen und sich weder der Kapitalkoeffizient (K/Y) noch die (natürliche) Verzinsung (G/K) ändern; die Strömungsgrößen erhöhen sich allerdings um die Wachstumsrate der (Arbeits-)Bevölkerung (B^+).

Dieses Ergebnis beruht einmal auf der bereits erwähnten Annahme, das gruppenspezifische Sparverhalten ($s_A; s_U$) bleibe konstant, d. h. der Annahme, es gelte

$$(2. 42) \quad \frac{1}{s_A} \frac{ds_A}{dt} = \frac{1}{s_U} \frac{ds_U}{dt} = 0 ,$$

und zum anderen darauf, daß implizit unterstellt ist, die Beschäftigungsstruktur, d. h. das Verhältnis zwischen dem zahlenmäßigen Umfang der Gruppe der "abhängig Beschäftigten" (A) und jenem der "Unternehmer" (U) verändere sich trotz insgesamt zunehmender (Arbeits-)Bevölkerung (B) nicht. Da die Arbeitsleistung der "abhängig Beschäftigten" zum selben Satz (1) wie jene der "Unternehmer" entlohnt werden soll, mithin immer noch

$$(1. 11) \quad 1 = \frac{L}{B} = \frac{L_A}{A} = \frac{L_U}{U}$$

unterstellt ist, verschiebt sich die Verteilung des Arbeitseinkommens nicht, so daß

$$(2. 43) \quad L^+ = L_A^+ = L_U^+$$

gilt und die relative Ersparnis aus Arbeitseinkommen

$$(1. 28 \text{ a}) \quad s_L = \frac{s_A L_A + s_U L_U}{L}$$

konstant bleibt. Darin besteht jedoch eine jener Voraussetzungen dafür, daß sich Funktionalverteilung (G/Y) (Gl. 1. 30) und (natürliche) Verzin-

sung (G/K)

$$(1.32) \quad \frac{G}{K} = \frac{1}{s_G - s_L} \frac{I}{K} - \frac{s_L}{s_G - s_L} \frac{Y}{K}$$

nicht ändern.

Störungen des stetigen Wirtschaftswachstums sind dagegen trotz konstantem Kapitalkoeffizienten (K/Y) und gruppenspezifischem Sparverhalten (s_A ; s_U) zu erwarten, wenn sich die Beschäftigungsstruktur (U/A) verschiebt, d. h.

$$(2.44) \quad \frac{U}{A} \frac{dA}{dU} \neq 0$$

unterstellt wird.

3221. Die Veränderungen der Sparquote aus Arbeitseinkommen und deren Effekte auf die gesamtwirtschaftliche Ersparnis¹⁾

Geht man etwa davon aus, daß die zahlenmäßige Stärke der Gruppe der "Unternehmer" (U) im Laufe des Bevölkerungswachstums relativ zurückgeht, d. h. wird

$$(2.45) \quad \frac{1}{U} \frac{dU}{dt} < \frac{1}{B} \frac{dB}{dt} < \frac{1}{A} \frac{dA}{dt} \quad 2)$$

1) Weder Kaldor, N.: "Alternative Theories ...", der letztlich davon ausgeht, daß die Sparquote der "abhängig Beschäftigten" (s_A) gleich Null ist, noch Pasinetti, L. L.: "Rate of Profit and ...", disaggregieren das Einkommen der "Unternehmer" (Y_U), so daß sich das Problem, daß Veränderungen der Beschäftigungsstruktur die Einkommensverteilung zu beeinflussen vermögen, für beide Autoren nicht stellt.

2) Die Annahme, daß die Gruppe der "Unternehmer" relativ abnimmt, scheint, mindestens für die Bundesrepublik, gerechtfertigt, während z. B. im Jahre 1950 6.4 Mio. Selbständige (einschl. Mithelfende Familienangehörige) und 13.96 Mio. Abhängig Beschäftigte zu verzeichnen waren, ändert sich die Beschäftigungsstruktur bis zum Jahre 1965 erheblich: in jenem Jahr beträgt die Relation dieser Gruppen zueinander 5.3 : 21.4; Statistisches Jahrbuch 1966, S. 148

unterstellt, so wächst das Arbeitseinkommen dieser Gruppe (L_U) bei einheitlicher Entlohnung der Arbeitsleistung sämtlicher Beschäftigten (1. 11) langsamer als jenes der "abhängig Beschäftigten" (L_A); entsprechend (2. 45) gilt dann

$$(2. 46) \quad L_U^+ < L^+ < L_A^+.$$

Da die Sparquote der "abhängig Beschäftigten" (s_A) annahmegemäß niedriger als jene der "Unternehmer" (s_U) ist, d. h. weil

$$(1. 14) \quad s_A < s_U$$

weiterhin gelten soll, löst jede Veränderung der Verteilung des Arbeitseinkommens in der hier unterstellten Richtung (2. 45) einen relativen Rückgang der Ersparnisse aus diesem Einkommen (S_L) aus.

Diese Abhängigkeiten zwischen der Beschäftigungsstruktur (U/A) und der Sparquote aus Arbeitseinkommen

$$(1. 28 \text{ a}) \quad s_L = \frac{s_A L_A + s_U L_U}{L}$$

mag

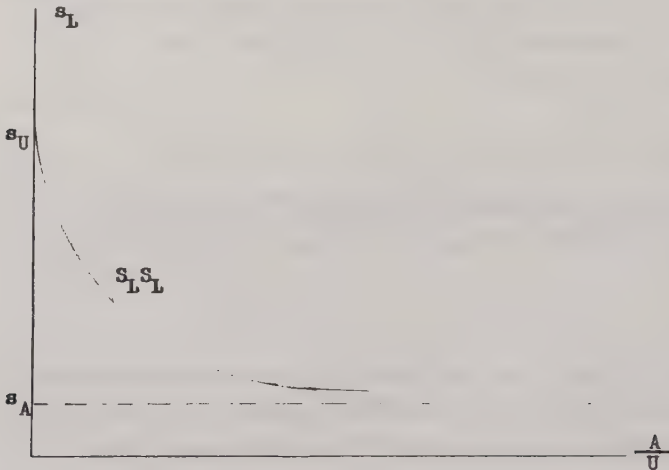
$$(2. 47) \quad s_L = f\left(\frac{s_A L_A}{s_U L_U}\right) \text{ für } f'\left(\frac{s_A L_A}{s_U L_U}\right) < 0$$

oder, unter Beachtung der Konstanz des gruppenspezifischen Sparverhaltens und der einheitlichen Entlohnung,

$$(2. 48) \quad s_L = c' \cdot f\left(\frac{A}{U}\right) \text{ für } f'\left(\frac{A}{U}\right) < 0$$

verdeutlichen. In Abbildung 2. 7 gibt die $S_L S_L$ -Kurve diesen Zusammenhang zwischen der Beschäftigungsstruktur (A/U) und der Sparquote aus Arbeitseinkommen (s_L) wieder, die sich sowohl der relativen Ersparnisbildung der "abhängig Beschäftigten" (s_A) als auch jener der "Unternehmer" (s_U) asymptotisch zu nähern vermag.

Abbildung 2.7



Da die gesamtwirtschaftliche Sparquote

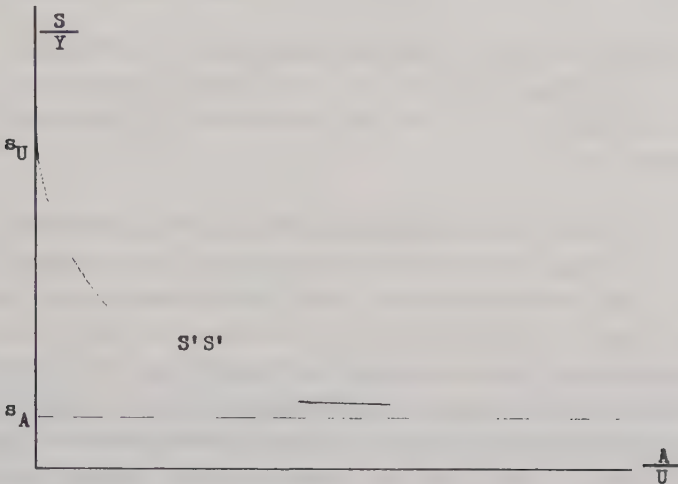
$$(2.27) \quad \frac{S}{Y} = s_L + (s_G - s_L) \frac{G}{Y}$$

ihrerseits von der Sparquote aus Arbeitseinkommen (s_L) mitbestimmt wird, wird sie (S/Y) bei jeweils gegebener Funktionalverteilung (G/Y) abnehmen, sobald sich die Beschäftigungsstruktur in der hier unterstellten Richtung (2.45) ändert. Damit entspricht der Einfluß, den diese Größe (U/A) auf die gesamtwirtschaftliche Sparquote ausübt, grundsätzlich jenem auf die Sparquote aus Arbeitseinkommen; analog der dort angegebenen Beziehung (2.47) gilt

$$(2.49) \quad \frac{S}{Y} = c''' f\left(\frac{A}{U}\right) \text{ für } f'\left(\frac{A}{U}\right) < 0.$$

Das verdeutlicht wiederum Abbildung 2.8, in der, im Gegensatz zu Abbildung 2.7, die ($S'S'$)-Kurve die Wechselbeziehungen zwischen der Beschäftigungsstruktur (A/U) und der gesamtwirtschaftlichen Sparquote (S/Y),

Abbildung 2.8



die sich ebenfalls sowohl der relativen Ersparnisbildung der "abhängig Beschäftigten" (s_A) als auch jener der "Unternehmer" (s_U) asymptotisch zu nähern vermag, erkennen läßt.

Offen bleibt bei dieser Analyse, ob es gerechtfertigt ist anzunehmen, die Kapitaleinkommensquote (G/Y) bleibe konstant. Möglicherweise löst die Verschiebung der Beschäftigungsstruktur weitere Veränderungen aus.

3222. Die Entwicklung der Einkommensverteilung und der Investitionsquote

Wird unterstellt, daß die gesamtwirtschaftliche Sparquote tatsächlich niedrigere Werte annimmt, so beeinflussen Verschiebungen der Beschäftigungsstruktur in der hier unterstellten Richtung *cet. par.* die Querverteilung

$$(1.22) \quad \frac{Y_U}{Y} = \frac{s - s_A}{s_U - s_A}$$

unmittelbar zugunsten der "abhängig Beschäftigten". Das Einkommen der "Unternehmer" (Y_U) nimmt relativ ab. Dabei ist allerdings ungeklärt, ob es wahrscheinlich ist, daß die Sparquote (S/Y) tatsächlich abnehmen wird.

Die Verschiebung der Beschäftigungsstruktur zugunsten jener Gruppe mit der niedrigeren Sparquote droht bei gegebenem Einkommenswachstum zu einem überproportionalen Anstieg der Konsumnachfrage zu führen, so daß die Durchführung der Investitionsvorhaben, die die "Unternehmer" planen, gefährdet scheint. Der Konflikt zwischen den Einkommensverwendungsabsichten der unterschiedlichen Gruppen bricht wieder auf; die gesamtwirtschaftliche Ersparnisbildung genügt der Investitionsnachfrage ex-ante nicht. Die Verteilungseffekte, die dadurch ausgelöst werden, können als bekannt vorausgesetzt werden; der Rückgang der relativen Ersparnisbildung aus Arbeitseinkommen (s_L) führt cet. par. zu einer, wiederum relativen, Zunahme des Kapitaleinkommens (G), denn es gilt

$$(1.30) \quad \frac{G}{Y} = \frac{1}{s_G - s_L} \frac{I}{Y} - \frac{s_L}{s_G - s_L} ,$$

die Kapitaleinkommensquote (G/Y) steigt.

Da die natürliche Verzinsung

$$(1.32) \quad \frac{G}{K} \left(= \frac{Y}{K} \frac{G}{Y} \right) = \frac{1}{s_G - s_L} \frac{I}{K} - \frac{s_L}{s_G - s_L} \frac{Y}{K}$$

ihrerseits von dieser Quote (G/Y) und deren Entwicklung mitbestimmt wird, beeinflußt die Verschiebung der Beschäftigungsstruktur (U/A) die Verzinsung ebenfalls. Sobald die Sparquote aus Arbeitseinkommen (s_L)

sinkt, steigt der natürliche Zins (G/K). Von dessen Höhe und Entwicklung hängt die Investitionsnachfrage ab; die Investitionsquote

$$(2.25) \quad \frac{I_t}{Y_t} = \frac{Y_t - Y_{t-1}}{Y_{t-1}} \cdot \frac{K_t}{Y_t} + v \left(\frac{G_t}{K_t} - \frac{G_{t-1}}{K_{t-1}} \right)$$

nimmt *cet. par.* zu,

Auf Grund dieses Anstiegs ändert sich die Querverteilung

$$(1.22) \quad \frac{Y_U}{Y} = \frac{s - s_A}{s_U - s_A}$$

zugunsten der "Unternehmer", deren Anteil an der volkswirtschaftlichen Ersparnisbildung daraufhin zunimmt. Parallel dazu wird die Verteilung des Vermögenszuwachses zu Lasten der "abhängig Beschäftigten" beeinträchtigt; die Vermögensstreueung

$$(1.27) \quad \frac{K_A}{K_U} = \frac{s_A(s_U - s)}{s_U(s - s_A)}$$

ändert sich. Dieser Effekt ähnelt jenem, der im Anschluß an Niveauerhöhungen der Fortschrittsfunktion zu verzeichnen war.

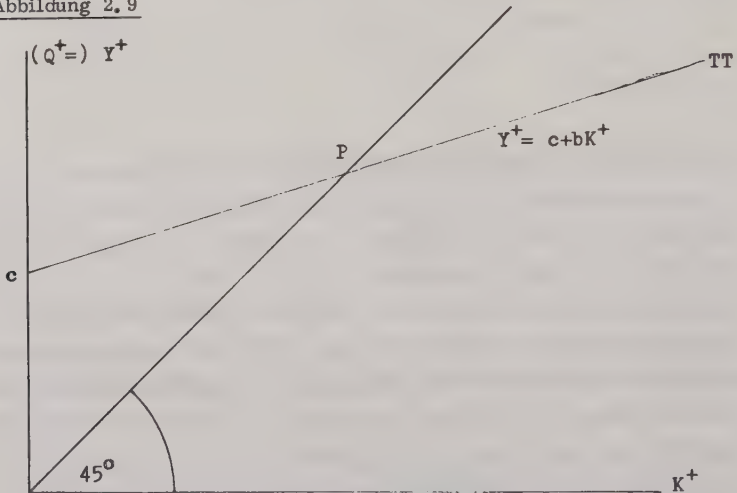
Befindet sich die Wirtschaft vor Beginn der Verschiebungen der Beschäftigungsstruktur im Stadium stetigen Wachstums, d. h. im Schnittpunkt von Fortschrittsfunktion (TT-Kurve) und 45° -Achse, so wird sie diese Phase verlassen, denn der Anstieg der (natürlichen) Verzinsung (G/K) dürfte zur Beschleunigung der Kapitalakkumulation ($K^+ = I/K$) führen. Diese Zusammenhänge verdeutlicht die Investitionsfunktion (2.25) in der Formulierung

$$(2.50) \quad \frac{I_t}{K_t} = \frac{Y_t - Y_{t-1}}{Y_{t-1}} + v \left(\frac{G_t}{K_t} - \frac{G_{t-1}}{K_{t-1}} \right) \frac{Y_t}{K_t} \quad 1)$$

1) Dieser Ausdruck folgt unmittelbar aus der Investitionsfunktion (2.25), s. o., und ergibt sich durch deren Multiplikation mit der Kapitalproduktivität (Y/K).

Dadurch beginnt, wie Abbildung 2.9 erkennen läßt, der Kapitalkoeffizient (K/Y) zu-, bzw. die Kapitalproduktivität (Y/K) abzunehmen.

Abbildung 2.9



Schließlich dürfte ein Punkt erreicht werden, an dem die positiven Effekte, die der Anstieg der Kapitaleinkommensquote (G/Y) auf die Verzinsung (G/K) anfänglich auszuüben vermochte, von der Zunahme des Kapitalkoeffizienten kompensiert werden. Die Verzinsung beginnt, wieder zu sinken. Gleichung (2.50) läßt erkennen, daß die Akkumulation ebenfalls niedrigere Werte als die zwischenzeitlich erreichten annehmen wird.

Diesen Zusammenhang bestätigt die Investitionsfunktion

$$(2.25) \quad \frac{I_t}{Y_t} = \frac{Y_t - Y_{t-1}}{Y_{t-1}} \frac{K_t}{Y_t} + v \left(\frac{G_t}{K_t} - \frac{G_{t-1}}{K_{t-1}} \right) .$$

Das relativ (zur Akkumulationsrate) niedrige Einkommenswachstum (vgl. Abb. 2.9) und die abnehmende (natürliche) Verzinsung üben negative Effekte auf die Investitionsquote aus, denen lediglich die positiven Wirkungen des steigenden Kapitalkoeffizienten (K/Y) gegenüberstehen.

Parallel zum relativen Rückgang der Investitionstätigkeit wird die Kapitaleinkommensquote (G/Y) wieder abnehmen, so daß die (natürliche) Verzinsung

$$\frac{G}{K} = \frac{Y}{K} \frac{G}{Y}$$

abermals negativen Einflüssen unterworfen wird. Dadurch erfährt der Anpassungsprozeß (an ein Stadium stetigen Wachstums), den die Veränderungen der Beschäftigungsstruktur auszulösen vermochten, eine Beschleunigung.

Während diese Analyse ebenso wie jene der Wachstumseffekte von Niveauveränderungen der Fortschrittsfunktion davon ausgehen konnte, daß den Wirtschaftssubjekten - im Modell, vermutlich jedoch auch in der Realität - die Ursachen etwa eines Anstiegs der gesamtwirtschaftlichen Verzinsung verborgen bleiben, erscheint eine derartige Annahme nicht gerechtfertigt, wenn vermögenspolitisch motivierte Eingriffe in den Wirtschaftsablauf und deren Wirkungen untersucht werden sollen, denn solchen Maßnahmen geht eine öffentliche Diskussion voraus; in ihr wird auch auf die voraussichtlichen Effekte, etwa jene auf die Verzinsung, hingewiesen. Diese Kenntnis veranlaßt die "Unternehmer" möglicherweise, auf Veränderungen ihrer Orientierungsdaten anders als bisher unterstellt zu reagieren.

4. DRITTER HAUPTTEIL

Korrekturen der Vermögensstreuung und deren Beschäftigungs- und Wachstumseffekte. Eine Analyse gesellschaftspolitisch motivierter Eingriffe in den wirtschaftlichen Wachstumsprozeß

Folgt man den Thesen der Spar-Investitionstheorie, so bestimmen Einkommensverwendung (I/Y bzw. C/Y) und Sparverhalten unterschiedlicher Einkommensempfänger die Vermögensstreuung (K_A/K_U), so daß sich deren Wert langfristig und bei stetigem Wachstum als

$$(3.01) \quad \frac{K_A}{K_U} = \frac{s_A(s_U - I/Y)}{s_U(I/Y - s_A)} \quad 1)$$

darstellt. Dabei geht das Modell von der Vorstellung aus, daß lediglich zwei verschiedenartige Gruppen von Einkommensempfängern bestehen, die der "abhängig Beschäftigten" und die der "Unternehmer", deren Sparverhalten voneinander abweicht. Dieses Verhalten wird seinerseits durch lineare Sparfunktionen wiedergegeben, wobei das Verhältnis der sich dann ergebenden Sparquoten zueinander durch

$$(3.02) \quad 0 < s_A < s_U \quad 2)$$

gekennzeichnet sein soll.

Obwohl diese Annahme (3.02) die Realität nur annäherungsweise³⁾ widerzuspiegeln vermag, dürfte zu erkennen sein, daß sämtliche Bemühun-

- 1) Diese Formulierung entspricht der bereits weiter oben abgeleiteten Gleichung (1.27)

$$\frac{K_A}{K_U} = \frac{s_A(s_U - s)}{s_U(s - s_A)}$$

wobei im Gleichgewicht ex-ante $s = I/Y$ gilt. Vgl. S. 54

- 2) Dieser Ausdruck ergibt sich aus den Annahmen (1.14) ($s_A = s_U$) und (1.23 b) ($s_A = 0$).

- 3) "Wenn diese beiden Sozialgruppen in sich auch nicht homogen sind - die Unselbständigen (hier: "abhängig Beschäftigten") reichen vom Gelegenheitsarbeiter bis zum Generaldirektor, die Selbständigen (hier: "Unternehmer") vom Kleingewerbetreibenden bis zum Großunternehmer -, so zeigen sich doch im ganzen gesehen deutliche Unterschiede in ihren ökonomischen Verhaltensweisen und besonders in ihrem Sparverhalten"; Exo, R.: "Die Entwicklung der sozialen und ökonomischen Struktur ...", S. 22

gen, die die Verteilung des Vermögenszuwachses (dK/dt) zugunsten der "abhängig Beschäftigten" zu korrigieren suchen, bei jeweils gegebener Investitionsquote (I/Y) darauf gerichtet sein müssen, die Sparfähigkeit dieser Gruppe zu fördern, d. h. relativ zu erhöhen. Die Sparinvestitionstheorie selbst setzt sich allerdings nicht mit den Möglichkeiten auseinander, wie eine breitere Vermögensstreuung zu erreichen ist. Welche Beschäftigungs- und Wachstumseffekte in der Folge von Korrekturen der Vermögenspolitik zu erwarten sind, bleibt offen.

41. Möglichkeiten zur Korrektur der Vermögensstreuung. Die Umverteilung bereits vorhandener Vermögensmassen und die Beeinflussung der Verteilung des Vermögenszuwachses

Grundsätzlich dürften zwei generell voneinander abweichende Alternativen gegeben sein, mit Hilfe derer sich Korrekturen an einer einmal entstandenen Vermögensstreuung vornehmen lassen, die Enteignung und Neuverteilung bereits bestehender Vermögensmassen einerseits und die Einflußnahme auf die Verteilung des für die Zukunft zu erwartenden Vermögenszuwachses andererseits. Möglichkeiten, die erste dieser Alternativen zu realisieren, bieten sich etwa in Form von Erhöhungen der Erbschafts- und der Besitzbesteuerung; der Deist-Plan¹⁾ und, in neuester Zeit erst, die Vorstellungen des SPD-Unterbezirks Hessen-Süd²⁾ deuten in

- 1) Eine wirksamere Erbschaftsbesteuerung stellt nur eine jener Maßnahmen dar, die Deist fordert, der darüber hinaus eine massive Besteuerung der Großunternehmen und ihres Vermögenszuwachses vorschlägt; SPD (Hrsg.): "Das war Hannover", S. 40; Halbach, E.: "Vermögensbildung der Arbeitnehmer", S. 40 f.
- 2) Die Vorschläge und Forderungen des SPD-Unterbezirks Hessen-Süd knüpfen an jene Vorstellungen an, die der Deist-Plan enthält, d. h. die auf dem SPD-Parteitag 1960 verabschiedet wurden; die Erbschaftsbesteuerung soll jetzt jedoch in zwei Schritten erfolgen, einer Nachlaßsteuer (progressive Besteuerung des gesamten Nachlasses) sowie einer Erbanfallsteuer (anschließende progressive Besteuerung des auf den einzelnen Erben entfallenden Erbanteils nach Verwandtschaftsgrad); daneben wird eine Fülle weiterer Maßnahmen gefordert, etwa die Besteuerung von Spekulationsgewinnen; "Wirksamere Erbschaftssteuer bei Großvermögen", Bericht über die Anträge, die der SPD-Unterbezirk Hessen-Süd auf dem Bundesparteitag der SPD 1970 in Saarbrücken vorlegte, S. 20

diese Richtung¹⁾. Um eine Veräußerung bereits vorhandener Vermögensmassen zu erreichen, ist indes eine Steuerbelastung erforderlich, die das jeweils potentielle Sparen übersteigt; ist das nicht der Fall, so wird lediglich die Bildung neuen Vermögens verhindert.

Das Mehraufkommen aus einer derartigen Steuer ließe sich einmal fiskalisch nutzen. Dadurch wird es bei gesamtwirtschaftlich konstanter Steuerlastquote möglich, die steuerliche Inanspruchnahme von Beziehern niedrigerer Einkommen zu senken und deren Sparfähigkeit zu erhöhen; diese Gruppe dürfte mit jener identisch sein, deren Vermögensbildung es zu fördern gilt. Offen bleibt allerdings, ob

- a) die Bezieher niedrigerer Einkommen gewillt sind, zusätzliche Ersparnisse zu bilden, und ob
- b) diese Ersparnis dem (Produktiv-)Vermögen entspricht, zu dessen Aufgabe jene gezwungen sind, zu deren Lasten die Steuern erhöht werden.

Andere Überlegungen gehen davon aus, daß jene Mittel, die über die zusätzliche Erbschafts- und Besitzbesteuerung aufgebracht werden, an neu einzurichtende Vermögenssammelstellen zu leiten sind. Derartige Fonds hätten dann ihrerseits Anteilscheine auszugeben, die die Bezieher niedrigerer Einkommen, auf freiwilliger Basis, erwerben könnten. Dabei ließe sich die Vermögensbildung der Arbeitnehmer dadurch fördern, daß das Entgelt für derartige Anteilsrechte unter dem Wert läge, den diese verkörpern.

-
- 1) Die Privatisierung von bundeseigenem Vermögen gehört nicht hierhin, da es sich nicht um privates Vermögen handelt.
 - 2) "Wirksamere Erbschaftssteuer ...", Bericht über die Anträge ..., S. 20; dieser Fonds soll die Aufgabe zugewiesen bekommen, festverzinsliche "Volks-Schatzanweisungen" auszugeben bzw. zu verkaufen, moderne Sozialeinrichtungen zu fördern sowie die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß das Recht auf gleiche Bildungschancen realisierbar wird.

Im Gegensatz zu diesen Plänen, die die bereits vorhandenen Großvermögen in ihre Überlegungen einbeziehen, sieht die Mehrheit¹⁾ jener, die sich mit Fragen der Vermögensstreuung auseinandersetzt, die Einflußnahme auf die Verteilung des Vermögenszuwachses als die eigentliche Aufgabe der Gesellschaftspolitik an. Dem dürfte die Erkenntnis zugrunde liegen, daß es in einer wachsenden Wirtschaft langfristig erfolgversprechender ist, die unterschiedlichen Möglichkeiten einzelner sozialer Gruppen, Ersparnisse zu bilden, zu nivellieren und dadurch die Vermögensstreuung zu korrigieren. Dieser Einsicht verschließen sich allerdings auch jene nicht, die die Umverteilung vorhandener Vermögensmassen vorschlagen; sowohl Deist als auch der SPD-Unterbezirk Hessen-Süd betrachten die Stärkung der Sparfähigkeit der Arbeitnehmer als die vordringlich zu lösende Aufgabe, so daß es gerechtfertigt erscheint, die nachfolgenden Erörterungen auf diese Alternative, - die Einflußnahme auf die Verteilung des Vermögenszuwachses - und die in ihrem Rahmen erforderlichen Maßnahmen zu konzentrieren.

Alle Bemühungen, die der Realisierung dieses Ziels dienen sollen, haben sich auf die Zeitspanne zwischen Einkommensentstehung und -verwendung zu richten, wobei die eigentliche Aufgabe der Vermögenspolitik darin bestehen dürfte, entweder die Sparwilligkeit oder, parallel zu dieser, die Sparfähigkeit der "abhängig Beschäftigten" zu erhöhen. Alle Anstrengungen laufen dann auf die Gestaltung und Beeinflussung der Geldvermögensbildung und damit der Finanzierung des Anlagevermögens hinaus.

Die Anzahl der Pläne, die sich mit Möglichkeiten dieser Art auseinandersetzen, darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der wirtschaft-

1) Für den Zeitraum von 1950 bis 1966 lassen sich allein 19 verschiedene, teils bereits in der Gesetzgebung berücksichtigte Vorschläge zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer nennen; Pohlschröder, K.: "Vermögensbildung durch Tarifvertrag und Gesetz", S. 48 ff.

liche Entwicklungsprozeß nur an wenigen Punkten des Kreislaufs Voraussetzungen dafür bietet, Interventionen zugunsten einer breiteren Vermögensstreuung vorzunehmen:

- a) die Aufteilungsentscheidungen, d. h. die Sparwilligkeit der Wirtschaftssubjekte, hier der "abhängig Beschäftigten", kann möglicherweise beeinflusst werden, so daß die Sparquote dieser Gruppe höhere Werte annimmt,
- b) die Funktional- bzw. die Querverteilung läßt sich zugunsten der "abhängig Beschäftigten" korrigieren, so daß deren Sparfähigkeit steigt.

Dabei gestattet die Ausgestaltung einzelner Maßnahmen, etwa die Form, in der die Sparmittel anzulegen sind, oder die Dauer, während derer diese Mittel der freien Verfügung des Sparers entzogen werden, allerdings eine gewisse Vielfalt.

411. Die Bemühungen um eine Erhöhung der Sparwilligkeit der "abhängig Beschäftigten". Die Möglichkeit der psychologischen Einflußnahme

Sobald das Einkommen der "abhängig Beschäftigten" (Y_A), deren Existenzminimum ($Y_{A, \min}$) überschreitet, nimmt die Sparfähigkeit dieser Gruppe ($s_{A, f}$) positive Werte an, d. h. es gilt

$$(3.03) \quad s_{A, f} = \frac{Y_A - Y_{A, \min}}{Y_A} > 0.$$

Diese Formulierung läßt erkennen, mit welcher relativen Ersparnisbildung (aus Y_A) maximal zu rechnen ist. Allerdings dürfte die Sparquote der "abhängig Beschäftigten" (s_A) nicht ausschließlich von der Sparfähigkeit ($s_{A, f}$), sondern auch der Sparwilligkeit ($s_{A, w}$) abhängen;

diese beiden Größen weichen vermutlich voneinander ab. Solange das der Fall ist, d. h.

$$(3.04) \quad s_{A, f} > s_{A, w} = s_A$$

gilt, besteht die Möglichkeit, die Spartätigkeit der hier genannten Gruppe zu fördern, ohne Eingriffe in die Einkommensverteilung vornehmen zu müssen. Zu diesem Zweck sind alle Bemühungen der Vermögenspolitik darauf zu richten, den Vermögensbesitz als einen Wert darzustellen, der den zunächst erforderlichen Konsumverzicht übersteigt. Diese Aufgabe verlangt in erster Linie nach einer psychologischen Beeinflussung der "abhängig Beschäftigten".

Autoren, die die Stärkung der Sparwilligkeit ($s_{A, w}$) als einen für die Vermögenspolitik gangbaren Weg halten, sehen denn auch primäre Eingriffe in die Einkommensverteilung nicht als das eigentliche, den Bemühungen um eine breitere Vermögensstreuung adäquate Instrument an; das Arbeitseinkommen der "abhängig Beschäftigten" braucht nicht überproportional (zum Volkseinkommen), d. h. schneller als die Produktivität zu steigen. Lediglich der Lebensstandard, d. h. der Konsum dieser Gruppe hat relativ zu sinken. Pläne dieser Art schließen allerdings nicht aus, parallel zur psychologischen Beeinflussung materielle Anreize vorzunehmen. Als Entschädigung für den Konsumverzicht werden Prämien vorgeschlagen, auf Grund derer die Ersparnisse zu einem Satz verzinst werden, der über dem sonst erzielbaren Niveau liegt. Mindestens die zusätzlichen Leistungen, die dadurch erforderlich werden, lösen Verteilungseffekte aus; dabei kann vorerst offen bleiben, ob der Staat oder Private die (Spar-)Prämien aufbringen sollen.

Konkrete Schritte, die Verteilung des volkswirtschaftlichen Vermögenszuwachses über eine Stärkung der Sparwilligkeit zu steuern, liegen bereits vor. Diesem Ziel dienen mehrere Gesetzeswerke:

- a) das (erste) Wohnungsbauprämiengesetz¹⁾ sieht die Gewährung von Prämien, die je nach Familienstand zwischen 25 % und 35 % der Sparsumme betragen, vor, wenn die Beträge für mindestens sechs Jahre festgelegt werden; die Beiträge an die Bausparkassen können alternativ nach § 10 E. St. G. als Sonderausgabe geltend gemacht werden; diese Regelung begünstigt die Bezieher höherer Einkommen, deren mögliche Steuerersparnis die Prämien übersteigt;
- b) das zweite Wohnungsbaugesetz²⁾ sieht die zinslose oder zinsverbilligte Hergabe von Darlehen und Steuerbegünstigungen für den Bau, den Erwerb oder die Entschuldung eines Familienheims oder einer Eigentumswohnung vor;
- c) das Sparprämiengesetz³⁾ fördert das Konten-, aber auch das Wertpapier- und Investmentsparen in bestimmten Grenzen, indem es die Zahlung von Prämien (20 %) vorsieht, wenn die Sparbeträge für mindestens fünf Jahre festgelegt werden;
- d) das Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer⁴⁾ (Erstes Vermögensbildungsgesetz) und das Zweite Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer⁵⁾ (Zweites Vermögensbildungsgesetz) sehen eine Kombination von, zum Teil bereits früher vorgeschlagener Maßnahmen vor; beide Gesetze wollen die Vereinbarung vermögenswirksamer Leistungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer fördern; Anreize für derartige Leistungen

-
- 1) Diese Angaben beziehen sich auf das Wohnungsbauprämiengesetz von 1953 in der Fassung vom 25. 8. 1960, BGBl. I S. 714, BStBl. I S. 617, das zuletzt durch Gesetz vom 21. 7. 1961, BGBl. I S. 1041, geändert wurde.
 - 2) Zweites Wohnungsbaugesetz vom 27. 6. 1956, BGBl. I S. 523, in der Fassung vom 1. 8. 1961, BGBl. I S. 1121
 - 3) Spar-Prämiengesetz vom 5. 5. 1959, BGBl. I S. 241 sowie BStBl. I S. 199
 - 4) Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer (VermbG) vom 12. 7. 1961, BGBl. I S. 909 ff. das auch unter dem Namen "312-Mark-Gesetz" bekannt ist, weil es den Betrag, dessen Förderung das Gesetz vorsieht, auf 312 DM begrenzt.
 - 5) Zweites Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer (Zweites VermbG) vom 1. 7. 1965, BGBl. I S. 585 sowie BStBl. I S. 346

sollen eine Ermäßigung der Lohnsteuer (für diese Leistungen) auf einen Pauschsatz von 8 %, die Befreiung von der Lohnsummensteuer sowie von Sozialversicherungsbeiträgen sein; die Sparmittel sind nach einem der vorausgegangenen Gesetze anzulegen und unterliegen den dort angegebenen Bindungsfristen. Diese Gesetze wurden später weiterentwickelt (Drittes Vermögensbildungsgesetz¹⁾).

Die vermögenspolitischen Vorstellungen, die in diesen Gesetzen ihren Niederschlag gefunden haben, greifen in erster Linie den Gedanken einer staatlichen Förderung der Vermögensbildung auf.

Besonders weitgehende Vorstellungen über die Möglichkeiten, die sich dem Staat bieten, entwickelt Föhl²⁾, der eine Umstrukturierung des bestehenden Steuersystems vorschlägt; seiner Ansicht nach sollte die bestehende Verbrauchsbesteuerung zugunsten einer höheren Einkommensbesteuerung gemildert oder abgeschafft werden. Den Beziehern niedrigerer Einkommen wäre es dann freizustellen, Steuern zu zahlen oder deren Gegenwert vermögenswirksam anzulegen. "Es kann wohl nicht zweifelhaft sein", meint der Autor³⁾, "welchen Weg er (der Steuerpflichtige, der Verf.) geht".

Die beiden Vermögensbildungsgesetze sehen jedoch neben der staatlichen Förderung der Vermögensbildung auch eine solche von seiten der Unternehmer vor. Damit werden Überlegungen berücksichtigt, wie sie Arnold⁴⁾, der die Einführung eines Investivlohns vorschlägt, dann aber

- 1) Drittes Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer (3. VermBG-624-DM-Gesetz) vom 27. 6. 1970, BGBl. I, S. 930 ff.
- 2) Föhl, C.: "Über die Möglichkeiten einer Beeinflussung der Vermögensbildung...", S. 151 gg.; ders.: "Kreislaufanalytische Untersuchungen...", S. 147 ff.
- 3) Föhl, C.: "Über die Möglichkeiten einer Beeinflussung der Vermögensbildung...", S. 151
- 4) Arnold sieht Sparprämien in Form von Lohnerhöhungen von 2 Pfennig je Stunde vor, wenn die Arbeitnehmer bereit sind, einen gleich hohen Betrag ihres bereits vereinbarten Stundenlohns zu sparen; als Anreiz für den Arbeitgeber, derartige Leistungen aufzubringen, schlägt Arnold Steuererleichterungen vor; die Anlage der Sparmittel soll vorzugsweise im arbeitgebenden Unternehmen erfolgen; Arnold, K.: "Miteigentumssparen", ders.: "Miteigentum".

auch Häussler¹⁾ und Hinkel²⁾ sowie andere³⁾ entwickelt haben.

Die von nichtstaatlicher Seite erfolgende Sparförderung wird Gegenstand von (Tarif-)Lohnverhandlungen. Die vermögenswirksamen Leistungen, die die Arbeitgeber dabei zusichern, und zu deren nichtkonsumtiver Nutzung sich die Arbeitnehmer verpflichten, sind zum Arbeitsentgelt, d.h. zum volkswirtschaftlichen Arbeitseinkommen zu rechnen⁴⁾. Eine Aussage darüber, ob der Anteil des Volkseinkommens, den die "abhängig Beschäftigten" beziehen, dadurch steigt, ist indes noch nicht möglich; dazu bedarf es der Kenntnis, ob das Gesamtarbeitseinkommen, das diese Gruppe erhält, und das sowohl das freiverfügbare Arbeitseinkommen als auch die vermögenswirksamen Leistungen umfaßt, schneller wächst als die gesamtwirtschaftliche Produktivität.

-
- 1) Die Vorschläge Häussler's bauen auf jenen Arnolds auf; die investive Lohnverwendung soll hier ebenfalls durch Sparprämien, dann aber auch durch die Ertragsbeteiligung, die Aufhebung der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung bzw. deren Ersatz durch Einführung einer gesetzlichen Pflicht zur (individuellen) Rücklagenbildung gefördert werden; Häussler, E.: "Der Arbeitnehmer von morgen. ..."; ders.: "Miteigentum ist möglich", S. 23 ff.; nach Einführung des ersten Vermögensbildungsgesetzes modifiziert Häussler seine Vorstellungen; Häussler, E.: "Konturen einer neuen Schicht", S. 20 ff.; ders.: "Investivlohn - Investitionslohn", S. 6 ff.
 - 2) Hinkel knüpft an die ursprünglichen Überlegungen Häussler's an und möchte auch die Bediensteten des Öffentlichen Dienstes in den Genuß der Sparförderung kommen lassen; Hinkel, K.: "Beteiligung der Arbeitnehmer", S. 407 ff.; ders.: "Neuverteilung des Einkommenszuwachses", S. 158 ff.
 - 3) Hier ist sowohl die Denkschrift "Eigentumsbildung in sozialer Verantwortung" der EKD, Müller, E.: "Eigentumsbildung ...", als auch die "Empfehlungen zur Eigentumspolitik" evangelischer und katholischer Persönlichkeiten zu nennen.
 - 4) Diese Ansicht vertreten u. a. Oberhauser, A.: "Wirtschaftliche Auswirkungen und Grenzen ...", S. 18, Anm. 16, und v. Nell-Breuning, O.: "Der Lohn als Erwerbsmittel und Eigentumsquelle", S. 63

Die Motive, aus denen heraus die Vereinbarung vermögenswirksamer Leistungen vorgeschlagen werden, können voneinander abweichen. Dabei mag es einmal als die vordringlichste Aufgabe derartiger Absprachen angesehen werden, die relative Ersparnisbildung der "abhängig Beschäftigten" (s_A) zu erhöhen; in einer wachsenden Wirtschaft hält man es für zumutbar, den Lebensstandard dieser Gruppe relativ und zugunsten einer stärkeren Vermögensbildung sinken zu lassen. Jene Teile des (Arbeits-)Einkommens, die nicht mehr zur freien Verfügung der Arbeitnehmer stehen, sollen, entgegen der gebräuchlichen Begriffsabgrenzung, als subtraktiver Investivlohn bezeichnet werden¹⁾. Die Vorschläge Arnold's, Häussler's und Hinkel's gehören dann hierher.

Darüber hinaus bestehen Vorstellungen, die den Vereinbarungen vermögenswirksamer Leistungen weitergehende Aufgaben zuweisen; derartige Absprachen sollen sowohl dazu dienen, die "abhängig Beschäftigten" stärker an der gesamtwirtschaftlichen Vermögensbildung partizipieren zu lassen, als auch dazu, die Funktionalverteilung zugunsten des Arbeitseinkommens zu korrigieren. Aus dieser Überlegung heraus werden von den Arbeitgebern Zahlungen gefordert, die zusätzlich zu jenen Lohnerhöhungen erbracht werden sollen, die im Rahmen des Produktivitätsfortschritts stattfinden. Derartige Leistungen gelten im folgenden als additiver Investivlohn²⁾, dessen eingehende Erörterung allerdings erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt.

1) Üblicherweise wird der Begriff 'subtraktiver Investivlohn' verwandt, um Vereinbarungen zu kennzeichnen, in denen sich die Arbeitnehmer verpflichten, auch ohne vorausgegangene Lohnerhöhungen auf einen Teil ihres freiverfügbaren Einkommens zu verzichten, um auf diesem Wege Ersparnisse zu bilden; Pohlschröder, K.: "Vermögensbildung durch Tarifvertrag und ...", S. 86 ff.; in den vorliegenden Ausführungen wird der Begriff 'subtraktiver Investivlohn' weitergefaßt, um anzudeuten, daß die Einführung eines derartigen Lohns zu einer relativen Einschränkung des freiverfügbaren Einkommens führt, ohne daß dessen Zunahme den Produktivitätsfortschritt übersteigt.

2) Pohlschröder unterscheidet zwischen zwei Kategorien des additiven Investivlohns, einem, der bei Lohnerhöhungen gewährt wird, die den Produktivitätsfortschritt nicht übersteigen, und einem, der zusätzlich (Forts. auf S. 124)

Der Investivlohn zeichnet sich vor allem dadurch aus, daß die "abhängig Beschäftigten" seinen Gegenwert nicht in Form von freiverfügbarem Einkommen, sondern von vermögenswirksamen Rechten erhalten¹⁾. Dabei verpflichten sich die Empfänger derartiger Leistungen zudem, für einen jeweils vereinbarten Zeitraum von der Veräußerung dieser Rechte Abstand zu nehmen. Entsprechen die über den Investivlohn gebildeten Ersparnisse der Gesamtersparnis dieser Gruppe, wird deren Sparquote institutionell gesichert; Schlüsse über die Entwicklung dieser Quote sind allerdings nicht zulässig. Aussagen darüber werden erst möglich, wenn bekannt ist, wie hoch die relativen Ersparnisse vor Einführung des Investivlohns waren.

Die Ersparnisse, die mit Hilfe sowohl staatlicher Förderungsmaßnahmen als auch des Investivlohns gebildet werden, sollen zur Finanzierung der volkswirtschaftlichen Investitionstätigkeit herangezogen werden²⁾. Dabei bestehen mehrere Alternativen, in welcher Form das geschehen kann³⁾; es ist sogar denkbar, daß die "abhängig Beschäftigten" Beteiligungsrechte des arbeitgebenden Unternehmens erwerben.

Das Urteil über vermögenspolitische Maßnahmen dieser Art, d. h. die vorwiegend mit psychologischen Mitteln durchzuführende Einflußnahme auf die Spartätigkeit der "abhängig Beschäftigten", hängt einmal von dem

Fortsetzung Fußnote 2) von S. 123:

zu derartigen Lohnerhöhungen vereinbart wird; Pohlshörder, K.: "Vermögensbildung durch Tarifvertrag und ...", S. 87; in der vorliegenden Arbeit wird der Begriff 'additiver Investivlohn' enger gefaßt und bezeichnet jenen Teil von Lohnerhöhungen, der sich aus der Differenz der Zuwachsrate des Arbeitseinkommens und jener des Produktivitätsfortschritts ergibt.

- 1) Adenauer, P.: "Investivlohn - Hirngespinnst oder kleineres Übel?", S. 227
- 2) Diese Bedingung knüpft vor allem v. Nell-Breuning, O.: "Konsumlohn - Investivlohn", S. 13, an den Investivlohn; Adenauer, P.: "Investivlohn - Hirngespinnst oder kleineres Übel?", S. 227, weist ebenfalls auf die Notwendigkeit der investiven Verwendung dieses Lohnes hin.
- 3) Oberhauser, A.: "Wirtschaftliche Auswirkungen und ...", S. 18; die einzelnen Vermögensbildungsgesetze lassen denn auch offen, ob die Anlage in Wertpapieren, Anteilsrechten oder sonstigen Gutschriften erfolgt.

zu erwartenden Anstieg der Sparquote dieser Gruppe ab; es wird positiv sein, sobald eine Zunahme dieser Quote erreicht wird. Darüber hinaus interessieren jedoch die gesamtwirtschaftlichen Effekte, die aufzutreten vermögen, wenn die Konsumnachfrage der "abhängig Beschäftigten" relativ abnimmt, Störungen von Beschäftigung und Einkommenswachstum sind nicht auszuschließen. Dabei läßt sich die mutmaßliche Entwicklung (Beschäftigung und Wachstum) dieser Größen ungeachtet des ersten Beurteilungskriteriums analysieren; dazu bedarf es lediglich einer Annahme, daß und um wieviel die Sparquote jener Gruppe, der die Bemühungen der Vermögenspolitik gelten, steigt bzw. gegenüber dem Ausgangspunkt der Untersuchung gestiegen ist.

412. Die Bemühungen um eine Erhöhung der Sparfähigkeit der "abhängig Beschäftigten". Die Möglichkeiten alternativer Korrekturen der Einkommensverteilung

Neben den bereits erörterten Bemühungen, die Verteilung des Vermögenszuwachses über eine Aktivierung der Sparwilligkeit zu beeinflussen, liegen vermögenspolitische Anstrengungen vor, die zunächst das Ziel verfolgen, die Einkommensverteilung zugunsten der Arbeitnehmer zu korrigieren, um dadurch deren Sparfähigkeit zu erhöhen. Dabei gehen diese Vorschläge davon aus, daß den "abhängig Beschäftigten" selbst dann keine relative Abnahme ihres Konsums zuzumuten ist, wenn das Einkommen dieser Gruppe, im Zuge des gesamtwirtschaftlichen Wachstums, steigt. Die einkommens- und vermögenspolitischen Forderungen laufen darauf hinaus, die Vermögensbildungsmöglichkeiten jener Schichten einzuengen, zu deren Lasten die Vermögensverteilung korrigiert werden soll¹⁾.

1) Föhl, C.: "Kreislaufanalytische Untersuchung der ...", S. 147, äußert allerdings die Ansicht, daß "unter den möglichen Zwecken ... der negative" ausscheidet, "der vermeintliche Zweck, die Vermögensbildung der Selbständigen zu vermindern", da sich dieser Zweck auch durch eine gleichgewichtsneutrale Geldvermögensbildung des öffentlichen Sektors, also eine nichtüberwältzbare Besteuerung der Unternehmergewinne (Forts. auf S. 126)

Dieses Ziel wird einmal durch exogene Eingriffe in die funktionale, das andere Mal durch solche in die Querverteilung angestrebt.

4121. Der additive Investivlohn. Versuch einer Korrektur der funktionalen Einkommensverteilung

Hinter der Forderung nach Einführung eines additiven Investivlohns verbirgt sich einmal die bereits erwähnte Absicht, die funktionale Verteilung zugunsten des Arbeitseinkommens zu ändern, um die soziale Stellung jener zu stärken, die nicht oder nur in relativ geringem Umfang am Kapitaleinkommen partizipieren; dieses Ziel soll mit Hilfe von Lohn-erhöhungen, die den gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt übersteigen, realisiert werden. Der Vorschlag, diese Erhöhung auf einen Konsum- und einen Investivlohn, der sich der freien Verfügung seiner Empfänger entzieht, aufzuteilen, ist demgegenüber von der Erkenntnis bestimmt, daß jeder Versuch, die funktionale Verteilung über exogene Eingriffe zu korrigieren, u. a. von dem Bemühen begleitet sein muß, die Sparquote der "abhängig Beschäftigten" anzuheben, wenn die (einkommens-)verteilungspolitischen Anstrengungen den erwünschten Erfolg haben sollen. Der Konsum dieser Gruppe darf nur im Rahmen des Produktivitätsfortschritts steigen, da anderenfalls die Gefahr einer inflationären Entwicklung besteht, die die erstrebte relative Zunahme des Arbeitseinkommens verhindern dürfte und möglicherweise sogar zu einer relativen Abnahme des Einkommens führt. Damit beruht der Gedanke des additiven Investivlohns letztlich sowohl auf Überlegungen zur Sparfähigkeit der Arbeitnehmer als auch solchen zu deren Sparwilligkeit.

Fortsetzung Fußnote 1) von S. 125:

erreichen ließe; ders., ebenda, S. 154, räumt jedoch ein, daß sich die Verschuldung des Staates, die cet. par. aus einer staatlichen Förderung der Vermögensbildung resultiert, dadurch vermindern läßt; da die (Mehr-) Besteuerung der Unternehmungen und der Bezieher sehr hoher Einkommen so gut wie keinen Einfluß auf die Höhe der Verbrauchsausgaben hat, werden letztlich doch deren Möglichkeiten, Vermögen zu bilden, eingeengt.

Der Leber-Plan¹⁾, der sich als erster konkret mit der Ausgestaltung des additiven Investivlohns als einer Alternative auseinandersetzt, mit deren Hilfe sich die Vermögensbildung der "abhängig Beschäftigten" beeinflussen läßt, sieht vor, bei Tarifverhandlungen zwei unterschiedliche Forderungen aufzustellen. Einmal soll der Konsumlohn, der zur freien Verfügung seiner Empfänger steht, im Rahmen des Produktivitätsfortschritts zunehmen, zum anderen soll ein additiver Investivlohn in Höhe von 1,5 % der Gesamtlohnsumme eingeführt werden, dessen Gegenwert an einen gesonderten Fonds, die bereits bestehende Zusatzversicherung des Baugewerbes, abzuführen ist.

Die Unternehmer haben drei Möglichkeiten, ihren Verpflichtungen aus dem additiven Investivlohn nachzukommen; es steht ihnen frei,

- a) Barabführungen zu leisten, deren Anlage dann der Fonds übernimmt,
- b) Verschuldungen gegenüber dem Fonds einzugehen
- c) oder die Forderungen des Fonds in Eigenkapital umzuwandeln und dadurch Gesellschaftsanteile zu übertragen.

Der Fonds selber stellt sich damit als ein Investmentfonds dar, an dessen Vermögen die Arbeitnehmer über Anteilsscheine partizipieren. Die Veräußerung dieser Rechte wird möglich, sobald der Einzelne aus dem Erwerbsleben ausscheidet.

Die eigentliche Besonderheit des additiven Investivlohns besteht darin, daß den Unternehmern Leistungen abverlangt werden sollen, die nicht überwälzbar sind, denn nur wenn das gelingt, dürfte zu erreichen sein, daß das Realeinkommen der Arbeitnehmer relativ zunimmt. Dabei hängen die Belastungen, denen sich der einzelne Arbeitgeber ausgesetzt sieht,

1) Leber, G.: "Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, ein Programm und ..."; ders.: "Stellungnahme zu den langfristigen ...", S. 548 ff.

nicht nur von der Höhe des Investivlohnsatzes und dessen Bemessungsgrundlage ab, sondern auch davon, ob eine für alle einheitliche Regelung erfolgt. Ist das der Fall, dann trifft die Vermögenspolitik jene Unternehmungen besonders stark, bei denen das Verhältnis von Lohn- zu Gesamtkosten relativ ungünstig ist; die Arbeitsintensität bestimmt über die Entwicklung der Gesamtkosten und damit jene des Gewinns.

Die gesamtwirtschaftlichen Effekte, die die Einführung eines additiven Investivlohns auszulösen vermag, dürften daher weitgehend von den Reaktionen bestimmt sein, die die "Unternehmer" auf Forderungen zeigen, die das den Kapitaleignern zufließende Einkommen mindern sollen, ohne von dessen Höhe abhängig zu sein.

4122. Die Beteiligung der "abhängig Beschäftigten" am Erfolg des arbeitgebenden Unternehmens. Die Bemühungen um eine Korrektur der Querverteilung

Eine weitere und ebenfalls bereits angedeutete Möglichkeit, Einkommensverteilung und Vermögensstreuung zugunsten der "abhängig Beschäftigten" zu beeinflussen, bietet sich in deren Beteiligung am Unternehmensergebnis. Dabei verbirgt sich hinter der Forderung, die Arbeitnehmer am Reingewinn¹⁾ partizipieren zu lassen, die Überlegung, dieses Einkommen sei auch auf die Leistungen dieser Gruppe, nicht nur jene der Kapitalgeber, zurückzuführen²⁾; allerdings wird dem Eigenkapital vorweg

1) Als Reingewinn ist der Gewinn nach Steuern zu verstehen; DAG (Hrsg.): "Miteigentum der Arbeitnehmer, ...", S. 153

2) Den Gedanken der Partnerschaft von Kapital und Arbeit praktizieren etwa 300-400 Unternehmen der Bundesrepublik, die sich in der "Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft im Betrieb" (AGP) zusammengeschlossen haben; vgl. Herrmann, B.: "Der Stand der betrieblichen Partnerschaft", S. 3 f., der die Ziele der AGP als "jede innerbetriebliche Form der Zusammenarbeit zwischen Unternehmensleitung und Mitarbeitern, bei der außer einer Pflege der zwischenmenschlichen Beziehungen eine Mitwirkung und Mitverantwortung sowie eine materielle Beteiligung der Belegschaft am Betriebsergebnis vertraglich vereinbart ist" definiert; vgl. ders.: "Das Ordnungsprinzip der Partnerschaft", S. 1

eine angemessene Dividende zugewillt. An dem dann verbleibenden Rest des Reingewinns sollen die Arbeitnehmer partizipieren.

Während das zusätzliche Einkommen, das den "abhängig Beschäftigten" über den additiven Investivlohn zufließen soll, nominal jeweils ex-ante festgelegt wird, stellt sich dessen Umfang im vorliegenden Fall als Überraschungsgröße dar. Dadurch erweist sich dessen Zuordnung zu einer jener Einkommenskategorien, die die makroökonomische Theorie gegeneinander abgrenzt, als problematisch. Die Spar-Investitionstheorie kennt nur die Unterscheidung zwischen Arbeits- und Kapitaleinkommen¹⁾, das Arbeitseinkommen

- a) stellt das Entgelt für die Zurverfügungstellung von Arbeitsleistung dar
- b) und steht nominal zu Beginn jeder Periode fest, da es sich aus den Lohnvereinbarungen und der für diesen Zeitraum geplanten Beschäftigung ergibt, während die Höhe des Real(-arbeits-)einkommens von der Einkommensverwendung, d.h. der gesamtwirtschaftlichen Investitions- (I/Y) bzw. der Konsumquote (C/Y) bestimmt wird; dabei gilt die Investitionsquote als unabhängige Variable der freiwilligen Ersparnisbildung;

im Gegensatz dazu wird das Kapitaleinkommen

- a) als das Entgelt für die in der Vergangenheit gebildeten und zu Investitionszwecken bereitgestellten Ersparnisse betrachtet und
- b) von den u. a. in der laufenden Periode vorgenommenen Investitionen bestimmt, so daß das Nominal(Kapital-)einkommen erst am Ende des jeweiligen Untersuchungszeitraums bekannt ist, mithin eine Überraschungsgröße darstellt.

1) Vgl. Abschn. 2211 und 2212 dieser Arbeit, S. 41 ff.

Damit können die Bezüge, die die "abhängig Beschäftigten" dadurch erhalten, daß sie am Unternehmenserfolg partizipieren, nur bedingt als Arbeitseinkommen gedeutet werden, auch wenn sie nicht auf Grund von zuvor gebildeten Ersparnissen, sondern eines Arbeitsverhältnisses erworben werden.

Alle Pläne, die sich mit dieser Alternative, die Sparfähigkeit der Arbeitnehmer zu erhöhen, auseinandersetzen, sehen ähnliche Sicherungen, wie sie in den Vorschlägen zum additiven Investivlohn enthalten sind, vor, um die konsumtive Nutzung des zusätzlichen Einkommens, das dieser Gruppe zufließen soll, zu verhindern. Um eine Korrektur der Verteilung des Vermögenszuwachses sicherzustellen, wird die Ersparnisbildung der "abhängig Beschäftigten" in Höhe des zusätzlichen Einkommens erzwungen.

Gleitze¹⁾ entwickelt den Plan, die Arbeitnehmer über eine zentrale Vermögenssammelstelle am Erfolg der gesamten Wirtschaft oder doch wenigstens demjenigen der Großunternehmen zu beteiligen; zu diesem Zweck wird die Bildung von "Sozialkapital" vorgeschlagen, das aus Rückstellungen (insbesondere Pensionsrückstellungen), stillen Reserven sowie Differentialgewinnen gespeist werden soll. Danach sind alle Unternehmen, deren Betriebsvermögen 10 Millionen beträgt, bzw. übersteigt, gesetzlich zur Übertragung von Vermögensrechten oder Barleistungen zu verpflichten, die einem Sozialkapitalfonds zufließen sollen. Als Bemessungsgrundlage derartiger Leistungen können entweder das Anlagekapital, die steuerlich anerkannte Abschreibungssumme, steuerfreie oder steuerbegünstigte Investitionen oder die überdurchschnittliche Dividendenausschüttung sein. Der einzelne Arbeitnehmer erhält von dem Fonds verbrieft Ansprüche, die weder übertragbar noch in bar einlösbar sind, sondern nur in Notfällen oder zum Erwerb von Grundeigentum

1) Gleitze, B.: "Lohnpolitik und Vermögensverteilung", S. 55, ders.: "Gedankenaustausch über Eigentumspolitik", S. 33; ders.: "Der westdeutsche Investitionsaufwand und seine Finanzierung..."; ders.: "Sozialkapital und Konjunktur"; ders.: "Die Bildung und Verteilung von Sozialkapital".

realisiert werden können. Lediglich die Zinsen, die diese Anteilsrechte erbringen, gelangen zur freien Verfügung.

Diese Vorschläge Gleitzes wurden später von einem Arbeitskreis des DGB ausgearbeitet und veröffentlicht¹⁾, dabei ergaben sich einige Modifizierungen. Die Unternehmen sollten nicht nur die Möglichkeit erhalten, die vermögenswirksamen Leistungen in bar oder in Form von Aktien, sondern auch derjenigen von Schuldtiteln an den Fonds zu entrichten. Darüber hinaus war die Sperrung bzw. Freigabe der Anteilscheine für den Verkauf sowie das Auftreten des Fonds am Wertpapiermarkt als Instrument gedacht, das die Beeinflussung des Konjunkturverlaufs sichern sollte.

Im Gegensatz zu den Vorstellungen Gleitzes sieht der Miteigentumsplan der DAG die unmittelbare Erfolgsbeteiligung vor²⁾; die Arbeitnehmer sollen einen gewissen Prozentsatz des steuerpflichtigen Gewinns des arbeitgebenden Unternehmens, der zuvor um eine fiktive Dividende an die Kapitaleigner gekürzt wird, erhalten. Dabei ist an die Ausgabe von Geschäftsanteilen gedacht, deren rechtliche Ausgestaltung zwischen vinkulierter Namensaktie und Obligation liegen soll. Eine Veräußerung derartiger Rechte wird, abgesehen von Ausnahmen, etwa dem Erwerb von Wohnungseigentum, erst mit dem Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis möglich. Dabei fordert die DAG die Schaffung eines Rahmengesetzes, das den Anspruch auf Erfolgsbeteiligung sichert, deren detaillierte Ausgestaltung den Tarifpartnern überlassen bleiben soll.

- 1) Büttner, H. W.: "Eigentumsstreuung über Sozialkapital", S. 58 ff.; ders.: "Vermögensbildung durch Neuverteilung", S. 264; ders.: "Vermögensbildung der Arbeitnehmer", S. 14
- 2) DAG (Hrsg.): "Miteigentum der Arbeitnehmer, eine Stellungnahme...", S. 15 ff.; Spiegelhalter, F.: "Eigentumsbildung - Pläne und Möglichkeiten", S. 16 ff.; S. 43 ff.; in weitgehender Übereinstimmung mit den Vorschlägen der DAG befindet sich der Miteigentumsplan der Christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft, der bis zu einem Gesetzesvorschlag über "Das Miteigentum von Arbeitnehmern" gediehen ist; Sozialausschüsse der Christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft (Hrsg.): "Das Miteigentum von Arbeitnehmern".

Diesen Vorstellungen entspricht in etwa auch der Plan Bachmann's¹⁾, der gesetzliche Vorschriften allerdings auf die Erfolgsbeteiligung bei Aktiengesellschaften beschränkt wissen will. Dem liegt die Überlegung zu Grunde, daß Unternehmen anderer Rechtsformen durch den Konkurrenzdruck, dem sie sich auf dem Arbeitsmarkt ausgesetzt sehen, zu ähnlichen Zugeständnissen, wie sie den Aktiengesellschaften bindend vorgeschrieben sind, gezwungen sein dürften. Dabei sieht Bachmann keine Fristen vor, während derer die Veräußerung der Anteilsrechte ausgeschlossen wird, hofft jedoch, daß deren Umwandlung in freiverfügbares Einkommen unterbleibt,

Bedeutend weitergehende Zielsetzungen als jene, die "abhängig Beschäftigten" am Vermögenszuwachs des jeweils arbeitgebenden Unternehmens zu beteiligen, verfolgt Spindler²⁾, der den Plan der Partnerschaft in den Mittelpunkt seiner Überlegungen stellt. Danach soll die Beteiligung der Arbeitnehmer am Erfolg des Unternehmens zwar auch der Aufgabe dienen, die Verteilung des Vermögenszuwachses zu beeinflussen, im Vordergrund hat jedoch das Bemühen zu stehen, das Zusammengehörigkeitsgefühl aller im Unternehmen Tätigen zu stärken; die Arbeitnehmer sind wie ein eventuell eintretender Juniorpartner zu behandeln, der statt einer Kapitaleinlage seine Arbeitskraft einbringt, und über diese sukzessive zum Miteigentümer heranwächst. "Arbeit" und "Kapital" werden als ebenbürtige Größen behandelt, beiden gebührt die Teilnahme am gemeinsam erarbeiteten Erfolg. Etwa entstehende Verluste sind ebenfalls von allen Beteiligten zu tragen. Aus dem Gedanken der so verstandenen Partnerschaft folgt zwingend, daß eine Veräußerung der mit der Betriebszugehörigkeit erworbenen Geschäftsanteile erst mit Ausscheiden aus dem arbeitgebenden Unternehmen möglich wird. Dabei ist sich Spindler darüber im klaren, daß seine Vorstellungen nur nach Schaffung entsprechender

1) Bachmann, H.: "Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer", S. 208 ff.; ders.: "Vermögensstreuung durch Tarifvertrag", S. 451 ff.

2) Spindler, G.: "Das Mitunternehmertum, der dritte Weg ..."; ders.: "Mitunternehmertum, vom Klassenkampf zum ..."; ders.: "Partnerschaft statt Klassenkampf. Zwei Jahre Mitunternehmertum ..."; ders.: "Neue Antworten im sozialen Raum, Leitbilder ...".

gesetzlicher Vorschriften zu verwirklichen sind, da sie sonst u. a. am Widerstand jener scheitern, zu deren Lasten Einkommensverteilung und Vermögensstreuung korrigiert werden sollen.

Unabhängig von der jeweils geforderten Detailausgestaltung derartiger Gesetzesvorschriften sehen sämtliche Pläne, die sich mit der Erfolgsbeteiligung als einer Möglichkeit auseinandersetzen, die Verteilung des Vermögenszuwachses zu beeinflussen, Regelungen für die Verwaltung jener Vermögensteile vor, die den Arbeitnehmern zufließen sollen; Gleitze denkt an die Errichtung des Sozialkapitalfonds¹⁾, dessen Führungsorgane entweder paritätisch (von den Unternehmern und den Gewerkschaften) oder ausschließlich von den Gewerkschaften besetzt werden, Bachmann an die Bildung von Werksgenossenschaften. Gerade diese Überlegungen lassen Effekte der Vermögenspolitik erkennen, die bis jetzt unerwähnt blieben; mit jeder Verschiebung der Vermögensstreuung verändern sich die Verfügungsmachtverhältnisse. Dabei sind weder die Reaktionen jener, zu deren Lasten sich die Eigentumsstruktur wandelt, noch die Kriterien, nach denen die neu zu schaffenden Verwaltungsgremien ihre wirtschaftlich relevanten Entscheidungen treffen, bekannt²⁾. Vermutlich stellen beide Größen Faktoren dar, die die gesamtwirtschaftliche Entwicklung entscheidend beeinflussen, wenn die Erfolgsbeteiligung der Arbeitnehmer zwingend vorgeschrieben wird.

1) Dabei denkt Gleitze, G. : "Sozialkapital und Konjunktur", S. 263 ff., an die Errichtung mehrerer Fonds, die in einem ähnlichen Wettbewerb untereinander stehen sollten wie die Investmentgesellschaften.

2) Gleitze sieht vor, die Sperre bzw. Freigabe der Anteilscheine für den Verkauf sowie das Auftreten des Sozialfonds am Wertpapiermarkt - ähnlich der Offen-Markt-Politik der Notenbank - zur Beeinflussung des Konjunkturverlaufs einzusetzen; Gleitze, B. : "Sozialkapital und Konjunktur", S. 263 ff.

42. Die möglichen Beschäftigungs- und Wachstumseffekte vermögenspolitischer Maßnahmen. Die unterschiedlichen Primäreffekte einer Beeinflussung von Einkommensauf- und -verteilung

Da die gesamtwirtschaftlichen Effekte interessieren, die aufzutreten vermögen, wenn es der Gesellschaftspolitik gelingt, die Sparwillig- bzw. -fähigkeit der "abhängig Beschäftigten" zu erhöhen, soll darauf verzichtet werden zu untersuchen, wie die Begünstigten dieser Bemühungen auf den Versuch, die Vermögensstreuung zu korrigieren, reagieren. Statt dessen tritt an die Stelle einer eingehenden Analyse dieses Problemkreises die Annahme, bei den Arbeitnehmern sei die Bereitschaft, Vermögen zu bilden, latent vorhanden, bedürfe jedoch des von anderer Seite erfolgenden Anstoßes bzw. der materiellen Unterstützung, um wirksam werden zu können. Aus dieser Überlegung heraus wird im weiteren Verlauf der Untersuchung unterstellt, daß sämtliche Maßnahmen, die die Einkommensaufteilung der "abhängig Beschäftigten", d. h. deren Sparverhalten, und die Einkommensverteilung beeinflussen sollen, zu einer Zunahme der relativen Ersparnisbildung der Arbeitnehmer führen; deren Sparquote steigt¹⁾.

Obwohl das Vermögen, das der einzelne Arbeitnehmer dadurch während der Zeit seiner Erwerbstätigkeit zu bilden vermag²⁾, relativ niedrig

- 1) Diese Quote spiegelt dann allerdings nicht notwendigerweise das Verhalten der "abhängig Beschäftigten" wider, wie es weiter oben bei den theoretischen Erörterungen (Gl. 1, 04 a, S. 40 bzw. Gl. 1, 16 a, S. 49) unterstellt war, denn die zusätzlichen Ersparnisse beruhen u. U. darauf, daß die "abhängig Beschäftigten" zusätzliches Einkommen beziehen, über dessen Aufteilung jedoch nicht entscheiden können; damit wird die Sparquote zu einem rein rechentechnischen Wert, der das Verhältnis von Ersparnis und Gesamteinkommen dieser Gruppe bezeichnet; deren Gesamt- und deren freiverfügbares Einkommen fallen möglicherweise auseinander.
- 2) Pohlschröder, K. : "Vermögensbildung durch ...", S. 81, kommt bei der Erörterung des Leberplans, der ursprünglich die Einführung eines additiven Investivlohns von 1, 5 % des freiverfügbaren Arbeitseinkommens vorsah, zu dem Ergebnis, dem einzelnen Arbeitnehmer sei es möglich, im Laufe seiner vierzigjährigen Erwerbstätigkeit ein Vermögen von 43.000 Mark anzusparen; dabei geht er davon aus, daß das (Brutto-)Arbeitseinkommen im Basisjahr 1966 10.000 Mark beträgt, pro Jahr um 5 % wächst und die Ersparnisse jeweils mit 5 % verzinst werden; Föhl, C. : "Kreislaufanalytische Untersuchung...", S. 151, kommt zu einem anderen Ergebnis, da er Einkommensentwicklung und Verzin- sung in seiner Rechnung außer acht läßt.

erscheint, dürfte die Summe der Ersparnisse, die dazu erforderlich sind, gesamtwirtschaftlich von Bedeutung sein¹⁾. Von daher stellt sich die Frage nach den Reaktionen jener, die, direkt oder indirekt, ebenfalls von den beabsichtigten Veränderungen im Sparverhalten der "abhängig Beschäftigten" bzw. jenen der Einkommensverteilung betroffen sind. Bei ihnen kann es sich sowohl um

- a) den Staat, auf den mit einer etwaigen Einführung von staatlichen Sparprämien zusätzliche Ausgaben und, mit einer relativen Abnahme etwa der Konsumnachfrage, Einnahmeausfälle²⁾ zukommen, als auch
- b) die "Unternehmer" handeln, die möglicherweise auch dann einer relativen Abnahme ihres Einkommens entgegensehen, wenn die Ausgestaltung des einzelnen vermögenspolitisch motivierten Eingriffs dies auf den ersten Blick nicht erkennen läßt, also etwa dann, wenn die Konsumnachfrage der "abhängig Beschäftigten" langsamer als gewohnt zunimmt.

Die Möglichkeiten, die diese ebenfalls von der Vermögenspolitik Betroffenen haben, um den für sie negativen Effekten auszuweichen, unterscheiden sich in einem wesentlichen Punkt: der Staat bzw. das Parlament

-
- 1) Föhl, C.: "Kreislaufanalytische Untersuchung ...", S. 152, weist auf den gewaltigen Umfang hin, den das Vermögen der 20 Mio. Arbeitnehmer in der Bundesrepublik erreichen würde, wenn jeder einzelne von ihnen ein Vermögen von lediglich 10.000 Mark besitzen würde.
 - 2) Eventuelle Mindereinnahmen drohen, wenn
 - a) die Konsumausgaben der "abhängig Beschäftigten" relativ sinken, denn dann nimmt das Umsatzsteuer- (Mehrwert-) Steueraufkommen ebenfalls relativ ab;
 - b) die Sparförderung über Steueranreize (Ersparnisse als Sonderausgaben absetzbar) erfolgen soll;
 - c) die Sparförderung über Korrekturen der Einkommensverteilung vorgenommen wird und eine Verlagerung dieser Verteilung zugunsten jener Einkommensempfänger erfolgt, deren Einkommen einem niedrigeren marginalen Steuersatz unterliegt;bei den unter b) und c) genannten Förderungsmöglichkeiten wird das (Lohn- bzw.) Einkommenssteueraufkommen relativ sinken.

können Einnahmeeinbußen, die ihnen aus politischen Erwägungen heraus notwendig erscheinen, durch

- a) Steuererhöhungen an anderer Stelle oder
- b) die Aufnahme von Krediten

decken, so daß es ihnen offensteht, alle bisher wahrgenommenen Aufgaben im gewohnten Umfang zu erfüllen.

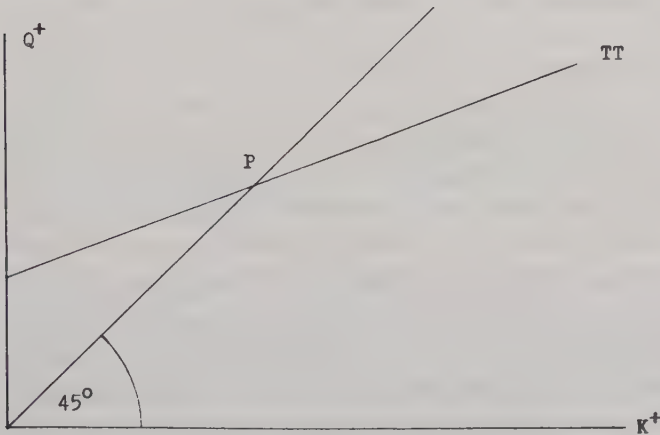
Unter diesen Bedingungen erscheint es gerechtfertigt, das Interesse ausschließlich auf die Reaktionen der "Unternehmer" zu konzentrieren. Dabei wird unterstellt, die Förderung der Vermögensbildung erfolge nicht über materielle Anreize aus öffentlichen Mitteln, sondern lediglich über die psychologische Beeinflussung der Einkommensaufteilung der "abhängig Beschäftigten", etwa über die Propagierung des subtraktiven Investivlohns, oder über die von den Gewerkschaften erstrebte Korrektur der Einkommensverteilung, also über additiven Investivlohn und Ertragsbeteiligung. Eventuelle Steuermindereinnahmen, die sich infolge einer relativen Abnahme der Konsumnachfrage und der Einkommensumverteilung zu ergeben vermögen, werden vernachlässigt, so daß von den Aktivitäten des Staates überhaupt abstrahiert werden kann. Dadurch wird es möglich, unmittelbar an die bereits erarbeiteten verteilungs- und wachstumstheoretischen Überlegungen anzuknüpfen.

Die dann erfolgende Analyse kann einmal davon ausgehen, daß sich die Wirtschaft bis zur Einführung vermögenspolitisch motivierter Eingriffe im Stadium stetigen Wachstums befindet, d. h.

- a) Produktivität, Konsum und Investition mit derselben Geschwindigkeit zunehmen und
- b) Kapitalkoeffizient (K/Y) und natürliche Verzinsung (G/K) konstant bleiben;

diese Bedingungen sind nur im Schnittpunkt von Fortschrittsfunktion (TT-Kurve, Abb. 3.1) und 45° -Achse gegeben. Daneben interessieren jedoch auch die mutmaßlichen Beschäftigungs- und Wachstumseffekte,

Abbildung 3.1 1)



die in einer Wirtschaft zu erwarten sind, die sich in einer Phase nicht-stetigen Wachstums befindet, bevor vermögenspolitisch motivierte Korrekturen erfolgen,

Diese Wahl unterschiedlicher Ausgangssituationen erweist sich als möglich, da die Untersuchung den Überlegungen der Spar-Investitionstheorie folgt und mit dieser davon ausgehen kann, daß Phasen stetigen Wachstums mit Perioden wechseln, in denen das Geschehen von Veränderungen der Fortschrittsfunktion und Verschiebungen der Beschäftigungsstruktur bestimmt wird. Diese Faktoren lösen wegen der Abhängigkeiten, die zwischen der Investitionstätigkeit auf der einen und der Entwick-

1) Abb. 3.1 entspricht der weiter oben gezeigten Darstellung der Zusammenhänge von Kapitalakkumulation (I/K) und dem Produktivitätsfortschritt (Q^+), dem bei konstanter (Arbeits-)Bevölkerung die Wachstumsrate des Einkommens (Y^+) entspricht; Abb. 2.3, S. 88

lung der Gesamtnachfrage und der (natürlichen) Verzinsung auf der anderen Seite bestehen, Anpassungsprozesse aus. In deren Verlauf nähert sich die Wirtschaft wieder dem Stadium stetigen Wachstums¹⁾.

Vor dessen Erreichen, d. h. in Phasen nichtstetigen Wachstums, prägen folgende Veränderungen die Entwicklung:

- a) Auf Grund von Verschiebungen der Fortschrittsfunktion nimmt der Kapitalkoeffizient (K/Y) von Periode zu Periode niedrigere (höhere) und die (Einkommens-)Wachstumsrate größere (kleinere) Werte an; parallel dazu steigt (sinkt) die (natürliche) Verzinsung (G/K), ohne daß sich die Funktionalverteilung (G/Y) ändert; die von diesem Parameter (G/K) abhängige Investitionsquote (I/Y) wächst (verringert sich) und, als Folge dieser Veränderung, verschiebt sich die Funktionalverteilung zugunsten (zu Lasten) des Kapitaleinkommens; dadurch nimmt die Verzinsung (G/K) abermals zu (ab), so daß der Kapazitätsausbau neuerlich beschleunigt (verlangsamt) wird; die absoluten Veränderungen aller hier genannten Größen nehmen im Zuge dieses Anpassungsprozesses ab und gehen schließlich gegen Null; die Wirtschaft nähert sich asymptotisch einem neuen Stadium stetigen Wachstums.
- b) Auf Grund von Verschiebungen der Beschäftigungsstruktur zugunsten (zu Lasten) der "abhängig Beschäftigten" nimmt die relative Ersparnisbildung aus Arbeitseinkommen ab (zu); obwohl das gruppenspezifische Sparverhalten konstant bleibt, droht die Konsumnachfrage, über- (unter-)proportional zu wachsen; dadurch verschiebt sich die Funktionalverteilung (G/Y) trotz zunächst konstanter Investitionsquote (I/Y) zugunsten (zu Lasten) des Kapitaleinkommens, so daß die Verzinsung (G/K) steigt (sinkt); auf Grund der Veränderung dieses Parameters (G/K) erhöht sich (sinkt) die Investitionsnachfrage

1) Hier kann auf eine eingehende Behandlung verzichtet werden, da die Zusammenhänge weiter oben ausführlich dargestellt wurden; vgl. Abschn. 32, S. 96 ff.

relativ; die Zu-(Ab-)nahme der Investitionsquote löst eine Erhöhung (Senkung) der Kapitaleinkommensquote (G/Y) aus, so daß die Verzinsung (G/K) *cet. par.* größere (kleinere) Werte annimmt; diese Beschleunigung (Verlangsamung) der Kapitalakkumulation (I/K) führt, wenn sich die Wirtschaft zunächst in einer Phase stetigen Wachstums befunden hat, zu einer Zunahme (Abnahme) des Kapitalkoeffizienten (K/Y); die Veränderungen dieser Größe wirken dem Anstieg (der Minderung) der Verzinsung (G/K), die auf der Entwicklung der Funktionalverteilung (G/Y) beruht, entgegen und vermögen sie schließlich zu kompensieren; nach Beendigung dieses Anpassungsprozesses erreicht die Wirtschaft neuerlich ein Stadium stetigen Wachstums.

Vermögenspolitisch motivierte Eingriffe, die während derartiger Entwicklungsprozesse stattfinden, dürften die geschilderten Anpassungsvorgänge überlagern, wobei zu fragen bleibt, ob sich ihre Beschäftigungs- und Wachstumseffekte grundsätzlich von denen jener Maßnahmen unterscheiden, die bei stetigem Wachstum ergriffen werden.

Diese Untersuchung hat davon auszugehen, daß die Wirtschaftssubjekte zunächst und unabhängig davon, ob sie der Gruppe der "abhängig Beschäftigten" oder jener der "Unternehmer" zugerechnet werden, monetäre Einkommenseinheiten beziehen und darauf angewiesen sind, mit deren Hilfe Ansprüche an das Realeinkommen zu stellen. Während sich deren Realisierung als unproblematisch erweist, solange sich die Wirtschaft in einer Phase stetigen Wachstums befindet, zeigt es sich, daß die "Unternehmer" bei nichtstetigem Wachstum, mithin auch bei Veränderungen des Sparverhaltens und exogen erfolgenden Eingriffen in die Verteilung, eher in der Lage sind, ihre Vorstellungen durchzusetzen und das wirtschaftliche Geschehen zu bestimmen.

Auf Grund dieser Überlegungen besteht das Problem, dem sich die Vermögenspolitik gegenüberstellt, darin, daß die zusätzlichen Gelderspar-

nisse der "abhängig Beschäftigten" nicht zwangsläufig auch zum Erwerb von Ansprüchen an das in der Volkswirtschaft bestehende bzw. zu bildende Vermögen führen, denn dazu bedarf es entweder

- a) der Bereitschaft der "Unternehmer", diese Mittel zur Investitionsfinanzierung heranzuziehen, d.h. sich zu verschulden, um die (Real-)Kapitalakkumulation im gewohnten Umfang aufrechtzuerhalten, oder
- b) der Bereitschaft und Fähigkeit der "abhängig Beschäftigten", selber als Investoren aufzutreten, d.h. Realeinkommensanteile zum eigenverantwortlichen Ausbau der Kapazitäten, etwa dem Hausbau, zu verwenden, bzw.
- c) sowohl der unter a) und b) genannten Faktoren.

Diese Größen bestimmen also nicht nur über den Erfolg der Bemühungen um Korrekturen der Vermögensstreuung, sondern auch die Entwicklung der Gesamtnachfrage, von der wiederum die gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungs- und Wachstumseffekte, die in der Folge einzelner vermögenspolitischer Maßnahmen zu erwarten sind, abhängen.

421. Die Effekte des subtraktiven Investivlohns. Der Einfluß sich wandelnder (Einkommens-)Aufteilungsentscheidungen

Während die theoretischen Erörterungen der vorausgegangenen Abschnitte auf der Annahme beruhen, die Werte der gruppenspezifischen Sparquoten seien konstant, wird jetzt unterstellt, daß die Ersparnisse, die die "abhängig Beschäftigten" aus ihrem Arbeitseinkommen bilden, relativ zunehmen. Im Gegensatz dazu bleibt die bereits früher getroffene Prämisse gültig, nach der der (Geld-)Lohnsatz, den die Tarifpartner für die jeweils nachfolgende Periode vereinbaren, parallel zur Produktivität steigt;

da dieser Satz, zusammen mit der Beschäftigung, die Höhe des (Nominal-)Arbeitseinkommens bestimmt, steht dessen Entwicklung ex-ante fest. Im Vergleich dazu sinkt die monetäre Konsumnachfrage eines Teils der Empfänger dieses Einkommens¹⁾. Dabei soll unterstellt werden, daß bekannt ist, um wieviel die Konsumausgaben der "abhängig Beschäftigten" nach Einführung des subtraktiven Investivlohns abnehmen²⁾ und die "Unternehmer" den Zuwachs der monetären Nachfrage niedriger als gewohnt antizipieren. Schlußfolgerungen über die Effekte, die sich daraus ergeben, lassen sich allerdings erst ziehen, wenn Angaben darüber vorliegen, zu welchem Zeitpunkt, d. h. während welcher Phase wirtschaftlichen Wachstums, die Sparquote der "abhängig Beschäftigten" steigen soll.

Bei stetigem Wachstum, bei dem ex-definitione sämtliche Parameter wirtschaftlichen Handelns konstant sind, also auch das gruppenspezifische Sparverhalten, löst die Einführung des subtraktiven Investivlohns eine relative Abnahme der monetären Konsumnachfrage der "abhängig Beschäftigten" aus, ohne daß für die gleichzeitig entstehenden zusätzlichen (Geld-)Ersparnisse Verwendungsmöglichkeiten gegeben sind. Die bereits zuvor vorhandenen freiwilligen (Geld-)Ersparnisse entsprechen bereits der Investitionsnachfrage, so daß sich das (Real-)Einkommen, das bei Nutzung aller Kapazitäten erstellt werden kann, cet. par. als zu groß erweisen dürfte.

In dieser Situation werden die "Unternehmer" vor die Wahl gestellt, entweder

- 1) Da das Einkommen der "Unternehmer" (Y_U) in Arbeits- und Kapitaleinkommen disaggregiert wurde, d. h.

$$(1.10) \quad Y_U = L_U + G_u$$

gilt, deren Sparquote (s_U) unterstelltermaßen jedoch konstant bleibt, erhöht sich nur die relative Ersparnisbildung aus jenem Teil des Arbeitseinkommens, das den "abhängig Beschäftigten" zufließt.

- 2) Über diese Größe geben die Tarifverhandlungen Auskunft, denn in ihnen wird die Höhe des subtraktiven Investivlohnsatzes vereinbart, so daß die Annahme gerechtfertigt ist, daß der Anstieg der relativen Ersparnisbildung bekannt ist.

- a) das Preisniveau,
- b) die Investitionen, insbesondere die Lagerausstattung, oder
- c) die Beschäftigung

den veränderten Nachfragebedingungen anzupassen. Zugunsten welcher dieser Alternativen die zu treffende Entscheidung ausfallen wird, wird davon abhängen, wie die "Unternehmer" auf die möglicherweise voneinander abweichenden Verteilungseffekte reagieren, die die ihnen zur Verfügung stehenden Maßnahmen implizieren.

Mit jeder Veränderung des Preisniveaus, wie sie hier, d. h. bei relativ sinkenden Konsumausgaben, erforderlich sind, um Angebot und Nachfrage zur Übereinstimmung zu bringen, wird es den "abhängig Beschäftigten", deren Arbeitseinkommen nominal bereits ex-ante gegeben ist, möglich, Ansprüche an das Realeinkommen zu realisieren, die das bisher gewohnte Ausmaß überschreiten. Die Einkommensverteilung verschiebt sich zugunsten des Arbeitseinkommens¹⁾. Parallel zu dessen relativer Zunahme sinkt die Verzinsung des bereits eingesetzten Kapitals²⁾, mithin einer jener Parameter, der unterstelltermaßen zu den

-
- 1) Sobald die relative Ersparnisbildung der "abhängig Beschäftigten" (s_A) aus dem Arbeitseinkommen steigt, nimmt die Sparquote aus diesem Funktionaleinkommen

$$(1.28 a) \quad s_L = \frac{s_A^L A + s_U^L U}{L}$$

zu, so daß die Kapitaleinkommensquote (G/Y)

$$(1.30) \quad \frac{G}{Y} = \frac{1}{s_G - s_L} \frac{I}{Y} - \frac{s_L}{s_G - s_L}$$

cet. par. sinkt; diesen Effekt des subtraktiven Investivlohns verdeutlicht Abb. 2.4, in der die Steigung der SS-Kurve abnimmt.

- 2) Den Einfluß, den die Sparquote aus Arbeitseinkommen (s_L) auf die Verzinsung ausübt, gibt Gleichung

$$(1.32) \quad \frac{G}{K} = \frac{1}{s_G - s_L} \frac{I}{K} - \frac{s_L}{s_G - s_L} \frac{Y}{K}$$

an.

Determinanten der Investitionsnachfrage¹⁾ gehört. Damit birgt die Anpassung des Preisniveaus die Gefahr in sich, den Ausbau der Kapazitäten negativ zu beeinflussen und dadurch zu einer Abnahme des Einkommenswachstums zu führen. Im Gegensatz dazu stehen negative Beschäftigungseffekte nicht zu befürchten, da der Realkonsum (über die Veränderungen des Preisniveaus) eine hinreichende Ausweitung erfährt.

Schließt man dagegen die Möglichkeit, daß die "Unternehmer" Korrekturen des Preisniveaus vornehmen, aus und unterstellt statt dessen, daß das Preis/Kosten-Verhältnis kurzfristig als invariable Größe zu betrachten ist²⁾, so wird die Entscheidung zugunsten einer der beiden übrigen Alternativen ausfallen. Dabei erscheint es wenig plausibel anzunehmen, daß die Investitionen überproportional steigen werden, denn die Erhöhung der Kapitalakkumulation muß angesichts einer relativ sinkenden Konsumnachfrage zur Errichtung von Überkapazitäten führen. Der Widerstand gegen die Verteilungseffekte vermögenspolitischer Maßnahmen, hier jener der Beeinflussung der Sparwilligkeit der "abhängig Beschäftigten", der im Festhalten an der ursprünglichen Preis/Kosten-Relation zum Ausdruck kommt, dürfte statt dessen zur Folge haben, daß die "Unternehmer" die Produktion bzw. die Beschäftigung dem zu erwartenden, geringeren Nachfragezuwachs anpassen. Damit birgt der subtraktive Investivlohn bzw. dessen Einführung die Gefahr in sich, nicht nur negative Wachstumseffekte, sondern auch nachteilige Beschäftigungsauswirkungen hervorzurufen³⁾.

- 1) Die Bedeutung, die der Verzinsung in der Investitionsfunktion zukommen soll, läßt

$$(2.25) \quad \frac{I_t}{Y_t} = \frac{Y_t - Y_{t-1}}{Y_{t-1}} \frac{K_t}{Y_t} + v \left(\frac{G_t}{K_t} - \frac{G_{t-1}}{K_{t-1}} \right)$$

erkennen, in der v die Gewichtung dieses Parameters angeben soll.

- 2) Von dieser Annahme geht Kaldor, N.: "Alternative Theories...", S. 94, aus; die nachfolgenden Hinweise auf das Ergebnis der Untersuchung von Föhl, C.: "Kreislaufanalytische Untersuchung...", weisen darauf hin, daß dieser Autor ebenfalls von der kurzfristigen Invarianz des Preis/Kosten-Verhältnisses ausgeht.
- 3) Föhl, C.: "Kreislaufanalytische Untersuchung...", S. 123, sieht dieselben Gefahren und befürchtet, daß es, insbesondere dann, wenn der subtraktive Investivlohn plötzlich und mit einem hohen Satz eingeführt wird, nicht nur zur Unterbeschäftigung, sondern zur Krise kommt.

Da diese Analyse von der Annahme stetigen Wachstums, mithin einem Wachstumsstadium, das selbst die Theorie nur für näherungsweise erreichbar hält, ausgeht, erlaubt es ihr Ergebnis allerdings nicht, ein umfassendes Urteil über den subtraktiven Investivlohn und dessen mutmaßliche Folgen zu fällen. Diese Aufgabe läßt sich erst lösen, wenn Verhältnisse berücksichtigt werden, wie sie die Vermögenspolitik in der Realität vorfinden dürfte; wahrscheinlich werden deren Charakteristika nicht kontinuierlich steigende Nachfrage und konstante Verzinsung, sondern, möglicherweise ständige, Veränderungen dieser Größen sein. Dabei können etwa

- a) Verlagerung der Fortschrittsfunktion, z. B. vorausgegangene Erhöhungen des Niveaus dieser Funktion, oder
- b) Verschiebungen der Beschäftigungsstruktur, z. B. deren Veränderung zugunsten der "abhängig Beschäftigten",

als Ursachen nichtstetigen Wachstums gelten. Um die Effekte, die der subtraktive Investivlohn dann auszulösen vermag, untersuchen zu können, wird unterstellt, daß seine Einführung während eines Anpassungsprozesses stattfindet, der auf das erste dieser Ereignisse zurückgeht.

Da die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, die die Erhöhung des Niveaus der Fortschrittsfunktion auslöst, in der zum Vergleich herangezogenen Ausgangssituation dadurch gekennzeichnet sein soll, daß, wie im Grundmodell, die Produktivität mit wachsender Geschwindigkeit zunimmt und die (natürliche) Verzinsung steigt, sehen sich die "Unternehmer" annahmegemäß dazu veranlaßt, die Investitionsnachfrage relativ zu erhöhen. Da die Erhöhung der Investitionsquote eine Zunahme der, annahmegemäß jedoch konstanten, gruppenspezifischen Sparquoten oder Veränderungen der Einkommensverteilung zugunsten jenes Einkommens, aus dem die relativ höheren Ersparnisse gebildet werden, erfordert, wird das Kapitaleinkommen überproportional steigen¹⁾, bis sich gesamtwirt-

1) Vgl. S. 138 ff.

schaftliche Ersparnis und Investition entsprechen. Da das Einkommen der "abhängig Beschäftigten"¹⁾ und, parallel dazu, deren Beitrag zur Gesamtersparnis während dieses Prozesses relativ abnehmen, verschiebt sich die Streuung des Vermögenszuwachses zugunsten der "Unternehmer"²⁾, d. h. zu Lasten jener, deren Vermögensbildung gefördert werden soll. In dieser Situation dürfte der subtraktive Investivlohn die Möglichkeit bieten, der Konzentration von Einkommen und Vermögen entgegenzuwirken.

Der Anstieg der relativen Ersparnisbildung der "abhängig Beschäftigten", der über den subtraktiven Investivlohn angestrebt wird, dürfte einen dämpfenden Einfluß auf die Entwicklung der Konsumnachfrage ausüben. Dadurch entspannt sich der Konflikt um die Einkommensverwendung, der zu der oben erwähnten Zunahme der Kapitaleinkommensquote führt. Diese Veränderung beeinflusst allerdings, jeweils in Abhängigkeit von der Höhe des Investivlohnsatzes bzw. der Erhöhung der Sparquote der "abhängig Beschäftigten", die Verzinsung negativ. Da deren Wert in Phasen nichtstetigen Wachstums der hier unterstellten Form jedoch steigt, dürfte die Vermögenspolitik nur zu einer relativen nicht aber einer absoluten Abnahme der Verzinsung führen.

Diese Überlegung legt den Schluß nahe anzunehmen, der subtraktive Investivlohn werde der Zunahme der, unterstelltermaßen von der Entwicklung der (natürlichen) Verzinsung abhängigen Investitionsquote entgegen-

- 1) Über die Querverteilungseffekte einer relativ zunehmenden Investitionsnachfrage gibt Gleichung

$$(1.21) \quad \frac{Y_U}{Y} = \frac{1}{s_U - s_A} \frac{I}{Y} - \frac{s_A}{s_U - s_A}$$

Auskunft, die die Determinanten der Einkommensquote der "Unternehmer" (Y_U/Y) zeigt.

- 2) Die Zusammenhänge zwischen der Vermögensverteilung (K_A/K_U) auf der einen und den gruppenspezifischen Sparquoten ($s_A; s_U$) sowie der Investitionsquote ($I/Y = s$) auf der anderen Seite läßt

$$(1.27) \quad \frac{K_A}{K_U} = \frac{s_A(s_U - s)}{s_U(s - s_A)}$$

erkennen.

wirken, so daß die Kapitalakkumulation relativ sinkt. Daraus folgt jedoch, daß die Vermögenspolitik auch unter den hier angenommenen Verhältnissen negative Wachstumseffekte auslöst, denn sie beeinflußt den Kapazitätsausbau, die Voraussetzung zukünftigen Wachstums, nachteilig. Im Gegensatz dazu scheint die Gefahr negativer Beschäftigungseffekte nicht zu bestehen, denn der subtraktive Investivlohn dürfte in Phasen, in denen die Nachfrage das Angebot zu übersteigen droht, nicht dazu führen, daß eine Nachfragelücke entsteht¹⁾.

Damit läßt sich zusammenfassend feststellen, daß die Wirkungen, die die Zunahme der relativen Ersparnisbildung der "abhängig Beschäftigten" auszulösen vermag, nur bedingt davon mitbestimmt werden, ob diese gruppenspezifische Sparquote während eines Stadiums stetigen Wachstums steigt oder nicht; die relative Abnahme der Konsumnachfrage übt in jedem Fall negative Effekte auf die Verzinsung aus. Ob es dadurch nur zur Abnahme der Kapitalakkumulation oder auch der Beschäftigung kommt, hängt dagegen vom Zeitpunkt ab, zu dem der subtraktive Investivlohn eingeführt wird. Dabei ist allerdings darauf zu verweisen, daß dieses Ergebnis auf der Annahme beruht, daß weder der Staat, der stets die Möglichkeit dazu hat, noch das Ausland kompensierende Einflüsse ausüben.

422. Die Effekte von additivem Investivlohn und Ertragsbeteiligung.
Exogen erfolgende Korrekturen der Einkommensverteilung

Additiver Investivlohn und Ertragsbeteiligung als unmittelbar verteilungswirksame Eingriffsmöglichkeiten, die der Vermögenspolitik zur Verfügung stehen, weisen trotz eventuell vorhandener Unterschiede mindestens

1) Föhl, C.: "Kreislaufanalytische Untersuchung...", S. 123, kommt bei seiner Betrachtung, in der der Nachfrageüberhang allerdings konjunkturell bedingt ist, zum selben Ergebnis; darüber hinaus betont er die Bedeutung, die der Höhe des Investivlohnsatzes zukommt.

eine Gemeinsamkeit auf; sie gestatten es, die Streuung des Vermögenszuwachses zu beeinflussen, ohne den "abhängig Beschäftigten" die Einschränkung ihres Konsums bzw. dessen parallel zum Gesamteinkommenswachstum erfolgenden Anstiegs zumuten zu müssen, denn deren aus dem freiverfügbaren Arbeitseinkommen gebildete Ersparnisse sollen durch Teile des anderenfalls den "Unternehmern" zufließenden Einkommens erhöht werden. Daher werden etwaige Beschäftigungs- und Wachstumseffekte von additivem Investivlohn und Ertragsbeteiligung wahrscheinlich andere Ursachen als die im vorausgegangenen genannten haben.

Da die zusätzlichen Leistungen, kraft derer die Vermögensbildung der "abhängig Beschäftigten" gefördert werden soll, einmal unabhängig vom Erfolg des arbeitgebenden Unternehmens zu erfolgen haben, das andere Mal jedoch von eben dieser Größe mitbestimmt werden, ist nicht auszuschließen, daß die Reaktionen, die additiver Investivlohn und Ertragsbeteiligung auszulösen vermögen, voneinander abweichen. Diese Vermutung legt es nahe, beide Instrumente getrennt auf ihre Wirkungen hin zu untersuchen. Dabei dürfte es sich auch zeigen, ob der einzelne Eingriff zur Korrektur der Funktional- oder der Querverteilung führt.

4221. Der Einfluß des additiven Investivlohns auf Beschäftigung und Wachstum

Die Vermögenspolitik konfrontiert die "Unternehmer" hier mit der Forderung nach Erhöhung des (Nominal-)Lohnsatzes, die über den Produktivitätsfortschritt hinausgehen, und sucht gleichzeitig zu verhindern, daß die zusätzlichen Kosten überwältzt werden. Um weitgehend auszuschließen, daß die (monetäre) Konsumnachfrage der "abhängig Beschäftigten" parallel zum (Nominal-)Arbeitseinkommen steigt, gelangt der Gegenwart des additiven Investivlohns nicht in die freie Verfügungs-

gewalt seiner Empfänger¹⁾. Wenn man daher unterstellt, daß diese Bemühungen den gewünschten Erfolg haben, so ist anzunehmen, daß die "Unternehmer" den Kapitaleinkommenszuwachs, der die Entwicklung ihres eigenen Einkommens entscheidend mitbestimmt²⁾, niedriger als gewohnt antizipieren werden.

Die theoretischen Erörterungen, auf denen bereits die Untersuchung des subtraktiven Investivlohns und seiner Effekte beruht, lassen vermuten, daß die aus vermögenspolitischen Erwägungen heraus erstrebte Abnahme der Kapitaleinkommensquote zwei Faktoren beeinflusst, die die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nachhaltig mitbestimmen:

- a) bei annahmegemäß konstantem gruppenspezifischem Sparverhalten der "Unternehmer" wird deren Konsum langsamer als gewohnt steigen³⁾, und
- b) bei unterstelltermaßen von der Verzinsung abhängiger Investitionstätigkeit wird die Kapitalakkumulation abnehmen, denn mit dem relativen Rückgang des Kapitaleinkommens sinkt auch die Verzinsung (des bereits eingesetzten und des neu zu bildenden Kapitals).

Die Veränderung beider Größen löst cet. par. eine, wiederum relative, Abnahme der Gesamtnachfrage aus. Während mit Sicherheit anzunehmen ist, daß sich daraus negative Wachstumseffekte ergeben, hängen die Wirkungen, die der additive Investivlohn auf die Beschäftigung auszuüben

1) Vgl. Adenauer, P.: "Investivlohn, - Hirngespinnst oder kleineres Übel?", S. 227

2) Da unterstellt ist, daß der Vermögensanteil der "Unternehmer" jenen der "abhängig Beschäftigten" übersteigt, und die Verzinsung zu einem einheitlichen Satz erfolgt, werden die "Unternehmer" stärker von der Abnahme der Kapitaleinkommensquote betroffen.

3) Föhl, C.: "Kreislaufanalytische Untersuchung...", S. 154, äußert allerdings die Ansicht, daß der Konsum insbesondere der Bezieher sehr hoher Einkommen von vermögenspolitischen Korrekturen der Verteilung nicht oder kaum beeinträchtigt werde; wenn hier dennoch konstante gruppenspezifische Sparquoten unterstellt werden, so, um an den theoretischen Ansatz der Spar-Investitionstheorie anknüpfen zu können.

vermag, davon ab, wann dessen Einführung erfolgt.

Da die jeweils vorhandenen Kapazitäten bei stetigem Wachstum die Erwartung widerspiegeln, daß die Gesamtnachfrage kontinuierlich zunimmt, dürfte sich das Einkommen, das sich bei Vollbeschäftigung erstellen läßt, nach Einführung des additiven Investivlohns als zu groß erweisen, denn der Konsum der "Unternehmer" und die Investitionen entsprechen dann nicht mehr dem ursprünglich antizipierten Ausmaß. Das führt vermutlich dazu, daß das Angebot den veränderten (Nachfrage-)Bedingungen angepaßt, d. h. die Produktion eingeschränkt wird, so daß hier ähnliche Beschäftigungseffekte drohen, wie sie der subtraktive Investivlohn bei stetigem Wachstum auszulösen vermag; es kommt zur Unterbeschäftigung¹⁾.

Da diese Analyse indes auf der Annahme stetigen Wachstums beruht, dürfte ihr Ergebnis nur bedingt aussagefähig sein, denn in der Realität werden die Ansprüche an das Gesamtprodukt wahrscheinlich nur in Ausnahmefällen mit derselben Geschwindigkeit wie das Einkommen, das mit den jeweils vorhandenen Kapazitäten errichtet werden kann, zunehmen. Unterstellt man daher, daß der additive Investivlohn während Phasen nichtstetigen Wachstums, in denen die Nachfrage schneller als die Kapazitäten zu steigen droht, - die Voraussetzungen, die die Vermögenspolitik dann vorfindet, können als bekannt gelten -, eingeführt wird, so dürfte sein negativer Einfluß auf den Konsum der "Unternehmer" und die Investitionstätigkeit lediglich zur Folge haben, daß der bestehende Nachfrageüberhang abnimmt. Wie groß dessen Umfang ist und ob an dessen Stelle gar eine Nachfragelücke eintritt, läßt sich dagegen nur angeben, wenn

- a) die Höhe des angestrebten Investivlohnsatzes bekannt ist und
- b) detaillierte Daten über die Wachstumsphase, während derer der additive Investivlohn eingeführt werden soll, vorliegen,

1) Föhl, C.: "Kreislaufanalytische Untersuchung...", S. 125, vertritt ebenfalls die Ansicht, daß der additive Investivlohn im (dynamischen) Gleichgewicht zur Unterbeschäftigung führen wird.

denn beide Faktoren entscheiden darüber, wie stark das Wachstum der Gesamtnachfrage sinkt.

Eine Gegenüberstellung dieses Ergebnisses mit jenem der Analyse des subtraktiven Investivlohns zeigt, daß die vermögenspolitischen Eingriffe in beiden Fällen Gefahren für Beschäftigung und Wachstum in sich bergen. Mindestens bei nichtstetigem Wachstum der hier unterstellten Form scheint es jedoch geraten, den additiven Investivlohn vorzuziehen, denn er erlaubt es, die Vermögensbildung der "abhängig Beschäftigten" zu fördern, ohne daß deren Lebensstandard relativ abzunehmen braucht.

4222. Der Einfluß der Ertragsbeteiligung¹⁾ auf Beschäftigung und Wachstum

Obwohl Ertragsbeteiligung und additiver Investivlohn demselben Ziel, der Verbesserung der Sparfähigkeit der "abhängig Beschäftigten" dienen sollen, weichen beide Eingriffe in einem Punkt voneinander ab. Während die Vermögenspolitik mit Hilfe des additiven Investivlohns versucht, den Prozeß der Funktionalverteilung in ihrem Sinne zu steuern, beschränkt sie sich im zweiten Fall darauf, ex-post Korrekturen (der Verteilung) vorzunehmen. Dadurch entziehen sich die vermögenswirksamen Leistungen jedoch einer zweifelsfreien theoretischen Zuordnung zu einer der bestehenden Einkommenskategorien, denn während ihr Bezug das Bestehen eines Arbeitsverhältnisses voraussetzt, so daß sie formal dem Arbeitseinkommen zugeordnet werden können, stellt ihre

1) Dabei wird die Ertragsbeteiligung als Anspruch auf zusätzliches Einkommen verstanden, auf Grund dessen sich die Einkommensverteilung zugunsten der "abhängig Beschäftigten" ändern soll; wenn die Ertragsbeteiligung dagegen nicht zu Verschiebungen der Verteilung führt, stellt sie nur einen anderen, nicht mehr am Arbeitseinsatz, sondern am Erfolg der Unternehmen orientierten Modus zur Berechnung des Arbeitseinkommens dar; vgl. Krelle, W.: "Überbetriebliche Ertragsbeteiligung ...", S. 42, der der Ertragsbeteiligung dann eher prinzipielle und psychologische als faktische Bedeutung beimißt.

Höhe, sowohl nominal als auch real, eine Überraschungsgröße dar. Dieses Kriterium betrachten sowohl die mikro- als auch die makro-ökonomische Theorie als Charakteristikum des Kapitaleinkommens, so daß die Ertragsbeteiligung von daher nicht als Korrektur der Funktional-, sondern als solche der Verteilung des Kapitaleinkommens zu gelten hat. Das bedeutet jedoch, daß die Vermögenspolitik die natürliche Verzinsung (des bereits vorhandenen Kapitals) nicht beeinträchtigt.

Neben der Schwierigkeit, die vermögenswirksamen Leistungen einer der bestehenden Einkommenskategorien zuordnen zu müssen, um deren Wirkung auf die Verzinsung angeben zu können, wirft die Beurteilung der Ertragsbeteiligung weitere Fragen auf, die sich weder bei der Erörterung des subtraktiven noch jener des additiven Investivlohns stellen. Sie ergeben sich, weil die Theorie davon ausgeht, daß das gesamte Kapitaleinkommen den Eignern bereits vorhandener Vermögensmassen zufällt, und daher nur einen, den natürlichen Zins kennt und als Parameter der Investitionsfunktion¹⁾ versteht. Wenn Brutto- (= natürliche) und Nettoverzinsung des Investors voneinander abweichen, so bedarf diese Funktion daher einer Präzisierung. Dabei wird die Investitionsquote cet. par. nur konstant bleiben, wenn sie als abhängige Variable der natürlichen Verzinsung verstanden wird, denn deren Wert verändert die Ertragsbeteiligung nicht²⁾. Wird demgegenüber, was plausibel erscheint, unterstellt, daß die Vermögenseigner vordringlich an ihrer Nettoverzinsung interessiert sind, werden sie ihre Investitionsentscheidungen im

1) Da sich sowohl Kaldor, N.: "Alternative Theories ...", S. 94 ff., als auch Pasinetti, L.: "Rate of Profit and Income Distribution ...", S. 267 ff., in ihren verteilungstheoretischen Überlegungen darauf beschränken, die Primärverteilung zu untersuchen, analysieren sie nur die Determinanten der natürlichen Verzinsung; da die wachstumstheoretischen Überlegungen von Kaldor, N.: "A model ...", S. 605 ff., auf diesen Hypothesen aufbauen, gilt die natürliche Verzinsung als Parameter der Investitionsfunktion.

2) Dabei ist allerdings unterstellt, daß das zusätzliche Einkommen, das die "abhängig Beschäftigten" über die Ertragsbeteiligung beziehen, zum Kapitaleinkommen gerechnet werden sollte.

wesentlichen von dieser Größe mitbestimmen lassen¹⁾. Deren Werte werden jedoch von der Ertragsbeteiligung beeinflusst.

Dadurch droht die Vermögenspolitik hier dieselben oder ähnliche Nachfrageeffekte auszulösen, wie sie der additive Investivlohn verursacht, wofür die bereits weiter oben genannten Faktoren verantwortlich sind; nach Einführung der Ertragsbeteiligung

- a) sinkt die Wachstumsrate, mit der der Konsum der "Unternehmer" steigt, weil deren (Kapital- und damit deren Gesamt-)Einkommen relativ abnimmt, und
- b) läßt die Investitionstätigkeit auf Grund der zurückgehenden Nettoverzinsung nach.

Auch hier hängen die Wirkungen, die diese Veränderungen auf Beschäftigung und Wachstum ausüben, davon ab, wann die Korrekturen der Verteilung erfolgen, d. h. davon, ob die Ertragsbeteiligung bei stetigem Wachstum eingeführt wird oder nicht. Da der Einfluß auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, den die unter a) und b) genannten Faktoren bei unterschiedlichen Ausgangssituationen auszuüben vermögen, jedoch

-
- 1) Die Eigner bereits vorhandenen Vermögens dürften primär an der Höhe des ihnen zufließenden Kapitaleinkommens interessiert sein; dessen Umfang bestimmt jedoch die Nettoverzinsung; Krelle, W.: "Überbetriebliche Ertragsbeteiligung...", S. 85, vertritt ebenfalls diese Ansicht, wenn er davon ausgeht, daß der Nettogewinn die Investitionsentscheidungen mitbestimmt; damit tritt an die Stelle der ursprünglich unterstellten Investitionsfunktion

$$(2.25) \quad \frac{I_t}{Y_t} = \frac{Y_t - Y_{t-1}}{Y_{t-1}} \frac{K_t}{Y_t} + v \left(\frac{G_t}{K_t} - \frac{G_{t-1}}{K_{t-1}} \right)$$

in der (I/Y) die Investitionsquote, (Y) das Einkommen, (K/Y) den Kapitalkoeffizienten und (v) den Einfluß der (natürlichen) Verzinsung (G/K) angibt,

$$\frac{I_t}{Y_t} = \frac{Y_t - Y_{t-1}}{Y_{t-1}} \frac{K_t}{Y_t} + v \left(\frac{G_{K_t}}{K_t} - \frac{G_{K_{t-1}}}{K_{t-1}} \right)$$

in der (G_K/K) die (Netto-)Verzinsung, die die Eigner bereits vorhandenen Vermögens erzielen, bezeichnen soll.

jenem des additiven Investivlohns entsprechen werden, bedürfen sie hier keiner gesonderten Erörterung, sondern es bleibt auf das weiter oben erzielte Ergebnis zu verweisen¹⁾. Danach verursacht die Vermögenspolitik in jedem Fall negative Wachstumseffekte, gefährdet die Beschäftigung aber nur, wenn sie bei stetigem Wachstum die von ihr erstrebten Korrekturen vornimmt.

Darüber hinaus wirft die Ertragsbeteiligung Probleme auf, wie sie in gleicher oder ähnlicher Form bei sämtlichen vermögenspolitisch motivierten Eingriffen auftreten dürften, bis jetzt jedoch unerwähnt blieben. Sobald sich die Ersparnisbildung zugunsten der "abhängig Beschäftigten" verschiebt, nehmen die Selbstfinanzierungsmöglichkeiten bereits bestehender Unternehmen relativ ab, so daß die Außenfinanzierung²⁾ an Bedeutung steigt und der "Grad der Herrschaft"³⁾ Änderungen erfährt. Dagegen bestehen möglicherweise, insbesondere in Personen- und personenbezogenen Kapitalgesellschaften, Widerstände, die das Investitionsverhalten der Betroffenen beeinträchtigen; sind deren Reaktionen stark genug, so steht zu befürchten, daß die Investitionsnachfrage insgesamt, und zwar relativ, abnimmt. Dadurch würden die negativen gesamtwirtschaftlichen Effekte, die bereits erörtert wurden, verstärkt⁴⁾.

Im Vergleich zu den vorausgegangenen Aspekten ist der Unterschied zwischen betrieblicher und überbetrieblicher Ertragsbeteiligung weniger von gesamtwirtschaftlichen als vielmehr sozialpolitischem Belang. Bei der betrieblichen Ertragsbeteiligung kommen nur die Arbeitnehmer

1) Vgl. Abschn. 4221, S. 147 ff.; dort werden die Effekte des additiven Investivlohns erörtert.

2) Da die Außenfinanzierung sowohl die Aufnahme neuen Eigenkapitals als auch die von Krediten umfaßt, kann offen bleiben, in welcher Form die Ersparnisse der "abhängig Beschäftigten" angelegt werden.

3) Vgl. Krelle, W.: "Überbetriebliche Ertragsbeteiligung...", S. 85

4) Diesen Widerstand betrachtete Krelle, W.: "Überbetriebliche Ertragsbeteiligung...", S. 85, als einen ernstzunehmenden Faktor, dessen Wirkungen auf die Investitionsentscheidungen nicht unterschätzt werden sollten.

des privatwirtschaftlichen Bereichs in den Genuß vermögenswirksamer Leistungen, deren Höhe zudem starke Unterschiede aufweisen werden, weil sie vom Erfolg bzw. Mißerfolg des arbeitgebenden Unternehmens bestimmt sind.

5. SCHLUSSBEMERKUNGEN

Eine Gegenüberstellung der Ergebnisse, die die Untersuchungen der einzelnen vermögenspolitisch motivierten Eingriffe und deren Folgen erbringen, deutet darauf hin, daß alle Anstrengungen, die Streuung des privaten Vermögenszuwachses zu korrigieren, negative Wachstumseffekte auszulösen drohen und, darüber hinaus, Gefahren für die Vollbeschäftigung in sich bergen. Dabei verursacht die Vermögenspolitik diese Wirkungen unabhängig davon,

- a) ob sie lediglich versucht, die Sparwilligkeit der "abhängig Beschäftigten", etwa mit Hilfe des subtraktiven Investivlohns, zu fördern und damit zu einer relativen Zunahme der privaten Gesamtersparnis zu kommen, und dadurch sekundär die Einkommensverteilung verändert, oder
- b) ob sie primäre Eingriffe in die (Funktional- bzw. Kapital-)Einkommensverteilung, etwa in Form des additiven Investivlohns oder der der Ertragsbeteiligung vorsieht, um die Sparfähigkeit der "abhängig Beschäftigten" zu erhöhen und die Streuung eines gegebenen privaten Vermögenszuwachses zu steuern.

Die Reaktionen auf diese Bemühungen beruhen nicht darauf, daß eine verstärkte Vermögensbildung der "abhängig Beschäftigten" abgelehnt wird, sondern auf dem Widerstand gegen einen relativen Rückgang des Kapitaleinkommens bzw. gegen dessen Umverteilung, der sich darin manifestiert, daß die Investitionstätigkeit auf Grund nachlassenden Nachfragezuwachses bzw. sinkender (natürlicher bzw. Netto-)Verzinsung, wiederum relativ, abnimmt. Diese Wirkungen vermögenspolitisch motivierter Maßnahmen treten besonders deutlich hervor, wenn, wie im vorausgegangenen unterstellt, weder vom Staat noch vom Außenhandel Impulse ausgehen, die die negativen Nachfrageeffekte kompensieren, die von einer Zunahme der Sparwilligkeit der "abhängig Beschäftigten" bzw. dem relativen Rück-

gang des Kapitaleinkommens oder dessen Umverteilung ausgehen¹⁾.

In Erkenntnis der nachteiligen Wirkungen von subtraktivem und additivem Investivlohn sowie jenen der Ertragsbeteiligung entwickelt Föhl vollkommen anders geartete Vorstellungen²⁾, um die Vermögensbildung der "abhängig Beschäftigten" zu fördern. Dieser Autor denkt einmal daran,

- a) die Sozialversicherungspflicht entfallen zu lassen³⁾; an deren Stelle soll das freiwillige Vorsorgesparen treten, das aus denselben Quellen zu speisen wäre, aus denen heute die Sozialversicherungsbeiträge fließen;

und schlägt zum anderen vor,

- b) die "abhängig Beschäftigten" vor die Wahl "Sparkasse oder Finanzamt" zu stellen⁴⁾; jene, deren Sparfähigkeit unter den gegebenen Bedingungen die Bildung von Vermögen nicht oder nicht im gewünschten Umfang erlaubt, sollen die Möglichkeit erhalten, ihre Steuerlast um die freiwillig Ersparnis zu vermindern; gleichzeitig ist an eine Umstrukturierung des Steuersystems gedacht, durch die die Verbrauchssteuerbelastung ab- und die Einkommenssteuerbelastung zunehmen soll, um die Besteuerung stärker nach der Höhe des individuellen Einkommens differenzieren zu können.

1) Föhl, C.: "Kreislaufanalytische Untersuchung ...", S. 118 ff., betrachtet die Effekte von subtraktivem und additivem Investivlohn sowie jene der Ertragsbeteiligung ebenfalls isoliert, d. h. er unterstellt ebenfalls, daß weder vom Staat noch vom Ausland kompensierende Impulse ausgehen; dabei kommt der Autor dann zu ähnlichen, wenn auch von abweichenden theoretischen Grundlagen ausgehend, Ergebnissen, wie sie sich in den Abschnitten 421 ff. dieser Arbeit finden.

2) Vgl. Föhl, C., a. a. O., S. 147 ff.

3) Föhl, C., a. a. O., S. 149

4) Föhl, C., a. a. O., S. 153

Um die Einnahmeausfälle des Staates, die sich bei einer Durchführung dieser Pläne ergeben dürften, zu kompensieren, schlägt Föhl eine stärkere Verschuldung des Staates vor. Die dazu erforderlichen Mittel entstammen der dann relativ gestiegenen Ersparnisbildung der "abhängig Beschäftigten". Die Geldersparnisbildung verschiebt sich zugunsten jener Haushalte, deren Vermögensbildung gefördert werden soll, und zwar zu Lasten des Staates, nicht der "Unternehmer". Dadurch lassen sich nach Ansicht Föhl's negative Effekte, wie sie die weiter oben erörterten Eingriffe nach sich zu ziehen drohen, vermeiden.

LITERATURVERZEICHNIS

- Adenauer, P. Investivlohn - Hirngespinnst oder kleineres Übel?, in: Die Sparkasse, 1962, S. 227 ff.
- Arnold, K. Miteigentum, in: Der Michel Nr. 10 vom 10. 3. 1953
- Miteigentumssparen, Sonderdruck 1952
- Atsumi, N. Mr. Kaldor's Theory of Income Distribution, in: RESt., Vol. 27-28, 1959. 61, S. 109 ff.
- Bachmann, H. Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer, in: GM, 1953, S. 208 ff.
- Kritische Gedanken über Gewinnbeteiligung und Miteigentum, München 1953
- Miteigentum im Zwiespalt von Ideen und Interessen, München 1954
- Vermögensstreuung durch Tarifvertrag, in: RA, 1957, S. 451 ff.
- Black, J. The technical Progress Function and the Production Function, in: Economica, Vol. XXIX, 1962, S. 166 ff.
- Bohnet, A. Zur Theorie der personellen Einkommensverteilung, Veröffentlichungen der Universität Mannheim - Wirtschaftshochschule, Bd. 19, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1967
- Bombach, G. Die verschiedenen Ansätze der Verteilungstheorie, in: Einkommensverteilung und technischer Fortschritt, Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF, Bd. 17, 1959, S. 95 ff.
- Preisstabilität, wirtschaftliches Wachstum und Einkommensverteilung, in: Schw. Z. f. Vo. St., Bd. 95, 1959, S. 1 ff.

- Bombach, G. Quantitative und monetäre Aspekte des Wirtschaftswachstums, in: Finanz- und währungspolitische Bedingungen wirtschaftlichen Wachstums, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. 15, 1959, S. 154 ff.
- Von der Neoklassik zur modernen Wachstums- und Verteilungstheorie, in: Schw. Z. f. Vo. St., Bd. 100, 1964, S. 399 ff.
- Zur Theorie des wirtschaftlichen Wachstums, in: WWA, Bd. 70, 1953, S. 110 ff.
- Büttner, H. W. Eigentumsstreuung über Sozialkapital, in: SF, 1958, 4, S. 58 ff.
- Vermögensbildung der Arbeitnehmer, in: Gewerkschafter, 1961, S. 14 ff.
- Vermögensbildung durch Umverteilung, in: GM, 61, S. 264 ff.
- Zur Problematik der Vermögensstreuung, in: Arbeitskammer 60, S. 301 ff.
- Chang, P. P. Rate of Profit and Income Distribution in Relation to the Rate of Economic Growth. A Comment, in: RESt., Vol. 31, 1964, S. 103 ff.
- Chevallier, O. de la Die Verteilung des Vermögenszuwachses in der Bundesrepublik Deutschland seit 1950, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Sonderhefte, Nr. 80, 1968
- Clark, J. B. The Distribution of Wealth, New York 1956
- Cobb, Ch. W., Douglas, P. A Theory of Production, in: AER, "Papers and Proceedings", Vol. 18, 1928, S. 139 ff.
- Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (Hrsg.): Das Miteigentum der Arbeitnehmer, 4. Aufl., Bonn 1957
- Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) (Hrsg.): Miteigentum. DAG-Plan zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer, Hamburg 1965

- Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) (Hrsg.): Miteigentum der Arbeitnehmer, eine Stellungnahme der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hamburg 1955
- Deutsches Industrie-Institut (Hrsg.): Eigentum in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1964
- Eigentumsbildung in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1963
- Diehl, K. Vermögen, in: Wörterbuch der Volkswirtschaft, Bd. 3, 4. Aufl., Jena 1933, S. 707 ff.
- Dittmar, R. Ein Gesetzesvorschlag über "Das Miteigentum von Arbeitnehmern", Einf., Erl. und Beispiele, Bonn 1957, Heft 5
- Erläuterung der Vorschläge der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft zum Miteigentum, in: Eigentumsbildungspolitik ohne Miteigentum? Bericht über eine eigentumspolitische Tagung der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hamburg 1959, S. 29 ff.
- Miteigentum - kein praktischer Vorschlag? Bonn 1958
- Domar, E. Essays in the theory of economic growth, New York 1957
- Douglas, P., Cobb, W. A Theory of Production, in: AER "Papers and Proceedings", Vol. 18, 1928, S. 139 ff.
- Are there Laws of Production?, in: AER, Vol. 38, 1948, S. 1 ff.
- Ducros, B., Marchal, J. Introduction to The Distribution of National Income, Proceedings of a Conference held by the International Economics Ass., New York 1968, S. xiii ff.
- Dürr, E. Wachstumstheorie und Wachstumspolitik, in: Jhrb.f. Nö. St., Bd. 176, 1964, S. 385 ff., S. 523 ff.
- Duesenberry, J.S. Income, Saving and the Theory of Consumer Behavior, Cambridge Mass., 1949

- Even, D. (Hrsg.): Unser Weg zur sozialen Neuordnung - Eigentumsbildung für den Arbeitnehmer, Köln 1953
- Exo, R. Die Entwicklung der sozialen und ökonomischen Struktur der Ersparnisbildung in der Bundesrepublik Deutschland, Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, Bd. 31, Berlin 1967
- Ferguson, C. F. Theories of Distribution and Relative Shares, in: Jhrb. f. Nö. St., Bd. 176, 1964, S. 23 ff.
- Findlay, R. Economic Growth and Distribution Shares, in: RESt., Vol. 27-28, 1959-1961, S. 167 ff.
- Föhl, C. Aktuelle Pläne zur Beeinflussung der Einkommensverteilung und Vermögensbildung, in: Lohnpolitik und Vermögensbildung, Veröffentlichungen der List-Gesellschaft, Basel-Tübingen 1964
- Erfolgsbeteiligung - die Antwort auf die Krise unserer Sozialpolitik? in: Veröffentlichung der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft e. V., Reihe III, Heft 2
- Kreislaufanalytische Untersuchung der Vermögensbildung in der Bundesrepublik und der Beeinflußbarkeit ihrer Verteilung, Gutachten, Tübingen 1964
- Über die Möglichkeiten einer Beeinflussung der Vermögensbildung und der Verteilung, in: F. A., N. F., Bd. 19, 1959, S. 132 ff.
- Funnekötter, E. Jedem das Seine, als Manuskript gedruckt, 1954
- Gehlen, B. Zur Theorie und Messung des nicht-neutralen technischen Fortschritts in CES-Funktionen, in: Z. f. d. G. St. w., Bd. 123, 1967, S. 450 ff.

- Gleitze, B. Der Westdeutsche Investitionsaufwand und seine Finanzierung seit der Währungsreform, in: Konkunkturpolitik, Jg. 1958, S. 107 ff.
- Die Bildung und Verteilung von Sozialkapital, in: SF, 1958, S. 33 ff.
- Lohnpolitik und Vermögensverteilung, in: SF 1957, S. 53 ff.
- Sozialkapital und Konjunktur, in: Konjunkturpolitik, Jg. 1958, S. 212 ff.
- Wo schlägt sich neugebildetes Kapital in der modernen Wirtschaft nieder?, in: Macht und Ohnmacht der Eigentumsbildung - Tagungsprotokoll des 7. Europäischen Gesprächs 1958 in Recklinghausen, 1958, S. 91 ff.
- Häussler, E. Der Arbeiter als Wirtschaftsbürger, in: SF, 1956, S. 93 ff.
- Der Arbeitnehmer von morgen. Mit-Eigner und Mit-Träger in der Wirtschaftsgesellschaft, 3. Aufl., Stuttgart 1956
- Investivlohn - Investitionslohn, notwendige Klarstellung der Begriffsinhalte, in: Politisch-soziale Korrespondenz, Nr. 12, 1958, S. 6 ff.
- Konturen einer neuen Schicht. Heft 1 der Schriftenreihe Gesellschaftspolitik der Studienvereinigung für Gesellschaftspolitik, 1958
- Miteigentum ist möglich, in: Gewerkschafter, 1957, Nr. 7, S. 23
- Hahn, F.H., Meade, J.E. The Rate of Profit in a Growing Economy, in: EJ, 75, 1965, S. 445 ff.
- Halbach, G. Vermögensbildung der Arbeitnehmer. Sozialpolitik in Deutschland, Nr. 46, Stuttgart 1962

- Harrod, R. F. Towards a Dynamic Economics, 6. unver.
Aufl., London 1956
- Helmstädter, E. Die Entwicklung der Einkommensverteilung
in der Bundesrepublik Deutschland unter
verteilungstheoretischem Aspekt, in: Jhrb.
f. Nö. St., Bd. 179, 1966, S. 389 ff.
- Herrmann, B. Das Ordnungsprinzip der Partnerschaft,
in: AGP-Mitteilungen i/i, Jg. 1951
- Der Stand der betrieblichen Partnerschaft,
in: AGP-Mitteilungen, Nr. 7/VIII, Jg. 1958
- Herrmann, K. A. Vermögensstatistik, in: HdSW, Bd. 11,
Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1961, S. 148 ff.
- Hicks, J. R. The Theory of Wages, 2. unver. Aufl.,
Gloucester/Mass. 1957
- Hinkel, Karl Beteiligung der Arbeitnehmer am Produk-
tionsmitteleigentum, in: GM, 1956, S. 507 ff.
- Diskussion bisher nur in Ansätzen, in: Mit-
bestimmungsgespräche 1960, Nr. 5
- Investmentanteile, kein Ersatz für Lohn-
erhöhungen, in: Gewerkschafter, 1954,
Nr. 6/7
- Neuverteilung des Eigentumszuwachses,
in: GM, 1957, S. 158 ff.
- Um die Eigentumsbildung der Arbeitneh-
mer, in: Mitbestimmungsgespräche 1958,
Nr. 2, Nr. 3
- Höffner, J. Eigentumsstreuung als Ziel der Sozialpoli-
tik, in: Eigentum und Eigentümer in unse-
rer Gesellschaftsordnung, Veröffentlichungen
der Walter Raymond-Stiftung, Bd. 1, 1960
- Kaldor, N. Alternative Theories of Distribution, in:
RESt., Vol. 23, 1955/56, S. 83 ff.
- A Model of Economic Growth, in: EJ, Vol. 67,
1957, S. 591 ff.

- Kaldor, N., Mirrless, J. A. A New Model of Economic Growth, in: RESt, Vol. 29, 1962, S. 174 ff.
- Kaldor, N. A Rejoinder to Mr. Atsumi and Professor Tobin, in: RESt, Vol. 27-28, 1959-1961, S. 121 ff.
- A Rejoinder to Mr. Findlay, in: RESt, Vol. 27-28, 1959-1961, S. 179 ff.
- Marginal Productivity and the Macro-Economic Theories of Distribution, Comment in Samuelson and Modigliani, in: RESt, Vol. 33, 1966, S. 309 ff.
- Kalecki, M. The Distribution of National Income, in: Essay in the Theory of Economic Fluctuations, London 1939, S. 13 ff., wieder abgedruckt in: Readings in the Theory of Income Distribution, 2. unver. Aufl., London 1954, S. 197 ff.
- The Determinants of Distribution of the National Income, in: Econometrica, Vol. 6, 1938, S. 97 ff.
- Theory of Economic Dynamics. An Essay on cyclical and long-run changes in capitalist economy, New York 1954, Ch. 1 und 2
- Kennedy, Ch. Induced Bias in Innovation and the Theory of Distribution, in: EJ, Vol. 74, 1964, S. 541 ff.
- Keynes, J. M. The General Theory of Employment, Interest and Money, London 1936
- Kowalski, L. Einkommensverwendung, Einkommensverteilung und Vermögensverteilung, Schriftenreihe des Instituts für angewandte Wirtschaftsforschung, Bd. 6, Tübingen 1967
- Krelle, W. Beeinflussbarkeit und Grenzen des Wirtschaftswachstums, in: Jhrb. f. Nö. St., Bd. 178, 1965, S. 3 ff.
- Bestimmungsgründe der Einkommensverteilung in der modernen Wirtschaft, in: Einkommensbildung und Einkommensverteilung, Schriftenreihe des Vereins für Socialpolitik, N. F., Bd. 13, Berlin 1957, S. 55 ff.

- Meade, J. E., Hahn, F. H. The Rate of Profit in a Growing Economy, in: EJ, 75, 1965, S. 445 ff.
- Meade, J. E. The Outcome of the Pasinetti-Process. A Note, in: EJ, 76, 1966, S. 161 ff.
- Mirrless, J. A., Kaldor, N. A New Model of Economic Growth, in: RESt, Vol. 29, 1962, S. 174 ff.
- Modigliani, F. Comment in: The Behavior of Income Shares, Selected Theoretical and Empirical Issues, Studies in Income and Wealth, Vol. 27, by the Conference of Research in Income and Wealth, NBER, Princeton 1964, S. 39 ff.
- Modigliani, F., Samuelson, P. Reply to Pasinetti and Robinson, in: RESt, Vol. 33, 1966, S. 321 ff.
- The Pasinetti Paradoxon in Neoclassical and More General Theories, in: RESt, Vol. 33, 1966, S. 269 ff.
- Müller, E. Eigentumsbildung in sozialer Verantwortung, Erläuterung zum Text der Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Hamburg 1962
- Müller, J. H. Wirtschaftliche Fragen der Bildung breitgestreuten Eigentums, Probleme auf dem Weg zu einem wichtigen Ziel der Wirtschafts- und Sozialpolitik, in: Ordo, Bd. 10, 1958, S. 291 ff.
- Nell-Breuning, O. v. Zur Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand, in: AGP-Mitteilungen, Nr. 4, 1956
- Konsumlohn - Investivlohn, in: Der Gewerkschafter, Nr. 2, 1954, S. 11 ff.
- Niehans, J. Die Wirkungen von Lohnerhöhungen, technischen Fortschritten, Steuern auf Preise, Produktion und Einkommensverteilung, in: Einkommensverteilung und technischem Fortschritt, Schriften d. Vereins f. Sozialpolitik, N. F., Bd. 17, Berlin 1959, S. 9 ff.

- Oberhauser, A. Finanzpolitik und private Vermögensbildung, Wirtschafts- und Finanzwissenschaftliche Forschung, Bd. 2, 1. Aufl., Köln und Opladen 1963
- Oppenländer, K. Die moderne Wachstumstheorie, in: Schriftenreihe des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, Nr. 35
- Ott, A. Bemerkungen zu Bombachs Aufsatz über Preisstabilität, wirtschaftliches Wachstum und Einkommensverteilung, in: Schw. Z. f. Vo. St., Bd. 97, 1961, S. 76 ff.
- Technischer Fortschritt, in: HdSW, Bd. 10, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1959, S. 302 ff.
- Pasinetti, L. L. A Reply to Professor Chang, in: REST, Vol. 31, 1964, S. 106
- A Comment to Professor Mead's 'Rate of Profit in a Growing Economy', in: EJ, 74, 1964, S. 281 ff.
- New Results in an Old Framework. Comment on Samuelson and Modigliani, in: REST, Vol. 33, 1966, S. 303 ff.
- Rate of Profit and Income Distribution in Relation to the Rate of Economic Growth, in: REST, Bd. 29, 1962, S. 267 ff.
- The Rate of Profit in a Growing Economy. A Reply, in: EJ, 76, 1966, S. 158 ff.
- Pohlschröder, K. Vermögensbildung durch Tarifvertrag und Gesetz. Die rechtliche Problematik des Investivlohns. Schriften zum Sozial- und Arbeitsrecht, Bd. 2, Berlin 1966
- Preiser, E. Besitz und Macht in der Distributionstheorie, in: Synopsis, Festgabe für Alfred Weber, Heidelberg 1948, S. 331 ff.; wieder abgedruckt in: Bildung und Verteilung des Volkseinkommens. Gesammelte Aufsätze zur Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, 1. Aufl., Göttingen 1957; 3. durchgesehene Aufl., Göttingen 1963, S. 227 ff.

- Preiser, E. Die Ökonomische Problematik der Einkommensverteilung, in: Sozialwissenschaft und Gesellschaftsgestaltung, Berlin 1963
- Theoretische Grundlagen der Vermögenspolitik, in: Bonner Akademische Reden, Bonn 1964
- Wachstum und Einkommensverteilung, Sitzungsberichte der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, Jg. 1961, 5, Abhandlung, 2. durchgesehene Aufl., Heidelberg 1964
- Reeder, M. W. Alternative Theories of Labor's Share, in: The Allocation of Economic Resources, Essay in Honour of Bernard Francis Haley, Stanford 1959, S. 180 ff.
- Richter, R. "Harrod-Wachstum" und "Solow-Wachstum", Ein Vergleich, in: Z. f. d. g. St. W., 121, 1965, S. 235 ff.
- Robinson, J. Comment on Samuelson and Modigliani, in: RESt, Vol. 33, 1966, S. 307 ff.
- Rose, K. Theorie der Einkommensverteilung, Wiesbaden o. J.
- Rothschild, K. W. Theme and Variations - Remarks on the Kaldorian Distribution Formula, in: Kyklos, Bd. 18, 1965, S. 652 ff. (Deutsch in: Beiträge zur Theorie der Einkommensverteilung, Hrsg.: Frisch, H., Institut für höhere Studien, Berlin 1967, S. 81 ff.)
- Samuelson, P.,
Modigliani, F. Reply to Pasinetti and Robinson, in: RESt, Vol. 33, 1966, S. 321 ff.
- The Pasinetti Paradoxon in Neoclassical and More General Theories, in: RESt, Vol. 33, 1966, S. 269 ff.
- Scitovsky, T. A Survey of Some Theories of Income Distribution, in: The Behavior of Income Shares, Selected Theoretical and Empirical Issues, Studies in Income and Wealth, Vol. 27, by the Conference on Research in Income and Wealth, NBER, Princeton 1964, S. 15 ff.

- Sen, A. K. Neo-Classical and Neo-Keynesian Theories of Distribution, in: EJ, Vol. 39, 1963, S. 53 ff.
- Siebke, J., Krelle, W.,
Schunck, J. Überbetriebliche Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer, Tübingen 1968
- Solow, R. M. A Contribution to the Theory of Economic Growth, in: QJE, Vol. 70, 1956, S. 65 ff.; übersetzt in: Ein Beitrag zur Theorie des wirtschaftlichen Wachstums, in: Wachstum und Entwicklung der Wirtschaft, übersetzt von Thoss, R., Köln-Berlin 1968, S. 67 ff.
- Distribution in the short and long run, in: The Distribution of National Income, Proceedings of a Conference held by the Int. Ec. Ass., Ed. by Marchal, Jean & Ducros, Bernard, London-New York 1968, S. 449 ff.
- Spiegelhalter, F. Die Formen der Ertragsbeteiligung. Ein Katalog für die Praxis, Darmstadt 1954
- Eigentumsbildung - Pläne und Möglichkeiten, Neuwied 1959
- Miteigentum und Gewinnbeteiligung. Kritische Analyse einiger Schlagworte, Düsseldorf 1957
- Spindler, G. P. Das Mitunternehmen, der dritte Weg zur wirtschaftlichen Mitbestimmung. Denkschrift an den Gesetzgeber, 1950
- Mitbestimmung der Betriebe. Denkschrift an den Gesetzgeber, o. J.
- Mitunternehmertum. Vom Klassenkampf zum sozialen Ausgleich, Lüneburg o. J.
- Partnerschaft statt Klassenkampf, (Zwei Jahre Mitunternehmertum in der Praxis), o. J.
- Stellungnahme zum "Gleitze-Plan", in: Konjunkturpolitik, 1959, S. 102 ff.
- Scheele, E. Einkommensverteilung und Wirtschaftswachstum, Tübingen 1965

LEBENS LAUF

Claus-Reinhold Heuse

am 24.10.1939

geb. in Berlin;
Eltern: Rechtsanwalt Reinhold Heuse
und seine Ehefrau Ilse, geb. Reindel

Herbst 1945
- Ostern 1950

Besuch der Volksschule, Berlin

Ostern 1950
- Herbst 1950

Besuch des Liebig-Gymnasiums,
Frankfurt (Main)

Herbst 1950
- Ostern 1953

Besuch des Friedrich Wilhelm-Gym-
nasiums, Köln

Ostern 1953
- Ostern 1960

Besuch des König Wilhelm-Gymnasiums,
Höxter (Weser)

Ostern 1960

Abitur

Sommer-Semester 1960
- Winter-Semester 1963/64

Studium der Betriebswirtschaftslehre
an der Universität zu Köln

April - Juni 1964

Studium an der Pennsylvania State
University, State College, Pa., USA

Winter-Semester 1964/65
- Sommer-Semester 1965

Fortsetzung des Studiums an der Uni-
versität zu Köln

Sommer-Semester 1965

Diplomexamen (Diplom-Kaufmann)

Winter-Semester 1965/66
- Sommer-Semester 1969

Assistent am Wirtschaftswissenschaft-
lichen Seminar der Justus Liebig-
Universität, Giessen

FOTO-DRUCK LENZ · 63 Gießen · Riegelpfad 32/Ecke Ludwigstraße
Telefon 0641 - 77449